



Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

16. Sitzung (öffentlich)

26. April 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:05 Uhr bis 12:47 Uhr

Vorsitz: Dr. Robin Korte (GRÜNE)

Protokoll: Vanessa Kriele

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|--|-----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 5 |
| Der Ausschuss kommt überein, TOP 8 – Thema: „Bürokratie: Wie werden die Ergebnisse der Transparenzkommission genutzt?“ – in der nächsten Sitzung zu behandeln. | |
| 1 Tourismusentwicklung in Nordrhein-Westfalen: Perspektiven und neue Herausforderungen für Akteure und Betriebe | 6 |
| – Gespräch mit Dr. Heike Döll-König (Tourismus NRW) und Dr. Achim Schloemer (Tourismus NRW) (<i>Präsentation s. Anlage 1</i>) | |
| 2 Energiekrise – Auswirkungen und Maßnahmen | 22 |
| – keine Wortbeiträge | |
| Im Ausschuss regt sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, diesen vereinbarungsgemäß wiederkehrenden TOP heute nicht zu behandeln. | |

3 Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen 23

In Verbindung mit:

Bewilligung von Projekten für den Strukturwandel im Rheinischen Revier
(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1130

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

4 Kernkraft heißt Zukunft – Versorgungssicherheit gewährleisten, Energiepreise stabilisieren, unseren klugen europäischen Partnern folgen! 31

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/2560

Ausschussprotokoll 18/192 (Anhörung vom 15.03.2023)

- abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der AfD-Fraktion ab.

5 Wo bleibt ein deutsches ChatGPT? – Nordrhein-Westfalen zur Deep-Tech-Fabrik machen? 36

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3285

- keine Wortbeiträge

Im Ausschuss regt sich kein Widerstand gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, sich nachrichtlich an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung von Sachverständigen am 19.06.2023 zu beteiligen.

6 Flächenanalyse Windenergie – weitere Umsetzungsschritte (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]*) **37**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1016

– Wortbeiträge

7 Internationale Ammoniak-Kooperation: Partnerschaftsstrategie der Landesregierung (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 4]*) **42**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1125

– Wortbeiträge

8 Bürokratie: Wie werden die Ergebnisse der Transparenzkommission genutzt? (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 5]*) **45**

– wird nicht behandelt

9 Verschiedenes **46**

hier: **Sitzungstermine 2024** (*Tischvorlage Terminplan s. Anlage 6*)

Der Ausschuss stimmt der Tischvorlage mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss kommt überein, TOP 8 – Thema: „Bürokratie: Wie werden die Ergebnisse der Transparenzkommission genutzt?“ – in der nächsten Sitzung zu behandeln.

1 **Tourismusentwicklung in Nordrhein-Westfalen: Perspektiven und neue Herausforderungen für Akteure und Betriebe**

– Gespräch mit Dr. Heike Döll-König (Tourismus NRW) und Dr. Achim Schloemer (Tourismus NRW) (*Präsentation s. Anlage 1*)

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Ich begrüße ganz herzlich die Geschäftsführerin von Tourismus NRW, Frau Dr. Heike Döll-König, und den Vorstandsvorsitzenden, Herrn Dr. Achim Schloemer. Sie werden den Verein kurz vorstellen und uns bezüglich der Entwicklungen in der nordrhein-westfälischen Tourismusbranche auf den aktuellen Stand bringen.

Für die Abgeordneten, die in dieser Legislaturperiode im Landtag oder auch nur in diesem Ausschuss neu sind – dazu gehöre auch ich –, sei mir der Hinweis gestattet, dass dieser Bericht bereits in früheren Wahlperioden immer wieder auf der Tagesordnung des Wirtschaftsausschusses stand.

Frau Dr. Döll-König, Sie waren schon öfter in regelmäßigen Abständen hier, um uns einen Überblick über die Aktivitäten Ihres Verbands zu geben, und sind es wahrscheinlich auch heute nicht zum letzten Mal in dieser Legislaturperiode. Ich übergebe zunächst für eine kurze Einführung an Sie. Anschließend gibt es die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Dr. Achim Schloemer (Tourismus NRW): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Frau Ministerin! Wir freuen uns, das Thema „Tourismus“ hier im Wirtschaftsausschuss noch einmal zu präsentieren. Der Tourismus ist anerkanntermaßen und auch aus unserer Sicht ein relevanter Wirtschafts- und Standortfaktor für das Land Nordrhein-Westfalen.

Wir werden unseren Verband kurz vorstellen. Er stellt eine tragfähige Struktur für das Tourismusmarketing und -management hier in Nordrhein-Westfalen dar. Wir sind die touristische Landesmarketingorganisation. Aber das Landesmarketing ist eben nur eine unserer Aufgaben. Wir sind auch Managementorganisation und versuchen, mit den touristischen Akteuren im Lande, die Entwicklung der Branche zu begleiten, zu steuern und zu gestalten.

Das ist keine Besonderheit in Nordrhein-Westfalen. Alle Bundesländer haben auf Landesebene touristische Dachorganisationen. Sie sind allerdings unterschiedlich organisiert: Manchmal als GmbH, manchmal organisieren sich die touristische Interessenvertretung und die Lobbyarbeit in Verbandsstrukturen, während eher wirtschaftliche Themen wie etwa „Marketing“ im Rahmen von GmbH-Strukturen bearbeitet werden.

Aber im Großen und Ganzen geht es immer darum, die Länder – in unserem Fall das Land Nordrhein-Westfalen – optimal aufzustellen, die Interessen der Partner zu bündeln und gute Marketingstrategien zu entwickeln. Es gilt, Nordrhein-Westfalen ordentlich auf der touristischen Landkarte zu präsentieren und am Ende auch dafür zu sorgen, dass möglichst viele Tages- und Übernachtungsgäste das Land, seine Regionen und vor allen Dingen auch die touristischen Betriebe besuchen.

Wir als Verband vertreten nicht wie der DEHOGA nur das Hotel- und Gaststättengewerbe, sondern die gesamte Dienstleistungs-, Service- und Wertschöpfungskette im Tourismus. Neben den reinen Übernachtungen möchten wir auch gerne Tagesausflüge und Besuche von NRW-lerinnen und NRW-lern im eigenen Land forcieren.

Diese Wertschöpfungskette umfasst mehr als ein reines Übernachtungs- und Gastronomieangebot. Dazu gehören auch Erlebnisse und Angebote aus den Bereichen „Kultur“, „Sport“ und „Gesundheit“ sowie vieles andere mehr. Von daher geht es auf der einen Seite darum, sich öffentliche touristische Infrastrukturen wie Wanderwege oder Radwege anzuschauen. Auf der anderen Seite gehören auch Konzepte, Strategien und Entwicklungen dazu, und es gilt, die kleinen und großen Anbieter sowie die ehrenamtlich Tätigen mitzunehmen, zum Beispiel die Wegewarte an den Wanderwegen.

Der Verband wurde vor gut 25 Jahren auf Initiative des Landes bzw. des Wirtschaftsministeriums gegründet. Wir sind also seit einem guten Vierteljahrhundert aktiv und ein Verband der Verbände. Das sieht man hier auf der Folie 3 der Präsentation. Neben dem Urlaub auf dem Bauernhof, dem Verband der Campingwirtschaft, dem Westdeutschen Fußballverband und dem DEHOGA sind auch IHKs, der ADAC und einige ausgewählte touristische Unternehmen dabei. Uns geht es aber nicht darum, möglichst viele Mitglieder und Unternehmen aus der Freizeitwirtschaft zu werben. Vielmehr können diejenigen, die für den Tourismus im Land schon eine überregionale Bedeutung haben, im Verband mitwirken und Mitglied sein.

In unserer Mitgliederstruktur finden sich auch alle unsere Tourismusregionen, hier auf Folie 4 zu sehen, die eigentlich wichtigsten Partner neben den Verbänden. Das zeigt: Wir sind als Landesverband nicht von den Interessen der kommunalen Ebene losgelöst. Diese zwölf hier organisierten touristischen Regionen sind in der Regel kommunal getragen. Wir koordinieren die touristischen Aktivitäten, das touristische Marketing und unsere Strategien, damit das, was in den gemeinsamen Organisationen, Ausschüssen und Gremien erdacht wird, auch tatsächlich auf die kommunale und regionale Ebene übertragen wird.

Letztendlich ist der Tourismus eine Aufgabe in kommunaler Verantwortung, und so ist die kommunale Familie sehr eng eingebunden. Auf der anderen Seite wird der Tourismusverband von Nordrhein-Westfalen mehrheitlich über das Land und das Wirtschaftsministerium getragen und finanziert. Dafür noch einmal vielen Dank.

Wie Sie auf Folie 6 sehen, erhalten wir eine institutionelle Förderung. Diese wird durch Projektförderung – mit allen damit verbundenen Herausforderungen – und eigene Einnahmen ergänzt. Wir hoffen in der kommenden EFRE-Periode wieder in entsprechende Projekte einsteigen zu können. In der Vergangenheit haben wir darüber schon viele spannende Projekte realisiert.

Zum Vorteil unserer Struktur. Wir sind auf der einen Seite eng ans Land gebunden und mit ihm verbunden. Das Land hat also auf seine touristische Marketingorganisation einen hohen Einfluss. Auf der anderen Seite binden wir auch unsere Partner ein, damit die Ideen, Konzepte und Landesmarketingstrategien auch wirklich auf kommunaler und regionaler Ebene umgesetzt werden können.

Wir arbeiten dabei mit Round Tables, direkter Beteiligung der Mitglieder, Gremien, insgesamt also mit vielen analogen und digitalen Formaten, um einen breiten Konsens zu erzielen, und Partnern Marketingmaßnahmen anbieten zu können – unabhängig davon, ob sie im Verband organisiert sind oder nicht.

Aber auch der Dialog mit dem Parlament ist für uns sehr wichtig, und wir sind sehr dankbar dafür, dass wir das hier heute machen dürfen. Einige hier anwesende Abgeordnete beleben auch unseren Beirat, mit dem wir eher politische Themen diskutieren. Dabei haben wir Strategie- und Finanzierungsthemen bzw. Themen wie unter anderem Nachhaltigkeit und Klimaschutz auf der Agenda. Auch Staatssekretärin Silke Krebs – sie ist heute leider nicht anwesend – gehört unserem Vorstand an und vertritt dort das Land. Das macht den Austausch sehr lebhaft.

Vor wenigen Wochen haben wir uns auf der ITB präsentiert. Wir haben dort einen sehr interessanten sogenannten Town-Hall-Talk mit 250 Gästen veranstaltet, die sich in der Landesvertretung mit unseren Themen, also mit Herausforderungen gerade in Bezug auf Tourismus und Nachhaltigkeit auseinandergesetzt haben.

Zudem haben wir am Germany TravelMart teilgenommen. Gastgeber war Essen. Dort kommen die Einkäufer aus aller Welt zusammen, um Produkte aus dem Deutschland-tourismus zu kaufen. Ganz links auf Folie 9 sieht man einen ganz kleinen Ausschnitt der Präsenz auf dem GTM. Ich möchte einfach nur ein großes Dankeschön für die enge und gut vernetzte Zusammenarbeit mit dem Ministerium und dem Parlament aussprechen.

Dr. Heike Döll-König (Tourismus NRW): Ich werde zur aktuellen Lage des Tourismus ausführen. Wie stehen wir nach fast einem Jahr ohne Einschränkungen durch die Coronapandemie da? Sie wissen es, und Herr Dr. Schloemer hat es noch einmal gesagt: Wir hatten vor der Pandemie zehn Wachstumsjahre in Folge zu verzeichnen. Rund 560.000 Arbeitsplätze hingen direkt oder indirekt vom Tourismus ab. Schon im vergangenen Jahr ist der Tourismus hier im bundesweiten Vergleich wieder überdurchschnittlich gewachsen. Die Nachfrage ist also sehr schnell wieder zurückgekommen.

Für das Jahr 2022 liegt das Wachstum in NRW insgesamt sogar um 15 % über dem bundesweiten Durchschnitt. Damit haben wir unsere Vorkrisenposition im Bund-Länder-Vergleich auch schnell, nämlich nach nur einem Jahr, wieder erreicht. Wir sind also zurück auf Platz 2 bei den Gästeankünften und auf Rang 3 bei den Übernachtungen und damit das zweit- bzw. drittstärkste Tourismusland in Deutschland.

Das Incoming hinkt noch hinterher. Das ist aber in allen deutschen Destinationen so. Die Auslandsmärkte kommen also in der Gesamtbetrachtung zögerlicher zurück. Während der Coronapandemie haben die Urlaubsreisen im Inland, innerhalb Deutschlands und auch nach Nordrhein-Westfalen an Beliebtheit und an Bedeutung gewonnen. Das habe ich schon zu verschiedenen Gelegenheiten gezeigt und erklärt. In der Zeit der Coronapandemie sind die Regionen zum ersten Mal seit vielen Jahren stärker als die Städte gewachsen. Dieser Trend setzt sich etwas abgeschwächt weiterhin fort.

Urlaubsreisen haben an Relevanz und Bedeutung gewonnen, während die Business Recovery langsamer verläuft. Das sehen Sie hier auf Folie 12. Geschäftsreisen sind für

Nordrhein-Westfalen ein wichtiger Bereich des Tourismus. Wir gehen von möglicherweise dauerhaften Einbußen beim Volumen vor allem im Bereich der Tagungen und individuellen Geschäftsreisen aus.

Worauf müssen wir uns perspektivisch einrichten? Was sollte man in den nächsten Jahren verstärkt miteinander diskutieren?

Wir wollen den Tourismus als Wirtschaftsfaktor weiter stärken. Obwohl wir beim Thema „Reisen“ eine starke Nachfrage nach Auslandsreisen verspüren, sehen wir auch für unseren Markt und unsere Branche Chancen. Auch nach der Pandemie rangiert Urlaub ungebrochen auf Platz 1 der Konsumprioritäten der Deutschen, und das auch mit Blick auf andere Faktoren, die die Konsumausgaben beeinflussen.

Sie haben die Nachrichten der Reisebranche insgesamt sicherlich verfolgt. Es gibt den Trend ins Ausland, aber noch Ende 2022 planten die meisten Deutschen mindestens einen Urlaub innerhalb Deutschlands.

Für uns ist auch Folgendes interessant: Wir arbeiten mit Zielgruppen nach dem Gesellschaftsmodell der Sinus-Milieus. Die Zielgruppen, die wir für den Urlaub im eigenen Land ansprechen wollen, gehören im Hinblick auf das eigene Budget und Freizeitverhalten zu den Krisenresilienteren und Optimistischeren.

Werfen wir noch einmal einen Blick auf das Ausland. Das Incoming läuft zwar insgesamt langsamer an, hat sich aber bezogen auf die europäischen Nahmärkte ausgesprochen stark erholt. Sie sehen hier auf Folie 15, wie schnell der Markt „Niederlande“ gewachsen ist: Nur noch 13 % Rückgang im Vergleich zu 2019 und über 100 % Wachstum im vergangenen Jahr. Wenn wir über das Ausland reden, gehören unsere europäischen Nahmärkte immer mit in die Gesamtbetrachtung.

Ein letztes Schlaglicht: Wir haben mit Blick auf diese Sitzung auch unsere Regionen gefragt, wie sie die Osterferien einschätzen. Trotz des Wetters haben wir sehr positive Rückmeldungen zur Buchungslage und zu den Tagesausflügen bekommen.

Wenn wir über die Buchungslage reden, berücksichtigen wir immer das Gesamtbild des Tourismus, also inklusive der Ferienwohnungen und kleineren Unterkünfte. Dagegen fällt die Einschätzung des DEHOGA für sich genommen etwas verhaltener und weniger positiv aus. Vor allem in der Gesamtbetrachtung von Hotellerie und Gastronomie haben sich die Ausgaben pro Kopf gegenüber den vergangenen Jahren reduziert. Die Gäste kommen zwar, geben aber weniger aus. Das erklärt die zurückhaltendere Schätzung des DEHOGA bezüglich der Gewinne.

Zur Zukunft: Wie werden wir als Branche gegenüber dem resilient, was möglicherweise noch zu bewältigen ist? Ich zeige Ihnen das gleich noch einmal entlang der aktuellen Empfehlungen des Kompetenzzentrums des Bundes. Wir müssen uns auf zwei große Linien einstellen, eine davon ist das große Oberthema „Nachhaltigkeit“.

Es ist für uns ein Topthema, weil wir den Tourismus als Wirtschaftsfaktor stützen wollen. Wir messen die Effekte des Tourismus meist quantitativ entlang der Zahl der Gäste. Das habe ich Ihnen gerade gezeigt. Diese wird hochgerechnet, um die Ausgaben zu ermitteln, und daraus ergeben sich dann wiederum die wirtschaftlichen Effekte, vor allen Dingen aber die Arbeitsplatzeffekte.

Für die Zukunft ist aber etwas anderes entscheidend. Es könnten für denselben Arbeitsplatzeffekt auch weniger Menschen kommen, wenn diese länger blieben und mehr ausgaben. Es geht also um die qualitative Stärkung des Tourismus. Dahin muss es in Zukunft gehen. Dazu gehört untrennbar, dass wir die regionale Wertschöpfung über die gewachsenen Strukturen und Lieferketten sowie die vernetzten Kreisläufe noch mehr fördern und einsetzen.

Zu unserer wesentlichen Stärke, dem Städtetourismus, habe ich Ihnen auf Folie 20 eine relativ aktuelle Befragung unserer Deutschen Zentrale für Tourismus mitgebracht. Das Konsum-, das Verbraucherverhalten ändert sich zurzeit.

Früher gab es ein Entweder-Oder: Die Menschen machten entweder einen Städtetrip oder gingen in die Regionen, also in den ländlichen Raum. Heute werden diese Formate zunehmend miteinander verknüpft. Immer mehr Menschen sagen: Ich möchte nicht nur in die verdichtete Stadt und auch nicht nur aufs Land, wo ich meine Ruhe habe und die Naturnähe genieße. In der Verknüpfung dieser Formate liegt für uns aufgrund der Struktur unseres Bundeslandes eine große Chance.

Nachhaltigkeit sehen wir aber eben auch als Voraussetzung für ein Wachstum durch Qualität. Zum Stichwort „Aufenthaltsdauer und Ausgabeverhalten“. Qualität definiert sich heute eben auch entlang der Nachhaltigkeitskriterien, anhand vernetzter, gut funktionierender Mobilität oder auch durch eine bestimmte Baukultur, Ortsbilder oder regionale Produkte auf dem Teller, im Einkaufsladen oder in der Gastronomie.

In einem Bereich des Tourismus ist es ein Muss, da kann man nicht mehr diskutieren und alle Akteure wissen: Sie müssen sich dem stellen. Es geht um den Geschäftstourismus. Die Unternehmen und zunehmend auch die öffentlichen Institutionen, die Tagungen, Dienstreisen oder Kongresse buchen, müssen aufgrund der Compliance-Vorgaben dokumentieren, dass die Themen „Nachhaltigkeit“, „CO₂-Einsparung“ und „Klimaneutralität“ bei der Beauftragung berücksichtigt worden sind.

Es wird schon lange über das Thema „Nachhaltigkeit“ diskutiert. Wir sagen immer: Die Zeit des Ob eigentlich vorbei, es geht jetzt um das Wie. Oft kommen Fragen wie: Wo fängt man denn an? Muss nicht erst der Verbraucher nachfragen? Müssen wir erst Produkte anbieten? Müssen die Betriebe oder müssen die Destinationen handeln? – Wir antworten dann: Am besten alle gemeinsam. Es gibt viele Beispiele dafür, dass Nachhaltigkeit am besten funktioniert, wenn Bottom-up und Top-down zusammenwirken.

Deswegen müssen wir auch zusätzlich zu der betrieblichen Ebene, die wir als Verband nicht direkt, sondern indirekt in den Blick nehmen, auf der Destinationsebene ansetzen. Südwestfalen macht sich als erste Region auf den Weg, um sich insgesamt mit dem TourCert-Siegel zertifizieren zu lassen. Sie wollen also künftig als nachhaltige Tourismusregion auftreten.

Der Bundeswettbewerb des Bundesumweltministeriums zeichnet ebenfalls nachhaltige Tourismusregionen aus. Um diese Auszeichnung bewerben sich längst nicht nur ländliche Regionen, sondern auch Städte wie Stuttgart, Hamburg oder auch Berlin mit ihrem Umland.

Auch wir im Verband haben uns dem Thema bereits gestellt. Wir haben Personal auf diesen Bereich fokussiert und bespielen das Thema „Nachhaltigkeit“ in der MICE-Branche. Wir versuchen auch immer, dem heimischen Quellmarkt Anreize für den Kurztrip, den Urlaub in der Nähe zu geben. Wir haben hier – das habe ich schon einmal vorgestellt – vor allen Dingen die Familien als Zielgruppe für neue Angebote und Inspirationen ins Auge gefasst. Diese Angebote werden ausgesprochen stark wahrgenommen und genutzt.

Das Thema ist komplex. Es muss noch Know-how in die Fläche getragen werden, weil es unsinnig wäre, wenn jeder es für sich selbst aufbauen würde. Es geht wirklich gut voran, wenn man Wissen teilt und die Strategien aufeinander abstimmt. Wir haben eine Nachhaltigkeitsoffensive für das Reiseland Nordrhein-Westfalen als Projekt im EFRE-Wettbewerb eingereicht und würden das gerne in den nächsten drei Jahren gemeinsam umsetzen. Alle Regionen und Partner des Verbandes haben ihr Commitment dazu gegeben, dabei mit uns an einem Strang zu ziehen.

Ein Blick noch auf das zweite große Transformationsthema, die Digitalisierung, die von der Transformation in Richtung Nachhaltigkeit und Klimaneutralität nicht zu trennen ist, weil wir diese Prozesse nur mit smarterer Steuerung in die richtige Richtung lenken können. Wir haben mit den Ressourcen eines EFRE-Projektes für Nordrhein-Westfalen ein System offener Daten aufgebaut, den sogenannten Data Hub NRW.

Wir wollen jetzt weitergehen und diese Daten für Dritte teilbar machen. Wir haben schon eine Anwendung initiiert und agieren als Schnittstelle für Start-ups, die mit diesen Daten an neuen Geschäftsmodellen arbeiten. Wir möchten im nächsten Schritt mit künstlicher Intelligenz, Sprachsteuerung und mit den sich im Moment doch rasant entwickelnden neuen Möglichkeiten an diese Datenstruktur andocken bzw. sie in diese Richtung in Wert setzen. Auch dazu haben wir ein EFRE-Projekt eingereicht. Das Thema lautet: „Künstliche Intelligenz für Nordrhein-Westfalen“. Schwerpunkt wird das Empfehlungsmarketing sein. Wir haben dieses Projekt gemeinsam mit allen Regionen konfiguriert.

Wir wissen, dass wir mit diesen beiden großen Linien gut unterwegs sind. Denn auch das Kompetenzzentrum des Bundes sagt: Geht ein bisschen weg von langfristigen Strategien. Die Wirklichkeit überholt diese sowieso schneller, als ihr gucken könnt. Seid agil, also reagibel – wir haben viel in den Verband und in das Team investiert, um Agilität aufzubauen –, und orientiert euch vor allen Dingen an den beiden großen Transformationsherausforderungen. Schaut, dass ihr diesen Change ins Land transportiert kriegt und bis in die kleinen Unternehmen hinein ein Mindset für diese großen Themen schafft.

Das sind die Aufgaben, denen wir uns gern widmen wollen. Es kommt aber noch ein weiterer Punkt hinzu. Tourismus – das sehen wir zunehmend – ist eine Querschnittsbranche. Das wussten wir schon immer, aber sie braucht deshalb auch agile Querschnittsstrukturen. Sie wirkt einfach in zu viele Politikbereiche hinein und braucht aus zu vielen Politikbereichen Input, als dass man sie alleine als Teilbranche betrachten könnte.

Lassen Sie mich dazu abschließend ein paar kurze Beispiele nennen.

Das Land hat dankenswerter Weise ein Klimagutachten mit sehr konkreten Anpassungsstrategien für einen Tourismus herausgegeben, der sich dem Thema „Klima“ bzw. „CO₂-Einsparung“ stellen möchte

Die kommunalen Klimaanpassungskonzepte sollen jetzt durch das Klimaanpassungsgesetz bundesweit vorgebracht werden. Viele Standorte, viele Kommunen entwickeln derzeit Hitzepläne. Ich sehe daher über den Tourismus, also über die touristischen Betriebe und die Tourismusorganisationen, hinaus eine sehr große Chance, wenn es uns gelingt, in diese Umsetzungsprozesse so hineinzukommen, dass die Belange der Gäste, die Geld in die Städte und Orte bringen, berücksichtigt werden und wir bei solchen Prozessen direkt mit eingeladen werden und am Tisch sitzen.

Zur Digitalisierung. Diese Datenstruktur, die wir aufgebaut haben, sieht vor, auch Daten in Wert zu setzen, die aus dem nichttouristischen Bereich kommen. Dann wird es erst richtig interessant. Das gilt allen voran für Daten zur Mobilität. Aber auch andere – in Gänsefüßchen – sitzen auf Daten, die für uns verwertbar sind.

Es muss gelingen, Daten offen und teilbar anzulegen, wo die öffentlichen Träger unterwegs sind, und das entsprechende Mindset zu schaffen. Die Idee „Das sind aber doch meine Daten!“ muss aus den Köpfen heraus, damit wir daraus für den Gast Wertschöpfung generieren können.

Last but not least zu den Themen „Standort- und Lebensqualität“ sowie „Image“. Wir haben untersuchen lassen, dass es zwischen der Tourismusakzeptanz und dem Selbstbild der Bevölkerung, an einem attraktiven Lebensort zu leben, sehr wohl einen Zusammenhang gibt. Das heißt, Tourismus und Lebensqualität bzw. Tourismus und Lebensraummanagement gehören sehr eng zusammen, und zwar in alle verwandten Prozesse hinein: von der Regionalplanung über die Innenstadtentwicklung, die Wege- bzw. die Radwegeplanung. Das alles muss unmittelbar mitbedacht werden.

Es ist immer gut, wenn der Tourismus direkt am Anfang Teil des Prozesses ist und wenn man nicht am Ende fragen muss: Habt ihr denn daran gedacht, dass es auch für die Touristen interessant ist?

Wir durften vor wenigen Wochen – das fand ich sehr interessant – an einem Workshop der Landesregierung zur Zukunft der Innenstadtentwicklung teilnehmen und werden uns jetzt gemeinsam mit NRW.Global Business wahrscheinlich auf einer Messe für die Smart Citys mit unseren Daten präsentieren. In diese Richtung muss es meines Erachtens weitergehen. Deswegen appelliere ich an Sie alle, auch in verwandten Themen- und Politikbereichen in den Ausschüssen nach diesen Vernetzungen zu suchen und sie für den Tourismus aufzutun.

Dr. Achim Schloemer (Tourismus NRW): Zum Abschluss nur noch einen Satz, lieber Herr Dr. Korte. Wir sehen eine Menge Chancen und Herausforderungen, vor allem aber verfügen wir in Nordrhein-Westfalen über wirklich gute Grundlagen und gute Strukturen, um im Wettbewerb zu bestehen.

Wir sind circa 18 Millionen Menschen und damit ein riesiger Quellmarkt. Alle anderen Bundesländer graben uns natürlich auch an. Wir stehen mit diesen Entwicklungen im Wettbewerb und müssen immer versuchen, ein bisschen schneller und etwas agiler zu

sein, um die Menschen für den Tourismus, für das Reisen nach und in Nordrhein-Westfalen zu gewinnen bzw. dazu zu inspirieren.

Wir verfügen auch über gute Unterstützung aus dem Wirtschaftsministerium, und wenn eigentlich einmal keine Mittel vorhanden sind, werden Möglichkeiten gefunden – wie die REACT-Mittel, die wir zuletzt einsetzen durften, um Marketingaktivitäten zu entwickeln. Lange Rede, kurzer Sinn: Wir stehen vor einer Menge von Herausforderungen, sehen aber auch sehr gute Chancen, den Tourismus im Land als Wirtschafts- und Standortfaktor weiter zu stabilisieren und in einer resilienten sowie nachhaltigen Form zu entwickeln. – Vielen herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Herr Dr. Schloemer und Frau Dr. Döll-König, vielen herzlichen Dank auch von meiner Seite dafür, dass Sie sich heute die Zeit dafür genommen haben, uns einen Einblick in die Strukturen und die aktuellen Entwicklungen in dieser sehr schönen Wirtschaftsbranche des Tourismus zu gewähren. – Es gibt schon Fragen aus dem Ausschuss: Herr Okos, Herr Brockes und Herr Stinka.

Thomas Okos (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank aber vor allem an Frau Dr. Döll-König und Herrn Dr. Schloemer. Das war eine sehr vielfältige Präsentation über unser Land. Ich habe vier bis fünf Nachfragen zu unterschiedlichen Aspekten. Ich hoffe, wir kommen damit durch, ansonsten kommen wir sicherlich im Nachgang auch noch darüber ins Gespräch.

Zunächst hätte ich gerne eine kurze Einschätzung zur Entwicklung nach der Coronapandemie. Wurden beispielsweise kleinere Hotels von größeren Häusern bzw. von Ketten übernommen? Nimmt die prognostizierte Anzahl ähnlich wie bei den Büros ab, weil es eben eine Verschiebung im Markt gibt?

Bezüglich der Nachhaltigkeit sprachen Sie von der qualitativen Stärkung des Tourismus mit Blick auf die Aufenthaltsdauer. Welcher Unterschied besteht hinsichtlich der Anzahl an Tagen des Aufenthalts zwischen Inlandsreisenden und denen, die aus dem Ausland kommen?

Der dritte Punkt betrifft die Strategie des Verbandes: Geht es Ihnen eher darum, um ausländische Gäste zu werben, oder um den Binnentourismus? Vermutlich muss man beides bedienen, und das ist auch wichtig, aber wie werden Sie beiden Feldern gerecht?

Ihre Ausführungen zur Digitalisierung fand ich sehr spannend und habe auch nur eine kleine Frage dazu. Die großen Städte sind immer, unter anderem auch personell und in ihrer Marketingstrategie, gut aufgestellt. Andere Kommunen haben oft kein Personal. Daher ist so eine zentrale Anlaufstelle im digitalen Bereich super. Wie können die Kommunen ihr Angebot dort einpflegen? Wie werden die Daten anschließend gepflegt? Sehr häufig wird etwas eingetragen, und man kommt erst Jahre später wieder dazu. Ich finde das sehr spannend, weil nicht jede kleine Kommune, die den einen oder anderen Schatz birgt, das kann.

Die letzte Frage bezieht sich auf Best-Practice-Beispiele. Sie schauen sich auf dem Markt an, wie andere Verbände oder andere Agenturen um die Menschen werben. Woran orientieren Sie sich?

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Normalerweise sammeln wir immer ein bisschen. Aber das waren jetzt so viele Fragen – ich habe mindestens fünf gezählt –, dass ich direkt um die Antworten bitten würde.

Dr. Heike Döll-König (Tourismus NRW): Zunächst zu der Frage, wie die Leistungsträger am Hotelmarkt durch die Krise gekommen sind. Wir hören dort in unseren Bereichen sehr häufig, dass es sehr positiv gelaufen ist, weil die Hilfen – das muss man auch einmal sagen – die Branche wirklich dabei unterstützt haben, durch diese Krise zu kommen. Viele sagen: Die Möglichkeiten und Hilfspakete, die wir hier erhalten haben, waren in Deutschland einzigartig und haben uns gestützt. Ansonsten fiel die Bilanz nicht so gut aus. – Es gibt keine Hinweise darauf, dass sich die Zahl der Betriebe nach der Coronapandemie durch Geschäftsaufgaben massiv reduziert hätte.

Der Hotelmarkt im Bereich der großen Ketten ist ständig in Bewegung und war es auch schon vor der Coronapandemie. Wer gerade wen kauft, ist immer etwas unübersichtlich und für uns auch schwer nachzuvollziehen. Diese Entscheidungen werden von den Konzernen nicht nur bezogen auf Nachfrage und touristisches Angebot getroffen.

Bei den Preisen gibt es unterschiedliche Entwicklungen. Ich weiß aber nicht, ob sich das jeweils mit den Bewegungen am deutschen Markt oder in den jeweils übergeordneten Konzernen erklären lässt. Fachkräfte sind sicherlich für alle das große Thema. Mittlerweile sagen alle Betriebe, dass es ein größeres Wachstumshindernis darstelle, als die Folgen der Coronapandemie

Zur Aufenthaltsdauer. Wir müssen die Aufenthaltsdauer bei uns verlängern. Dies ist unser Wunsch und auch ein Teil unserer Strategie. Ich habe auf die Schnelle nur die Zahlen für 2019 herausgegriffen, da waren es 53 Millionen Übernachtungen und 24 Millionen Ankünfte. Das Verhältnis dieser Kennzahlen hat sich jedoch nicht geändert. Wir verzeichnen also relativ kurze Aufenthalte.

Bezogen auf die Auslandsübernachtungen kommen wir im Schnitt auf nicht einmal mehr zwei Tage. Ich weiß, dass vor dem Komma keine zwei steht, habe aber die Zahl hinterm Komma nicht Kopf. Es ist unter vielerlei Aspekten eine gute Strategie, auf die Verlängerung der Aufenthaltsdauer zu setzen. Es gilt, die Marge zwischen ein bis zwei und fünf Nächten auszuschöpfen. Das hat auch etwas mit der Erlebnistiefe und einem Reiseverhalten zu tun, das eben wirklich mehr Konsum und Kaufkraft in der Region verbleiben lässt.

Zur Datenpflege. Eine Hürde besteht in der mangelnden Bereitschaft, die Daten offen bereitzustellen. Das andere Problem ist dem vorgelagert. Daten stellen nämlich eine Aufgabe dar. Wir argumentieren und kämpfen im Moment dafür, dass der Prozess genauso aufgesetzt wird, wie Sie ihn eben beschrieben haben: Es muss zunächst der Datenschatz erkannt werden. Dazu gehört auch zu wissen, dass niemanden damit gedient ist, wenn dieser nicht genutzt wird, und dass ich Personal brauche, das die Qualität der Daten pflegt, um ihn überhaupt nutzen zu können.

Wir werden sehen, inwieweit uns das irgendwann von Algorithmen oder von der KI abgenommen wird. Selbst der größte Datenschatz wird irgendwann wertlos, wenn ich ihn nicht regelmäßig checke und pflege.

Das ist für uns im Moment die Hauptaufgabe: Wir müssen über unsere Strukturen immer wieder mit Checks, Handlungsleitfäden und Guidelines an dieser Aufgabe arbeiten. Wir können noch nicht sagen, das wäre schon zur Zufriedenheit gelöst. Es ist noch viel Mindset-Arbeit zu leisten und viel Bewusstseinswandel zu verargumentieren. Aber wir sind in NRW bei der Bewältigung dieser Aufgaben, die im Moment auch bundesweit von Touristikern im Verbund mit weiteren Dateneigentümern angegangen werden, eher weiter als andere.

Woran orientieren wir uns? Eine sehr starke Orientierungsgröße ist für mich die Deutsche Zentrale für Tourismus. Wir haben früher immer gesagt: Nordrhein-Westfalen ist in der Vielfalt der Struktur so etwas wie die Bundesrepublik im Kleinen. Das gilt sicherlich auch für die Internationalität, für die Ausrichtung als weltoffenes großes und vielfältiges Land. Im Moment sind wir mit den von der DZT gesetzten Themen und im Schulterschluss mit ihr gut unterwegs.

Eines ist die Feel-Good-Kampagne, in deren Rahmen wir gemeinsam nachhaltige Reiseformate triggern. Aber auch das Thema „Kultur“ steht hier sehr stark im Fokus. Dazu gehört letztendlich auch die Hinterlegung von Prozessen. Wir werden in zwei Wochen gemeinsam den sogenannten Knowledge-Graphen, also die Datenstruktur, auch auf der Ebene der Deutschen Zentrale für Tourismus zusammenführen. Wir sehen uns im Moment diesbezüglich strategisch und thematisch sehr im Einklang.

Zu weiteren Best Practices. Einen sehr hohen Stellenwert hat der Tourismus zum Beispiel in Ländern wie Bayern. Dort ist er auch mit Strukturen hinterlegt. Das ist aber ein Sonderfall. Bei der Frage, wohin wir wollen und uns entwickeln müssen, gilt es, auf die DZT zu setzen und zugleich nicht zu vergessen, dass wir selbst unser größter Quellmarkt sind. Nur auf das Ausland zu bauen, würde für Nordrhein-Westfalen zu kurz springen. Wir müssen sehen, dass wir die Gäste, die Bewohnerinnen und Bewohner, hier bei uns halten.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank für die ausführliche Beantwortung der Fragen. – Als Nächstes hat Herr Brockes eine Frage.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Frau Dr. Döll-König und Herr Dr. Schloemer, vielen Dank dafür, dass Sie heute bei uns im Ausschuss präsent sind und wir hier öffentlich diskutieren können, auch wenn wir über den Tourismusbeirat bereits gut im Austausch sind. Auch dafür herzlichen Dank.

Sie haben es vorhin schon angesprochen: Das Fachkräfteproblem ist gravierender als die Nachwirkungen der Pandemie, wobei das meines Erachtens auch in einander übergegangen ist; denn viele Fachkräfte haben sich während der Coronapandemie, als die Häuser teilweise geschlossen waren, in anderen Dienstleistungsbereichen umgesehen und gemerkt, dass sie zu besseren Work-Life-Bedingungen das gleiche oder mehr Geld verdienen können.

Wie sehen Sie den Personalbedarf? Hat sich das wieder gebessert? Ist er nach wie vor hoch, oder ist das Loch sogar noch größer geworden? Wie sieht es da aus, und was kann man machen, um die Situation zu verbessern? Sind dabei vielleicht auch

Maßnahmen wie Personal-Sharing ein Thema? Ich kenne dies zum Beispiel aus Österreich. Dort hilft sich die Gastronomie gegenseitig. Wenn einer eine Großveranstaltung ausrichtet, kann Personal dafür tagesaktuell umgesetzt werden. Sind das mögliche Lösungen? Gibt es das schon? Muss man das unterstützen?

Wie sieht es bei der regionalen und lokalen Vernetzung aus? Die Tourismusregionen unterstützen diese meines Wissens sehr aktiv, zum Beispiel am Niederrhein mit dem NiederrheinRad. Konzepthotels bieten das Frühstück beispielsweise nicht mehr selbst an, sondern arbeiten mit einer Bäckerei oder einem Café in der Nähe zusammen, wo es eingenommen wird. Inwiefern bedarf dies der politischen Unterstützung, um es noch besser zu machen? Kann man dies über Programme noch mehr stärken? Wo sehen Sie Handlungsbedarf?

Dr. Achim Schloemer (Tourismus NRW): Zunächst zum Personalbedarf. Das Loch ist nach wie vor vorhanden und wird wie in jeder anderen Branche auch von Tag zu Tag größer, egal ob wir nun Busfahrerinnen, Lkw-Fahrer oder wen auch immer suchen, denn auch Servicekräfte sind Fachkräfte. Aber auch Arbeitskräfte insgesamt – es müssen gar nicht unbedingt Fachkräfte sein – sind in der Gastronomie, in der Hotellerie und auch in anderen touristischen Bereichen Mangelware.

Einen von zwei Ansätzen haben Sie vorhin angesprochen, nämlich die Kreativität in der Branche. Ich kann eben nicht mehr alles so anbieten, wie vor der Pandemie oder in Zeiten ausreichend vorhandener Fachkräfte, sondern ich muss andere Modelle konzipieren, die für den Kunden immer noch interessant und spannend sind. Dabei ist die Branche, sind die Betriebe selber in ihrer Kreativität gefordert.

Diese Aufgabe muss man als Berufsstand auch selber angehen und die Attraktivität der Arbeitsbedingungen verbessern. Der DEHOGA und andere Verbände arbeiten schon daran, zum Beispiel mit Vergütungsmodellen. Es ist vieles passiert, um das Arbeiten in der Branche wirklich attraktiv zu halten.

Auf der anderen Seite brauchen wir wie in jedem anderen Bereich auch dort zusätzliche neue Arbeitskräfte und müssen uns durch Zuwanderung von außen verstärken. Daran geht meines Erachtens kein Weg vorbei. Sonst werden wir die Angebote in der Hotellerie und Gastronomie deutlich herunterfahren müssen.

Das sieht jeder in seinem jeweiligen Heimatort: Wo früher montags und dienstags geöffnet war, ist heute geschlossen. Wo früher mittags Betrieb war, ist heute zu. Diese Entwicklung kann so nicht weitergehen. Aber es bedarf vor allem der Kreativität der Branche. Arbeitskräfte müssen auch wirklich die Chance haben, in unseren Arbeitsmarkt zuzuwandern. Bei diesen beiden Aspekten bzw. gerade bei Letzterem kann Politik Unterstützung leisten.

Dr. Heike Döll-König (Tourismus NRW): Wir schauen natürlich auch, was andere machen, nach Best Practices. Das ist sicherlich ein ganz großes Thema. Einige Destinationen stellen ihre Werbung mittlerweile mehr auf das Thema „Fachkräfte und Lebensraum“ ein, werben also mehr um Fachkräfte für die Tourismusbranche als um Gäste. In Nordrhein-Westfalen wäre dies nicht der richtige Weg.

Wir suchen hier nach Lösungen, und es gibt eine Initiative des Wirtschaftsministeriums, in deren Rahmen wir alle zusammensitzen – unter anderem die Arbeitsverwaltung, das Arbeitsministerium, der DEHOGA, IHKs und die Berufsbildungsträger –, nach Lösungen suchen und uns auch schon auf Maßnahmen verständigt haben.

Meine Idee wäre es, diejenigen, die die Branche verlassen haben, zu fragen, welches ihr Hauptmotiv dafür war. Dann hätte man eine Antwort auf die Frage, wo man ansetzen muss. Wir vermuten immer: Die wollen eine Work-Life-Balance, bessere Verdienstmöglichkeiten oder nicht mehr am Wochenende arbeiten. – Ich weiß gar nicht: Ist das so? Umgekehrt sagt nämlich der DEHOGA: Es ist für viele ganz attraktiv, dann vielleicht auch einmal unter der Woche Zeit zu haben.

Wir reden immer über die Menschen, die die Branche verlassen, aber ich würde gerne ihre Motive kennen. Aus welchen Gründen gehen junge Menschen, die jetzt eine Ausbildung anstreben, nicht mehr in den Tourismus? Dieses Thema betrifft nämlich sehr stark die Ausbildungsberufe. Das geht massiv zurück. Es betrifft aber auch die Studiengänge. Uns fehlt künftig nicht nur das Personal im Servicebereich, sondern auch auf der Leitungs- und Führungsebene, es mangelt also auch an Wissenschaftlern und Mitgestaltern. Es ist viel weggebrochen.

Ich würde wirklich gern die Motive derjenigen kennen, die uns nach der Coronapandemie den Rücken zugekehrt haben bzw. gar nicht erst kommen, um dann auch auf den Punkt genau zu sagen: Da müssen unsere Maßnahmen nachgeschärft werden, die wir jetzt dankenswerterweise auch in diesem Verbund diskutieren.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Danke. – Meines Erachtens war noch eine Frage nach der regionalen Vernetzung offen. War das mit abgedeckt? – Gut. Dann hat sich als Nächstes Herr Stinka gemeldet.

André Stinka (SPD): Mich würde der Ausblick in die Zukunft interessieren. Sie hatten vorhin dargestellt, dass Sie sich in der Ansprache auf diese sogenannten krisenresilienten Fokusgruppen konzentrieren. Nun haben wir nach der Coronapandemie eine veränderte Situation, was die Belastung unter anderem durch Energiekosten angeht. Wie ist Ihre Prognose? Die Realeinkommensentwicklung hat sich durch die Inflation deutlich verändert. Wie sehen Sie das?

Dr. Achim Schloemer (Tourismus NRW): Ich möchte vielleicht zunächst Folie 13 der Präsentation ins Gedächtnis rufen, der zufolge die Bereitschaft, Geld für Urlaub, Reisen und Freizeit auszugeben, nach wie vor ungebrochen ist. Wenn wir in den Zeit der Coronapandemie eines gelernt haben, so ist es das, es sei denn, ich lebe wirklich in prekären Verhältnissen und kann mir das überhaupt nicht leisten. Aber im Moment ist die Bereitschaft zu reisen – wenn auch vielleicht keine Fernreise und ein bisschen kürzer –, dafür etwas Geld auszugeben und es sich gut gehen zu lassen, zum Glück eher noch vorhanden.

Die Politik schafft es meines Erachtens derzeit, die großen Einschnitte etwas abzufedern, sodass man insgesamt immer noch in der Lage ist, auf Reisen zu gehen, wenn

man sein eigenes finanzielles Portfolio sortiert. Wir können es gerade mit unserem eigenen Quellmarkt vor der Haustür und mit intelligenten Maßnahmen auch schaffen, Bewohnerinnen und Bewohner Nordrhein-Westfalens dazu zu bringen, im eigenen Land zu reisen. Die Chancen für den Tourismus, fürs Reisen im eigenen Land, sind trotz dieser Rahmenbedingungen noch gut.

Dr. Heike Döll-König (Tourismus NRW): Deutschland ist nicht unbedingt ein sehr preiswertes oder gar billiges Reiseziel. Das ist hier eine etwas andere Schichtung, als diese All-in-Pakete für eine ganze Familie und eine Woche mit Rundumversorgung und Flug zu bestimmten Summen. Ein starkes Einfallstor haben wir mit der Kultur, mit Events bzw. mit Veranstaltungen. Diese zeigen in den Prognosen ein bisschen mehr Stabilität. Stichwort „Kompetenzzentrum des Bundes“. Wir müssen die weitere Entwicklung abwarten und etwas auf Sicht fahren. Im Moment sehen wir noch keine Anzeichen dafür, dass es bei den Zielgruppen, die wir ausmachen, massiv durchschlägt. Zum DEHOGA. Wie Dr. Schloemer sagte, heißt es vielleicht bei dem einen oder anderen Getränk, Eis, Dessert oder bei sonstigen Extras: Das stellen wir jetzt zurück.

Christian Loose (AfD): Frau Döll-König, Sie sagten, der DEHOGA habe sich bezüglich der zukünftigen Gewinne doch sehr zurückhaltend geäußert. Das Geld scheint bei den Beherbergungs- und Gastronomiebetrieben nach dem staatlich verordneten Corona-Lockdown wirklich knapp zu sein.

Jetzt kommt das nächste Vorhaben von SPD, Grünen und FDP mit der bundesweiten Heizungsverschrottung. Karl Lauterbach fordert für Kliniken und Pflegeeinrichtungen Ausnahmen vom Wärmepumpenzwang. Wie sieht das bei den Beherbergungs- und Gastronomiebetrieben aus? Verfügen diese überhaupt über die Möglichkeiten, diese hohen Investitionen zu tragen? Wir sprechen meistens von Hotels und Gaststätten, die zum Teil 50, 100 oder noch mehr Jahre auf dem Buckel haben und bei denen ein Umbau auf Fußbodenheizung und ähnliche Dinge häufig gar nicht möglich ist.

Frau Dr. Döll-König und Herr Dr. Schloemer, können Sie sich vorstellen, im Interesse Ihrer Mitglieder solche Ausnahmen, wie Herr Lauterbach sie wünscht, auch für Ihre Betriebe zu fordern?

Dr. Heike Döll-König (Tourismus NRW): Ich wüsste immer gerne erst, wie es aussieht, bevor ich etwas fordere. Diese Reihenfolge würde ich gerne einhalten. Wir haben immer wieder Folgendes festgestellt: Wenn wir Argumente und Beispiele anbringen, die wir gut aufbereitet haben und dokumentieren können, gibt es auch auf Bundesebene ein offenes Ohr und die Bereitschaft, sich mit Sonderanliegen der Tourismusbranche auseinanderzusetzen.

Bezogen auf die Coronaüberbrückungen, hat es jüngst noch einmal eine Regelung für Thermen und Bäderinfrastrukturen gegeben. Zum Thema „Heizung und Modernisierung“ bin ich noch nicht sprechfähig. Ich könnte mir vorstellen, dass das kein allein tourismusspezifisches Thema ist, sondern alle Betriebe und Häuser betrifft, die damit umzugehen haben, und würde mich ungern schon auf Einzelheiten festlegen.

Dr. Achim Schloemer (Tourismus NRW): Man sollte vielleicht ergänzen: Insgesamt sind die Betriebe im Hotel- und Gaststättengewerbe, die vor der Krise leistungsfähig und am Markt aktiv waren, wirklich gut durchgekommen. Verloren haben wir am Ende diejenigen – das ist sozusagen ein beschleunigter Strukturwandel –, die nicht mehr wirklich leistungsfähig waren.

Die jetzt vorhandenen Betriebe sollten also in der Lage sein, bestimmte Herausforderung anzugehen. Wie diese aussehen, wissen wir noch nicht, weil noch nicht klar ist, wie die Programme und mögliche Unterstützungsleistungen ausgestaltet werden. Das bleibt abzuwarten.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Mir liegen noch drei Wortmeldungen vor, und zwar von Herrn Zimmermann, Frau Grothus und Herrn Cordes. Ich würde vorschlagen, dass ich Sie alle drei nacheinander aufrufe und wir die Beantwortung bündeln, weil wir jetzt schon seit circa einer Stunde über diesen Tagesordnungspunkt reden und langsam zu einem Ende kommen sollten. – Zunächst Herr Zimmermann.

Marc Zimmermann (GRÜNE): Vielen Dank für die Präsentation. Sie sagten, es gebe bei den Regionen seit der Coronapandemie eine Verschiebung in Richtung einer Kombination von Urlauben im ländlichen und städtischen Bereich. Der zunehmende Tourismus kann in den ländlichen Region zu Konfliktpotenzial und in den Randregionen der Städte – ich denke an den Kölner Königsforst – auch zu Problemen mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort führen.

Inwieweit ist der Faktor „Umwelt und Naturschutz“ bei der Frage der digitalen Darstellung berücksichtigt? Ich habe das gerade bei der Tabelle zum Data Hub nicht erkennen können. Ich denke dabei an Dinge wie Digitize the Planet, wo Schutzgebiete digital hinterlegt werden, sodass die Nutzer diese direkt erkennen können. Sind mit der Erhebung, die Sie eben schon angedeutet haben, als Sie davon sprachen, Daten nutzbar machen zu müssen, auch solche Daten angesprochen?

Die zweite Frage betrifft die Regionalität, einen anderen Punkt der Nachhaltigkeit. In der Auflistung auf Folie 13 steht „Urlaub“ mit 27 % ganz oben, darunter kommt aber das „Essen gehen“ mit 23 % und „Feinkost“ mit 16 %. Inwieweit ist eine Kooperation von Tourismus NRW mit Programmen wie „NRW isst gut“ angedacht, die einen sehr starken Fokus auf Nachhaltigkeit gelegt haben? Läuft das schon?

Antje Grothus (GRÜNE): Frau Dr. Döll-König und Herr Dr. Schloemer, herzlichen Dank für die Impulse und die vielen Einblicke, die Sie uns ermöglicht haben. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Sie haben proaktiv auf die Nachhaltigkeitsziele abgehoben und sehen diese als Chance und als wichtigen Punkt, um den Tourismus nachhaltig auszurichten. Bei zwei Punkten würde ich gern anknüpfen.

Sie hatten erwähnt, dass Tourismus gleich am Anfang mitgedacht werden muss. Der andere Punkt war, dass sich die Priorität der Gäste verschoben habe, und zwar in Richtung ländlicher Raum, aber in Kombination mit einem Städtetrip. Ich komme aus dem Rheinischen Revier, einem ländlich geprägten Gebiet im Städtedreieck zwischen

Köln, Düsseldorf und Aachen. Dieses Gebiet unterliegt derzeit einem Strukturwandel. Daher meine Frage: Inwieweit sind Sie dort schon in die Prozesse eingebunden und mit Akteuren vor Ort, beispielsweise der Zukunftsagentur, in Kontakt?

Frederick Cordes (SPD): Sie haben gesagt, der Tourismus sei eine Querschnittsaufgabe durch ganz viele Politikfelder hindurch und Images sowie Lebensqualität spielten eine große Rolle. Ich fasse das einmal so zusammen: Leben, wo andere Urlaub machen; Urlaub machen, wo andere leben. Worin bestehen die großen Herausforderungen, wenn es darum geht, diesen Wandel wirklich zu schaffen? Ist es die Infrastruktur bei Radwegen oder Wanderwegen? Sind es alternative Innenstädte? Ist es die Erhaltung von Naturraum? Worauf müsste man diesbezüglich einen Schwerpunkt legen?

Ich hätte auch noch eine Rückfrage zu den Businessreisen. Sie sagten, Sie hielten einen Einbruch dieses Bereich oder ein gleichbleibendes Niveau für wahrscheinlich. Liegt dies vor allem daran, dass man Konferenzen jetzt eher auf digitale Wege verlegt? Ist das mit dem Einbruch eines Messestandortes verbunden? Wie sieht es generell bei den Messen in Nordrhein-Westfalen aus?

Dr. Achim Schloemer (Tourismus NRW): Die digitale Datenlenkung ist ein interessantes Instrument, das wir aus der Auslastungssteuerung kennen. Ist Parkplatz 1 überlastet, fahre ich ein anderes Ziel an. Analog dazu: Lohnt es sich überhaupt noch zur Narzissenblüte in die Eifel zu fahren, oder lassen wir das lieber sein, weil dort einfach viel zu viel los ist? Wir können aktiv Hinweise geben: Schau dir auch mal Ziel B, C oder D an, dass du bis jetzt nicht im Fokus hattest, und bereise dieses.

Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Meines Erachtens ist es selbstverständlich, auf Schutzgebiete und deren Status hinzuweisen. Es wird jedoch vor allem eine gewisse Auslastungssteuerung wichtig sein.

Zu „NRW isst gut“. Meines Wissens haben wir das Thema „NRW kulinarisch“ auf der letzten Sitzung offiziell beerdigt, aber eben deshalb, weil wir uns dieses Themas gemeinsam mit den Ministerien für Landwirtschaft und Wirtschaft sowie dem DEHOGA annehmen wollen. Diese regionalen Wertschöpfungsketten sind gerade vor dem Hintergrund der Frage wichtig, wo wir beim Thema „Nachhaltigkeit“ überhaupt agieren können. Darauf wollen wir schauen, und NRW passt dort wirklich gut rein. Wir wollen uns an dem Prozess gerne beteiligen und sind auch schon mittendrin.

Zu Tourismus als Querschnittsaufgabe. Wir haben so viele Andockpunkte und wollen uns unter anderem auch gerne beim Thema „Standortmarketing“ einbringen. Ein wichtiger Punkt ist, dass wir bzw. die verschiedenen Akteure, die sich um den Standort Nordrhein-Westfalen bemühen, es schaffen, Mittel und Ressourcen sowie Botschaften und Inhalte zu bündeln, damit nicht der eine dies und der andere jenes erzählt. Da kann man sicherlich ansetzen, und dies noch stärker aufeinander abstimmen.

Wie die Städte attraktiver werden können, ist ein ganz großes Thema. Sind das noch die großen Einkaufskonzepte? Ist das ein Unternehmen wie GALERIA Karstadt Kaufhof, das überall dicht macht? Wie wird eine Innenstadt künftig genutzt werden? Ist sie lebenswert? Hat die einfach mehr Freiraum? Ist dort mehr Grün? Ist sie klimaresilient?

Wenn eine attraktive Stadt um ein attraktives Land ergänzt werden soll, geht es auch um eine gute Infrastruktur. Man kann das Land auch mit einer Wander- und Radwegeinfrastruktur erschließen. Ich denke unter anderem an den Panarbora-Radweg. Das sind meines Erachtens die beiden wesentlichen Aspekte, um voranzukommen.

Die Situation im Business-Tourismus hängt ein bisschen hinterher, erholt sich aber gerade. Wir können heute auch hybrid miteinander reden. Das wird vielleicht dafür sorgen, dass die eine oder andere Veranstaltung bzw. ein kleines Meeting nicht mehr stattfinden wird, weil eben auch die großen Konzerne ihrer eigenen Policies wegen bestimmte Klimaschutzziele einhalten müssen. Das ist gut so.

Es wird also einen gewissen Rückgang geben. Messen, wie beispielsweise die IDS in Köln oder die MEDICA in Düsseldorf, die gute Ordermessen sind, müssen in analogen Formaten stattfinden. Die Aussteller sagen einfach: Wir müssen zusammenkommen. Darum halte ich die großen Messestandorte nicht für gefährdet. Es wird eine Veränderung geben, aber ich glaube, das ist ein Auf und Ab. Die Branche wird sich insgesamt ganz gut stabilisieren.

Bezüglich des Rheinischen Reviers übergebe ich noch einmal an meine Kollegin. Das ist meine Heimat, auch ich komme daher. Aber inwieweit wir uns dort als Tourismus NRW engagieren, weiß ich nicht.

Dr. Heike Döll-König (Tourismus NRW): Wir sind in eines der Gremien eingebunden und werden bei Einzelprojekten um Expertisen gebeten, sodass wir auch einen Blick auf diesen Prozess haben.

Noch ganz kurz zum Thema „Besucherlenkung“. Dieses wäre der nächste Schritt, und genau dies hätten wir für das neue EFRE-Projekt im Blick, das wir eingereicht haben, weil wir dabei mit Echtzeitdaten arbeiten müssen. Es geht dabei um Strukturfragen, die wir in dem, was bis jetzt aufgebaut wurde, noch nicht so abbilden können, wie es uns und Ihnen vorschwebt. Deswegen müssen wir noch einen weiteren Schritt gehen.

Es ist gefragt worden, was wir uns wünschen. Das würde ich gerne noch sagen. Das Thema „Mobilität“ ist ein ganz, ganz großes, insbesondere „vernetzte Mobilität“ bzw. „gute Mobilität“ oder „Mobilität als Chance“. Dieses Land mit zukunftsweisenden Verbindungen erfahrbar und bereisbar werden zu lassen, steht auf meiner Wunschliste auf Platz 1.

Dr. Achim Schloemer (Tourismus NRW): Wir verbinden diesen Wunsch mit dem herzlichen Dank an Sie alle dafür, dass Sie sich die Zeit genommen haben, sich mit diesen touristischen Themen auseinanderzusetzen. Das spricht für die hohe Wertschätzung für den Tourismus im Land.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank auch an Sie beide. Es war schön, dass wir uns heute einmal einem Thema der Wirtschaftspolitik und einer Branche widmen konnten, mit dem wir uns in dieser Wahlperiode bisher noch gar befasst hatten. Insofern bedanke ich mich bei Ihnen auch im Namen des Ausschusses ganz herzlich für Ihre Zeit und bei den Fraktionen für das große Interesse und diesen guten Austausch.

2 Energiekrise – Auswirkungen und Maßnahmen

Im Ausschuss regt sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, diesen vereinbarungsgemäß wiederkehrenden TOP heute nicht zu behandeln.

3 Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen

In Verbindung mit:

Bewilligung von Projekten für den Strukturwandel im Rheinischen Revier (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1130

Vorsitzender Dr. Robin Korte weist darauf hin, dass die Landesregierung zu dem vereinbarungsgemäß regelmäßig aufzurufenden Tagesordnungspunkt mündlich berichten werde. In Verbindung damit werde auch der von der FDP-Fraktion beantragte Bericht Vorlage 18/1130 zur Bewilligung von Projekten beim Strukturwandel im Rheinischen Revier behandelt.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE) berichtet:

In der Ausschusssitzung am 22. März 2023 hat Ihnen Frau Staatssekretärin Krebs die Ergebnisse der Sitzung des Aufsichtsrats der Zukunftsagentur Rheinisches Revier vom 17. März 2023 berichtet und den Hintergrund des sogenannten Kassensturzes vorgestellt.

Ihnen allen ist klar, dass der Strukturwandel im Rheinischen Revier angesichts des auf 2030 vorgezogenen Kohleausstiegs jetzt schlicht und ergreifend einer Neuorientierung und einer neuen Schwerpunktsetzung bedarf.

Es geht vor allem auch darum, die aus der Region kommende Kritik aufzugreifen und dem Willen der vielen Beschäftigten Rechnung zu tragen, die sich seit Jahren darum bemühen, dass wir dem Rheinischen Revier die Perspektive bieten können, mit dem Wandel hin zur Klimaneutralität eben auch den Wohlstand in der Region zu halten und – ja – sogar neuen Wohlstand aufzubauen. Es ist immer wieder wichtig, diese Grundlagen zu betonen.

Wo stehen wir aktuell? – Der Prozess hat derzeit drei Stränge.

Erstens. Wir steigen von einem wettbewerbsorientierten Verfahren auf ein Dialogverfahren um. Wir wollen so dafür sorgen, dass Projekte schneller und effizienter bewilligt werden können. Dadurch stellen wir auch sicher, dass die Strukturmittel gemeinsam mit der Region gezielt eingesetzt werden können, damit neue Beschäftigung und Wertschöpfung entstehen kann und uns die Unternehmen erhalten bleiben.

Zweitens. Wir haben für alle Ziele, die der Reviervertrag für das Rheinische Revier benennt, Meilensteinpläne aufgestellt, mit denen wir aufzeigen, was wir bis wann erreichen müssen, damit der Strukturwandel ein Erfolg wird. In einem weiteren Schritt setzen wir derzeit noch einen Prozess auf, um eine regelmäßige Kontrolle der Zielerreichung sicherzustellen. Die dabei vom Land festgelegten Meilensteine des Strukturwandels werden die Grundpfeiler sein, an denen sich die Programme und Richtlinien der Projektförderung ausrichten.

Der Reviervertrag, den Land und Region vor ziemlich genau zwei Jahren geschlossen haben, legt die Ziele und Erfolgsfaktoren für einen nachhaltigen Strukturwandel fest. Teil dieses Bilanzierungsprozesses war auch die Frage, ob der Reviervertrag bereits all das abbildet, was für die erfolgreiche Gestaltung des Kohleausstiegs 2030 notwendig ist.

Der Reviervertrag aus 2021 und das Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.1 bleiben die Grundlage, auf der Land und Region den Strukturwandel zum Erfolg führen. Um aber den geänderten Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen, vereinbaren das Land Nordrhein-Westfalen und die Region ergänzend einen Reviervertrag 2.0.

Dabei ist vollkommen klar: Umwelt- und Klimaschutz sowie ökologische Nachhaltigkeit sind unbestritten wichtige Rahmenbedingungen bei allen Maßnahmen der Strukturstärkung, die dazu beitragen, dass Wertschöpfung und Beschäftigung im Zentrum stehen.

Eine weitere wichtige Rolle im Reviervertrag 2.0 spielt die Entwicklung der Tagebaumfelder. Wir wollen diese zu „Räumen der Zukunft“ machen, und stehen vor der Jahrhundertaufgabe, die jahrzehntelang durch die Tagebaue zerschnittenen Landschaften nachhaltig als Lebensraum zu entwickeln und wieder zu vernetzen. Wir arbeiten deswegen eng mit den Tagebaumfeldverbänden zusammen. Es geht letztendlich darum, die Tagebaue in attraktive Orte für die Menschen zu verwandeln.

Wir wollen für die Flächen im Rahmen einer IBTA Lösungen finden und Ideen dafür aufzeigen, wie sich diese Region entwickeln kann. Damit erhalten die Menschen in den Tagebaumfeldern eine kurz- und mittelfristige Perspektive für ein attraktives Lebensumfeld.

Die Tagebaumfeldentwicklung ist selbstverständlich auch mit der Wiederbelebung der Dörfer Merzenich-Morschenich, Keyenberg, Kuckum, Ober- und Unterwestrich sowie Berverath verbunden. In die Infrastruktur dieser Dörfer wurde vor dem Hintergrund des ursprünglich geplanten Abrisses seit Jahren nicht mehr investiert.

Wir wollen sicherstellen, dass die Dörfer „Orte der Zukunft“ werden und als klimaneutrale, klimaresiliente und lebenswerte Wohn- und Arbeitsorte ihr volles Potenzial ausschöpfen. Als Landesregierung werden wir dafür ein entsprechendes Förderangebot entwickeln.

Parallel zu der Bilanzziehung treiben wir intensiv die Projektumsetzungen im Rheinischen Revier voran. Aktuell sind insgesamt über 420 Vorhaben und Teilvorhaben zur Umsetzung ausgewählt. Hiervon sind 130 Projekte bewilligt, viele weitere befinden sich auf einem sehr guten Weg.

An dieser Stelle möchte ich Ihnen gern zwei Projekte vorstellen, die in jüngster Zeit bewilligt wurden und den Fortschritt des Strukturwandels exemplarisch darstellen.

In der Stadt Herzogenrath entsteht derzeit der Aufbau der ersten CO₂-freien Energieversorgung einer mittelgroßen Stadt. Sie hat sich das bis 2030 vorgenommen. In verschiedenen Teilprojekten wird genau dies durch den Ausbau der Kapazitäten bei Photovoltaik und Windkraft, den Aufbau einer Speicherinfrastruktur und der Stärkung der wasserstoff- und strombasierten Mobilität vorangebracht. Das Projekt wird

mit insgesamt 50,1 Millionen Euro gefördert und ebnet nicht nur den Weg zur Klimaneutralität, sondern verbindet dies auch mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Das zweite Beispiel geht in eine ganz andere Richtung. Es geht um das Vorhaben „Vision 2025+ Aachen Rothe Erde“. Der Stadt Aachen wurde eine Förderung in Höhe von über 2,5 Millionen Euro bewilligt, um zu unterstützen, dass auf dem ehemaligen Continental-Reifenwerk in Aachen urbane Produktion gewährleistet werden kann, im besten aller Fälle natürlich mit gut bezahlten Industriearbeitsplätzen.

Die Förderung wurde dafür gewährt, dass Nachnutzungskonzepte erarbeitet werden, in deren Rahmen auch Industrie angesiedelt werden soll. Das sollte Ihnen zeigen, was im Rheinischen Revier insgesamt los ist. Nach meinem Eindruck aus den vielen Gesprächen, die ich mit den Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen, der Kreise und der Betroffenen von jung bis alt führe, wird in der Region klar: Da kommt noch einmal eine neue Dynamik rein. Klar ist auch: Diese Dynamik brauchen wir, weil die Zeit bis 2030 schneller vergeht als ein Wimpernschlag.

Dietmar Brockes (FDP) merkt an, eine neue Dynamik halte er für dringend geboten, weil die Landesregierung seit der Regierungsübernahme erst Maßnahmen mit einem Volumen von knapp 185 Millionen Euro, also gerade 4,4 % der von ihr dafür vorgesehenen Gesamtsumme, umgesetzt habe. Bei dem aktuellen Tempo würde die Umsetzung erst im Jahr 2103 abgeschlossen.

Er vermisse konkrete Maßnahmen. Die habe Ministerin Beschleunigung angekündigt, und es seien Meilensteine im Reviervertrag vereinbart worden. Er würde jedoch gern wissen, wann Letzterer verabschiedet werden solle, weil die Meilensteine ohne diesen wirkungslos blieben. Die Landesregierung wolle die Leitentscheidung nun zudem doch nicht mehr vor der Sommerpause auf den Weg bringen. Damit werde das Prozedere nicht beschleunigt, sondern weiter hinausgezögert, obwohl die Landesregierung für einen schnelleren Kohleausstieg gesorgt habe. Das alles passe nicht zusammen.

Im Regelprogramm „Revier gestalten“ seien mehrere Wettbewerbsrunden vorgesehen und bisher sei dem Bericht zufolge gerade einmal ein Projekt umgesetzt worden. Er würde gern mehr über den geplanten Umstieg vom Wettbewerbs- auf das Dialogverfahren erfahren und darüber, wie Letzteres zur Beschleunigung beitrage.

Die von der Ministerin beschriebene neue Dynamik, bemerkt **Lena Teschlade (SPD)**, habe sie selbst im Revier nicht wahrgenommen. Auch die Kommunen, die lokalen Vertreterinnen und Vertretern vor Ort hätten dies nicht getan. Es müsse sofort etwas passieren und der Strukturwandel schneller vollzogen werden. Sie hätte sich gewünscht, im Bericht etwas zur Arbeitsplatzwirksamkeit der Einzelprojekte zu erfahren. Da die Zahlen vermutlich nicht vorlägen, bitte sie darum, diese nachzuliefern.

Christian Loose (AfD) fragt, ob die Landesregierung den angesprochenen praktischen Handlungsplan und die Meilensteinpläne in einer der nächsten Sitzungen vorlegen werde. Bisher sei lediglich sicher, dass die Landesregierung bis 2030 rund 120.000 Arbeitsplätze im Rheinischen Revier vernichten werde, ohne dass neue

Arbeitsplätze entstünden. Um den Verlust zu kompensieren, bräuchte das Rheinische Revier jedoch jährlich 5.000 neue Arbeitsplätze.

Auch bei den von der Ministerin im mündlichen Bericht zitierten Beispielen fehlten Angaben zur Anzahl der geschaffenen Arbeitsplätze. Dabei wähle die Landesregierung als Vorzeigeprojekte sicherlich nicht die schlechtesten Beispiele. Er würde gern wissen, viele Arbeitsplätze beim Projekt „Herzogenrath“ und beim Projekt „Rothe Erde“ in Aachen jeweils geschaffen würden, und wie viel jeder einzelne neu geschaffene Arbeitsplatz kosten werde.

Romina Plonsker (CDU) zeigt sich empört über Behauptung, es sollten 120.000 Arbeitsplätze vernichtet werden. Die Zahl stamme ihres Wissens aus einer gemeinsamen Studie von drei Industrie- und Handelskammern, unter anderem der IHK Mittlerer Niederrhein und Köln, und beziehe sich auf die Gesamtzahl der energieintensiven Arbeitsplätze im Rheinischen Revier. Wenn es um die direkt betroffenen Arbeitsplätze bei RWE gehe, müsse die AfD bei der von ihr genannten Zahl mindestens eine Null streichen. Sie halte es für wichtig, bei der Wahrheit zu bleiben.

MR'in Dr. Maren Lurweg (MWIKE) stellt sich als Mitarbeiterin der Stabsstelle Strukturwandel „Rheinisches Revier“ im MWIKE vor. Zunächst würde sie gern erfahren, wie Herr Brockes bezüglich der bereits umgesetzten Maßnahmen auf die von ihm genannten rund 4 % der Fördersumme komme.

Dietmar Brockes (FDP) erläutert, die seit Regierungsübernahme im Juni 2022 umgesetzten Maßnahmen hätten ein Volumen von insgesamt 185 Millionen Euro. Bei einem geplanten Gesamtvolumen von 14 Milliarden Euro ergebe sich ein Anteil von rund 4 %.

MR'in Dr. Maren Lurweg (MWIKE) kündigt an, ihre Kollegin aus dem Förderreferat werde Fragen zu den Zahlen beantworten. Bezüglich der geplanten Verabschiedung des Reviervertrags informiert sie, das Kabinett solle Ende Mai über die entsprechende Kabinetttvorlage entscheiden. Der Reviervertrag 2.0 werde im Rahmen einer Veranstaltung der Zukunftsagentur Rheinisches Revier am 30. Mai 2023 unterzeichnet.

Aktuell laufe die Abstimmung einer Kabinetttvorlage mit drei Bestandteilen, nämlich erstens der Vereinfachung und Beschleunigung des Förderverfahrens durch die Umstellung vom Wettbewerbs- auf das Dialogverfahren, zweitens dem Reviervertrag 2.0 als Ergänzung zum weiterhin gültigen Reviervertrag von April 2021 und drittens dem Meilensteinplan. Bei den Meilensteinen handele es sich jedoch nicht um Bestandteile des Reviervertrags.

Der mit vier oder fünf Seiten relativ kurze Reviervertrag 2.0 setze dort an, wo der bestehende Reviervertrag aufgrund des vorgezogenen Kohleausstiegs Lücken aufweise. Hinzu kämen Themen wie „Gesundheit“ und „Aviation“, zudem solle es verstärkt um die Entwicklung der Tagebauumfelder und die Wiederbelebung der Dörfer gehen.

Zu allen 31 identifizierten Zielen des Reviervertrages sei hinterlegt worden, welche Meilensteine im Zweijahresrhythmus, also jeweils bis 2024, 2026, 2028 und 2030,

erreicht werden müssten, um den Strukturwandel zu einem spürbar guten Ergebnis für die Menschen und Unternehmen der Region zu führen.

Bezüglich der von der SPD-Fraktion erfragten Arbeitsplatzeffekte der Förderung werde es eine Evaluation der Projekte vonseiten des Bundes und des Landes geben. Diese beiden Prozesse würden derzeit abgestimmt, um zu vermeiden, dass Projektträgerinnen und -träger sich jeweils mit unterschiedlichen Berichtsanforderungen befassen müssten. Der Bund habe bereits einen entsprechenden Auftrag vergeben. Nun werde ein zweiter Auftrag zur Evaluation der Strukturförderung im Land folgen. Dies ermögliche es, die Arbeitsplatzeffekte tagesscharf abzulesen.

Insgesamt würden im Rheinischen Revier durch den Kohleausstieg rund 15.500 direkt und indirekt betroffene Arbeitsplätze bei RWE und den Zulieferbetrieben wegfallen. Die 50.000 Arbeitsplätze in den energieintensiven Industrien gälten als gefährdet, fielen jedoch nicht zwangsläufig weg. Es gehe darum, für diesen wichtigen Industriezweig eine Perspektive zu schaffen, sodass Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden könnten.

Bezüglich der Leitentscheidung erläutert **Ministerin Mona Neubaur (MWIKE)**, die Landesregierung habe die Verfahren zur Erarbeitung und Verabschiedung der hoffentlich letzten Leitentscheidung für das Rheinische Revier nochmals geändert.

Am vergangenen Samstag habe sie im Rahmen einer digitalen Veranstaltung mit jungen Menschen aus dem Rheinischen Revier konstruktive Vorschläge und Kritik gehört. Die Teilnehmer hätten der Landesregierung jedoch auch für die Möglichkeit des Austauschs gedankt, weil noch die jungen Menschen in der Region noch nie gefragt worden seien, wie sie sich die Zukunft des Rheinischen Reviers wünschten.

Sie habe bereits eine Bürgerveranstaltung in Erkelenz besucht, eine weitere stehe am Samstag in Düren an. Das alles brauche Zeit. Es gehe nicht einfach darum, möglichst schnell eine Leitentscheidung fertigzustellen, sondern darum, die Region zu befrieden und die unterschiedlichen Interessenlagen zumindest zu kennen, um im Abwägungsprozess einen für alle nachvollziehbaren Kompromissvorschlag zu erarbeiten.

Mit den ehemaligen Hauseigentümern und ehemaligen Bewohnern von Dörfern tausche sie sich nichtöffentlich aus. Die Landesregierung müsse auch deren Interessen und Belange kennen. Die Leitentscheidung werde im Sommer abgeschlossen, aber die Wissensgenerierung laufe noch bis zum Anfang der in NRW sehr früh beginnenden Sommerferien. Die Ergebnisse sollten dann in die Leitentscheidung einfließen.

Dr. Patricia Peill (CDU) betont, im Gegensatz zur SPD-Fraktion nehme sie durchaus mehr Dynamik wahr. Die Hälfte der 2022 genehmigten Projekte sei der Vorlage zufolge im Dezember 2023 bewilligt worden. Es erreichten sie auch durchweg positive Rückmeldungen bezüglich der erwähnten Veranstaltung mit der Jugend. Diese sei gut angekommen.

Im mündlichen Bericht habe die Ministerin von der Wiederbelebung der Dörfer gesprochen. Sie selbst habe im Ort Morschenich, in dem die Kirche abgebrannt war, mit Menschen aus dem Dorf gesprochen und deren Schmerz mitempfunden. Daher schlage

sie vor, statt von „Wiederbelebung“ von „Neugestaltung“ zu sprechen, weil dies der Region größere Spielräume eröffne.

Lena Teschlade (SPD) dankt für die Information über die geplante Evaluation im Hinblick darauf, wie viele Arbeitsplätze letztendlich entstünden. Ihr gehe es jedoch vor allem um die Kriterien für die Projektauswahl und um die Frage, auf Basis welcher Prognose die Sterne vergeben worden seien. Dennoch begrüße sie es, dass die tatsächlichen Effekte evaluiert würden.

Christian Loose (AfD) äußert die Vermutung, seine Frage nach den Arbeitsplätzen sei untergegangen. Er habe wissen wollen, wie viele Arbeitsplätze bei den von der Ministerin zitierten Projekten geschaffen würden und wie viel diese jeweils kosteten.

Romina Plonsker wolle in ihrem Wahlkreis natürlich nicht die Wahrheit sagen. Aber selbst die Kohlekommission, der kein Energieexperte angehört habe, spreche auf Seite 29 ihres Abschlussberichts von 27.000 direkt und indirekt Betroffenen und 93.000 Betroffenen aus der stromintensiven Industrie.

Natürlich könne die CDU-Fraktion sagen, diese fielen nicht weg. Er empfehle jedoch, mit den Mitarbeitern zu sprechen, die demnächst bei Speira in Neuss oder bei TRIMET in Essen arbeitslos würden. Diese fielen aufgrund der von der Regierung geschaffenen Strompreise weg. Angesichts teurerer CO₂-Zertifikate der EU sowie des Kohle- und Kernkraftausstiegs würden die Preise nicht mehr sinken, sondern eher weiter steigen.

Dietmar Brockes (FDP) erinnert daran, dass er um eine Erklärung des Dialogverfahrens gebeten habe. Die Landesregierung habe bisher nur die Änderung des Reviervertrages und die Meilensteinpläne erläutert. Er würde zudem gern wissen, welche Anzahl und welche Gesamtsumme an Projektbewilligungen die Landesregierung bis Ende 2023 erreichen wolle. Wenn erneut Meilensteine bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben würden, fürchte er, dass am Ende nicht viel passiere.

Bezüglich der Leitentscheidung wünschten sich viele Betroffene und Verbände bzw. Organisationen etwas anderes, als das, was bisher bei den Veranstaltungen gelaufen sei. Die dort gemachten Vorschläge seien nicht einmal protokolliert worden. Seines Erachtens würden die Bürger nicht so mitgenommen, wie eigentlich notwendig.

Antje Grothus (GRÜNE) dankt der Ministerin im Namen ihrer Fraktion für die Ausweitung des Dialogverfahrens. Wer sich mit Bürgerbeteiligung beschäftige, wisse, dass eine frühzeitige Beteiligung und richtige Teilhabe für größere Akzeptanz der getroffenen Entscheidungen Sorge. Da jahrelang über die Betroffenen vor Ort hinweg agiert worden sei, halte sie es für gut, diese nun früh zu hören und junge Menschen explizit nach ihren Zukunftsvorstellungen und Schwerpunkten zu befragen.

Bezüglich des Ortes Morschenich halte sie das Thema „Neugestaltung“ zwar für wichtig, würde dieses jedoch gern um die Begriffe „Wiederbelebung und Reaktivierung“ erweitern. Auch sie habe mit vielen Bürgerinnen und Bürgern gesprochen, weil sie direkt nebenan wohne. Der Kirchenbrand sei als Schlag ins Kontor empfunden worden,

zumal es sich um ein altes Gebäude und eines der vom Bürgermeister und dem LVR identifizierten und identitätsstiftenden Denkmäler des Ortes gehandelt habe, das reaktiviert werden sollte und auch bereits wieder genutzt worden sei.

Der Strukturwandel müsse ganzheitlich betrachtet werden. Die Höhe der verausgabten Mittel oder genehmigten Projekte reiche als Indikator des Gelingens nicht aus. Vielmehr hänge dieses von der Qualität des Prozesses und der Projekte ab. Die Strukturwirksamkeit könne unter anderem an der Zahl der Arbeitsplätze gemessen werden. Die Projekte müssten jedoch auch im Einklang mit einer Nachhaltigkeitsstrategie, regionaler Wertschöpfung und der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes stehen.

André Stinka (SPD) betont, der Strukturwandel müsse Arbeitsplätze und Nachhaltigkeit gemeinsam im Blick haben. Vor diesem Hintergrund interessiere ihn, welche Fragen, Forderungen, Vorstellungen oder Kritik die jungen Menschen im Rahmen des Austausches mit der Landesregierung geäußert hätten. Zudem würde er gern erfahren, warum das Thema „Aviation“ als Neuerung im Reviervertrag 2.0 hervorgehoben worden sei, obwohl es schon in der vorherigen Legislaturperiode diesbezügliche Aktivitäten gegeben habe.

Romina Plonsker (CDU) stellt klar sie halte es entgegen der Behauptung der AfD-Fraktion sehr wohl für wichtig, in ihrem Wahlkreis die Wahrheit zu sagen. Ihres Erachtens würden die Landtagsabgeordneten gerade dafür gewählt, den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber ehrlich zu sein. Gerade deshalb empfehle sie, die von der AfD-Fraktion vorgebrachten Zahlen für das Rheinische Revier und den Konzern RWE zu hinterfragen.

Viele Unternehmen machten sich bereits auf den Weg zu ihrer Transformation. Sie selber habe in diesem Zusammenhang kürzlich CURRENTA besucht. Aber auch weitere Unternehmen im Wahlkreis stellten sich um, bräuchten dabei Unterstützung und fühlten sich bei der Landesregierung diesbezüglich auch gut aufgehoben. Dies blende die AfD-Fraktion völlig aus, weil es nicht in ihre Ideologie passe.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE) informiert, die Veranstaltungen im Rahmen der Erarbeitung der aktuellen Leitentscheidung würden genauso dokumentiert wie bei früheren Verfahren. Zur Abfrage der Interessen und Bedarfe der jungen Menschen sei bei der erwähnten Veranstaltung eine Wortwolke eingesetzt worden. Am häufigsten hätten die Teilnehmer ihren eigenen behelfsmäßigen Notizen zufolge Infrastruktur, Familie, Nachhaltigkeit und Arbeitsplätze genannt, wobei Letztere die Rangliste angeführt hätten. Diese Ergebnisse flössen allerdings nicht eins zu eins in die Leitentscheidung ein. Vielmehr müsse sich die Landesregierung im Zuge eines Abwägungsprozesses auf Kompromisse verständigen.

Das bisher in der Projektfinanzierung angewandte Wettbewerbsverfahren, bei dem Sternchen verteilt worden seien, habe die Stakeholderinnen und Stakeholder nicht zufriedengestellt. Deswegen wolle die Landesregierung nun in einem Dialogverfahren auf die Bedarfe der Kammern, der Unternehmen, der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger eingehen.

ORR'in Alexandra Michl-Schmidt stellt sich als für Förderfragen zuständige Referentin in der Stabsstelle „Rheinisches Revier“ vor. Das Dialogverfahren zeichne sich dadurch aus, alle Akteure und insbesondere der bewilligenden Stellen sehr frühzeitig an einem Tisch zu versammeln. Die Qualifizierung und Weiterqualifizierung aller Vorhaben könne dadurch sehr effizient und zielgerichtet erfolgen. Zum Beispiel werde der Bund bei über seine Förderprogramme unterstützte Vorhaben direkt einbezogen. Dies gelte auch für die entsprechenden Fachressorts

Bereits zu Beginn des Verfahrens werde der Fördergeberzugang identifiziert, um schnell das richtige Förderprogramm bzw. die richtige Förderlinie zu finden und einen Prozessführer festzulegen. Dieser ermittle alle beim Antragsteller liegenden und anderweitigen potenziellen Hindernisse und leite alles in die Wege, um diese möglichst auszuräumen. Es würden alle Stellen unter anderem bei der Bezirks- oder Landesregierung zusammengebracht, um ein Vorhaben bis zur Antragsreife zu begleiten.

MR'in Dr. Maren Lurweg (MWIKE) ergänzt zu den Arbeitsplatzeffekten der von der Ministerin vorgestellten Projekte, im Energiepark Herzogenrath sollten etwa 120 Arbeitsplätze erhalten bzw. neu geschaffen werden, davon 20 im Bereich der Installation und Wartung der vor Ort neu geschaffenen Anlagenteile. Davon erhoffe sich die Landesregierung Ausstrahlungseffekte über das Rheinische Revier hinaus auf ganz NRW bzw. Deutschland, zum Beispiel indem die lokalen Firmen dank der Erfahrung im Rahmen dieses Projekts deutschlandweit Aufträge generierten.

Durch Umstellung der energieintensiven Förderung im Nivelsteiner Sandwerk in Herzogenrath sollten weitere 50 Arbeitsplätze erhalten werden.

Bei dem zweiten von der Ministerin vorgestellten Projekt handele es sich zunächst um die Erstellung eines Nachnutzungskonzepts, also einer Studie, mit einem erwartungsgemäß geringen direkten Arbeitsplatzeffekt. Es stelle aber die Grundlage dafür dar, die Fläche anschließend gut entwickeln zu können.

Das Thema „Aviation“ werde im Übrigen auf Wunsch der Region explizit aufgeführt. Tatsächlich habe dieses Thema im Rheinischen Revier schon immer eine wichtige Rolle gespielt. Die ausdrückliche Nennung auf die Vorteile des Rheinischen Reviers in diesem Bereich aufmerksam machen und die große Bedeutung des Themas betonen.

4 Kernkraft heißt Zukunft – Versorgungssicherheit gewährleisten, Energiepreise stabilisieren, unseren klugen europäischen Partnern folgen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/2560

Ausschussprotokoll 18/192 (Anhörung vom 15.03.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie – federführend –, an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume sowie an den Wissenschaftsausschuss am 26.01.2023)

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Der mitberatende Umweltausschuss hat den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP gegen die Stimme der AfD-Fraktion bereits abgelehnt. Der Wissenschaftsausschuss hat den Antrag mit dem gleichen Abstimmungsergebnis ebenfalls abgelehnt. Wer wünscht das Wort? – Das ist zunächst Herr Loose.

Christian Loose (AfD): Die FAZ hat die Abschaltung der letzten drei Kernkraftwerke am vorletzten Freitag als „Opfergabe an alte grüne Männer“ bezeichnet. Friedrich Merz, Mitglied der CDU – das ist die Partei, die den Ausstieg aus der Kernenergie maßgeblich betrieben hat – hat den endgültigen Atomausstieg am Samstag als schwarzen Tag für Deutschland bezeichnet. „Morgen ist ein schlechter Tag“, sagte Merz am Freitag dem Sender NDR Info. Es könne nicht sein, dass Deutschland drei Kernkraftwerke vom Netz nehme, die die sichersten der Welt seien. Recht hat er.

Derweil freute sich der grüne Bundeswirtschaftsminister im Interview mit dem Nachrichtensender WELT:

„Die Ukraine wird an der Atomkraft festhalten. Das ist völlig klar, und das ist auch in Ordnung, solange die Dinger sicher laufen. Sie sind ja gebaut.“

Aus Sicht von Herrn Habeck ist die Ukraine ein sicheres Land für die Kernkraft. Vielleicht erinnern Sie sich, in welchem Land Tschernobyl liegt und haben mitbekommen, dass im Gebiet der Kernkraftwerke in Saporischschja aktuell gekämpft wird. Für Herrn Habeck ist das kein Problem. Alleine daran erkennt man, dass der politische Kompass in Deutschland verloren gegangen ist. Deutschland ist ein offenbar ahnungsloser energiepolitischer Geisterfahrer.

Die Sachverständigen in der Anhörung haben sich sehr umfänglich über die Chancen und Risiken ausgelassen. Sie wussten aber mit Ausnahme von Herr Lewitz offenbar wenig über die neue Technik, die in Kanada unter Beteiligung deutscher Forscher und auch in Dänemark entwickelt wird. Während gleichzeitig rings um uns herum und fast

überall in der Welt neue Kernkraftwerke projiziert und aufgebaut werden, sieht Deutschland davon ab.

Dabei sind diese Neubauten offenbar ganz im Sinne der EU. Denn die Europäische Union möchte die Atomenergie in ihre sogenannte Taxonomie aufnehmen und ermöglicht damit eine staatliche Förderung von neuen Technologieansätzen im Kernenergiebereich, so wie wir sie in unserem Antrag gefordert haben. Wir wollen auch die verbliebenen Kernkraftwerke weiter bzw. wieder laufen lassen. Das sei technisch im überwiegenden Teil der Fälle möglich, sagte der Sachverständige Herr Lewitz, der selber 20 bis 25 Jahre als Kerntechniker gearbeitet hat.

Wie richtig diese Forderung nach dem Verbleib der Kernkraftwerke ist, kann eigentlich jedermann an den Zahlen der vergangenen Wochen ablesen. In der Nacht auf den vorletzten Sonntag stellten die letzten drei Atomkraftwerke den Betrieb ein, und schon Stunden später importierte die Bundesrepublik mehr Energie aus dem Ausland, darunter auch mehr Atomstrom. 4 GW Leistung gingen am 5. April 2023 vom Netz. Unmittelbar nach dem angeblich historischen Schritt importierte Deutschland 4,7 GW mehr an Leistung.

Das Importvolumen von Strom aus Kernkraftwerken wird sich demnächst noch erhöhen. Frankreich, Polen und andere EU-Staaten, die moderne Kernkraft erfolgreich betreiben und ausbauen, bekommen demnächst Geld für neuartige Nukleartechnologien aus Brüssel. Im Anhang zum Gesetzentwurf der EU heißt es, Technologien für die Energieerzeugung aus Kernenergie mit minimalen Abfällen aus dem Brennstoffkreislauf sowie kleine modularen Reaktoren seien im Sinne der Verordnung emissionsfrei. Wir reden im Antrag über genau diese Technik, von der Sie leider nichts wissen wollen.

Der Antrag ist mit Blick auf die anderen Länder aktueller als je zuvor. Gerne erwarte ich Ihre Zustimmung.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Wir haben im Landtag Nordrhein-Westfalen zum wiederholten Male ein Thema diskutiert, das hier nicht hingehört. Das Atomgesetz, der Atomausstieg oder der Weiterbetrieb von Kernkraftwerken müssen auf der Bundesebene geklärt werden. Das ist geschehen, und wir müssen es zur Kenntnis nehmen. Die letzten drei Kraftwerke sind am vergangenen Samstag abgeschaltet worden, und zwar durch eine mehrheitliche Entscheidung der Abgeordneten im Bundestag und der Bundesregierung.

Für uns in Nordrhein-Westfalen heißt das aber auch: Bundesweit fällt gesicherte Leistung weg. Wir haben in Nordrhein-Westfalen zwar keine Atomkraftwerke, sind aber als starkes Industrie- und Energieland darauf angewiesen, dass uns viel gesicherte Leistung zur Verfügung steht.

Nordrhein-Westfalen ist also im eigenen Interesse und zugunsten der Versorgungssicherheit sowie vernünftiger Preise eingesprungen. Es sind große Braunkohlekapazitäten wieder ans Netz gegangen. Neurath C und Niederaußem E und F sind aus der Reserve geholt worden. Zudem hätten die Blöcke Neurath D und E eigentlich zum 31.12.2023 vom Netz gehen sollen und werden jetzt gehalten. Auch in Steinkohlekraftwerken wurden 2,5 GW an Kraftwerkskapazitäten wieder in den Markt zurückgeholt.

All diese Entwicklungen sind der Energiekrise aufgrund der gedrosselten oder ganz eingestellten Gaslieferungen aus Russland geschuldet. Sie sind aber auch Folgen des Atomausstiegs und eines zu langsamen Ausbaus von erneuerbaren Energien. Wir sehen daran, dass Nordrhein-Westfalen Verantwortung übernimmt.

Wir müssen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den entsprechenden Kraftwerken dankbar sein. Viele von Ihnen hatte sich nämlich schon in den Vorruhestand oder Ruhestand verabschiedet und wurden zurückgeholt, sie wurden also gefragt, ob sie im Interesse der Versorgungssicherheit noch ein paar Monate oder Jahre arbeiten würden. Es ist ein gutes Zeichen, dass viele von diesen Menschen spontan gesagt haben: Jawoll, wir machen das. Das ist eine sehr wichtige Arbeit, die wir machen können.

Wir können als Politik auch einmal dafür Danke sagen, dass diese Menschen sich für diese wichtige Sache zur Verfügung stellen.

Wir wollen diese Kraftwerke nur für eine kurze Zeit weiterbetreiben. Es bleibt bei dem Ausstiegszeitplan bis 2030. Dafür müssen wir die erneuerbaren Energien sehr viel stärker als bisher ausbauen, auch wenn wir in Nordrhein-Westfalen auf einem guten Weg sind.

Zudem muss zunehmend europäisch darüber nachgedacht werden, wie die Energieversorgung gewährleistet ist. Es ist nichts Neues, dass wir Strom importieren und auch exportieren. Das war schon immer so. In Europa bestehen ganz unterschiedliche Einstellungen zur Nutzung der Kernenergie. Viele Länder wie zum Beispiel Dänemark, Österreich oder Italien nutzen keine Kernkraft, während andere Länder sich dafür entschieden haben.

Letztlich ist die Sachlage kompliziert. Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass die Bundesrepublik sich jetzt entschieden hat, aus der Atomkraft auszusteigen. Ob dies angesichts der wieder in den Markt gebrachten Kohlekraftwerke die richtige Entscheidung war, muss jeder selber entscheiden. Muss man in Zeiten, in denen jede Kilowattstunde und jede Tonne CO₂ gezählt wird, so entscheiden? Wir in Nordrhein-Westfalen haben darüber aber gar nicht zu befinden.

Die Anhörung hat im Übrigen gezeigt, dass der Antrag auch in der Energiewirtschaft nicht auf Zustimmung trifft. Insofern werden wir ihn ablehnen.

(Beifall von der CDU)

Michael Röls (GRÜNE): Ich freue mich total über die Entwicklung seit der Einbringung des Antrags. Heute steht die finale Abstimmung an und damit die Möglichkeit, diesen Antrag in einem Land, in dem wir die Atomkraft hinter uns gelassen haben, aus voller Überzeugung abzulehnen.

Ich halte es für eine super Geschichte und einen großen Erfolg. Es ist das Ergebnis eines Atomausstiegs, der in dieser Form zuletzt vor zehn Jahren beschlossen wurde und eine sehr breite Mehrheit im Deutschen Bundestag gefunden hat. Das zeigt eben auch, wie wichtig breite Mehrheiten sind, um derartige Transformationen hinzukriegen und zu Ende zu bringen.

Deswegen wäre es total widersinnig, in dem Moment wieder in diese Technologie einzusteigen, in dem wir diesen Erfolg, die Atomkraft hinter uns zu lassen, endlich erreicht haben.

Herr Loose, bezüglich der neuen Technologien sagen Sie, alle Sachverständigen außer dem von Ihnen genannten, hätten keine Ahnung. Damit machen Sie es sich ein bisschen zu leicht. Die Lage ist meines Erachtens anders. Es gibt sehr gute Gründe, diesen Antrag abzulehnen. Mir persönlich wären schon vor der Anhörung einige eingefallen. Nach der Anhörung waren es noch ein paar mehr.

Deswegen müssen wir es auch nicht künstlich in die Länge ziehen und sollten uns von dieser Debatte der Vergangenheit nicht die Zeit für diejenigen Debatten rauben lassen, die wir für die Zukunft führen müssen. Ich kann für meine Fraktion sagen, dass wir diesen Antrag aus voller Überzeugung ablehnen.

Dietmar Brockes (FDP): In der Tat reden wir hier mal wieder über einen Antrag der AfD zu einem Thema der Bundesrepublik. Sie wollen wieder einmal eine Debatte aus Berlin in diesen Landtag hineintragen. Die Entscheidungen auf Bundesebene sind aber getroffen.

Herr Röls, ich kann in Ihren Jubel nicht einstimmen. Wir hätten die letzten drei Kernkraftwerke in der aktuellen Situation für die Versorgungssicherheit noch etwas länger gebraucht, Ich hätte mir gewünscht und würde es auch nach wie vor begrüßen, dass diese in die Reservehaltung gingen und der Rückbau nicht sofort stattfände, sodass wir die Sicherheit hätten, hier weiterzukommen, und Versorgungssicherheit gewährleistet wäre.

Herr Loose tut so, als trüge er uns mit den Dual-Fluid-Reaktoren eine neue Technologie vor. De facto stammt sie aus den Fünfzigerjahren und ist eine alte Technologie. Wir müssen mit neuen Technologien, mit Innovationen weiterkommen, auch im Bereich der erneuerbaren Energien gibt es ein breites Portfolio an Techniken. Bevor jedoch die Entscheidung für eines der von Ihnen angedachten Kernkraftwerke getroffen würde – Sie müssten auch gerade in Nordrhein-Westfalen sagen, wo Sie den Standort haben wollten –, wären wir auch bei der Kernfusion längst weiter. Das sind innovative, neue und sichere Lösungen. Insofern lehnen wir Ihren Antrag ab.

Christian Obrok (SPD): Auch die SPD-Fraktion war schon vor der Anhörung sehr sicher, wie sie sich zu dem Antrag verhalten würde. Die Expertinnen und Experten haben unsere Meinung bestätigt. Deswegen wollen wir die Debatte auch nicht weiter in die Länge ziehen. Wir sind am 37. Jahrestag des Super-GAUs in Tschernobyl froh darüber, dass wir diese Debatte auch in Nordrhein-Westfalen beenden.

(Beifall von der SPD)

Christian Loose (AfD): Herr Brockes, es ist schon erstaunlich, dass Sie die Windräder des Mittelalters jetzt als Zukunftstechnologie bezeichnen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das habe ich nicht gesagt!)

– Da haben Sie recht. Sie haben es nicht so formuliert. Entschuldigung, das war überspitzt. Aber die Windräder sind seit dem Mittelalter bekannt, die Wasserstofftechnologie seit 1838. Der Dual-Fluid-Reaktor ist in den Fünfzigerjahren erfunden worden, konnte aber damals nicht weiterentwickelt werden, weil das Militär andere Arten von Kraftwerken brauchte und weil die entsprechenden Rohrleitungen und Materialien nicht verfügbar waren. Dies ist jetzt anders, und das Ganze kann umgesetzt werden.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der AfD-Fraktion ab.

5 Wo bleibt ein deutsches ChatGPT? – Nordrhein-Westfalen zur Deep-Tech-Fabrik machen?

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3285

(Überweisung an den Wissenschaftsausschuss – federführend – an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 09.03.2023)

Im Ausschuss regt sich kein Widerstand gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, sich nachrichtlich an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung von Sachverständigen am 19.06.2023 zu beteiligen.

6 Flächenanalyse Windenergie – weitere Umsetzungsschritte *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1016

Vorsitzender Dr. Robin Korte informiert, die Fraktion der FDP habe diesen Tagesordnungspunkt bereits für die vorherige Sitzung beantragt, und der Bericht habe auch vorgelegen. Die Beratung sei aus zeitlichen Gründen verschoben worden.

Dietmar Brockes (FDP) fragt, in welchen Teilschritten die Landesregierung die Flächenbeitragswerte in die Regionalplanungen überführen und wann sie die Rechtsverordnung konkret verabschieden werde.

René Schneider (SPD) weist auf erhebliche Flächenkonkurrenzen hin. Es sollten jetzt 1,8 % der Fläche für Windkraft und bis 2030 ein Anteil von 30 % für Naturschutzgebiete im Land ausgewiesen werden. Gleichzeitig würden derzeit 6 ha pro Tag versiegelt, mit nach der Coronapandemie wieder steigender Tendenz. Dem Koalitionsvertrag zufolge sollten zudem bestehende Landwirtschaftsflächen und Flächen für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe gesichert werden. Aus rein geografischen Gründen könnten diese Ziele zudem eher in ländlichen als in städtischen Gebieten verwirklicht werden.

Daher frage er, wie die Landesregierung diese landesplanerischen Ziele realistischerweise zusammenbringen wolle, zumal sie das nicht in einem, sondern arbeitstechnisch bedingt nacheinander tue. Plane beispielsweise der RVR 1,4 % Windkraft in seinem Plangebiet bei Nutzung von höchstens 75 % der Windpotenzialfläche, ohne dabei die oberflächennahen Rohstoffe einzubeziehen, könne er eigentlich nur in den Kreisen Recklinghausen und Wesel Gebiete ausweisen. Andernorts wäre dies schwierig.

Wie also sollten die Regionalplanungsbehörden priorisieren? Sollten sie der Windkraft oder bodennahen Rohstoffen wie Kies und Sand Vorrang einräumen, zumal es sich bei vielen ausgewiesenen BSAB-Flächen um wunderbare Windvorranggebiete handle? Zudem frage er sich, wie sich die Priorisierung in einem Jahr verändern werde, wenn bis zum Sommer die Eckpunkte für die Flächengewinnung oberflächennaher Rohstoffe und die Degressionsschritte festgelegt würden.

Daher würde er gern erfahren, ob die Landesregierung die rein rechnerische Umsetzbarkeit aller Flächenzielvorgaben einmal überprüft habe, zumal andere Nutzungen wie etwa Verkehrsflächen auch weiterhin gebraucht würden.

MDgt'in Dr. Alexandra Renz (MWIKE) stellt bezüglich der Rechtsverordnung klar, dass der Landesentwicklungsplan nach Bundesgesetz im Mai 2024 fertig werden müsse und die vom Bund vorgegebenen Flächenziele auf die Regionen verteilen werde.

Weil es viel schneller gehen müsse, habe die Landesregierung die Regionalräte darum gebeten, ihre Regionalpläne nicht wie früher üblich erst nach Fertigstellung des LEP,

also 2024, sondern schon parallel dazu anzupacken. Rechtskraft erhielten diese natürlich erst, wenn auch der LEP vorliege. Die Regionalräte hätten sich dieser Vorgehensweise angeschlossen. Der LEP werde die Flächenziele erst 2024 als Rechtsverordnung und damit rechtskräftig vorgeben, die Landesregierung habe sie aber bereits veröffentlicht, damit die Regionen mit ihrer Planung beginnen könnten.

Die Fragen der SPD-Fraktion bezüglich der Vereinbarkeit der Nutzungen, verdeutlichten die Komplexität der Aufgaben der Landesplanung in einem so dicht besiedelten Land wie NRW. Die Arbeit werde der Landesplanung jedenfalls auf absehbare Zeit nicht ausgehen. Dies gelte jedoch für jeden Ballungsraum. Viele Flächenkonkurrenzen ließen sich über Mehrfachnutzungen lösen. Ein Beispiel dafür stellten Agri-PV-Anlagen dar. Auch im Umfeld der Windkraftanlagen könne Gutes für die Natur getan werden.

Die Tatsache, dass sich die Belange der Energiegewinnung bisher nicht in allen Plänen wiedergefunden hätten, habe es erforderlich gemacht, den Teilplan zur Energie vorzuziehen. Auch dies gehöre jedoch auf die regionale Ebene. Sicherlich wäre ein großer LEP, der alles gleichzeitig berücksichtige, vorzuziehen. Andererseits handele es sich um ein übliches Verfahren, neu aufkommende Belange in bestehende Pläne zu integrieren.

Christian Loose (AfD) bemängelt, die Landesregierung habe in ihrer Antwort zur Kleinen Anfrage seiner Fraktion nicht angegeben, wie viel Fläche in Hektar zur Verfügung gestellt bzw. verbraucht werde. Sie habe mitgeteilt: Dazu „liegen aufgrund der Privilegierung dieser Anlagen im Außenbereich keine Erkenntnisse vor“. Dabei beginne jeder gute Plan doch mit einem Realitätscheck.

Da die Landesregierung auch nicht beantworten könne, wie viele Hektar sie überhaupt plane, frage er sich, wie jemals etwas umgesetzt werden solle. Auch die Frage seiner Fraktion, wie hoch der Flächenverbrauch in Hektar pro Tag für die Installation neuer Windräder ausfallen werde, sei nicht beantwortet worden.

Es schockiere ihn, dass die Landesregierung weder die Berichts-anfrage der FDP-Fraktion noch die Kleine Anfrage seiner Fraktion beantworten und nicht mal einfachste Zahlen dazu liefern könne, obwohl sie in dem entsprechenden Bereich seit Jahren Personal aufbaue. Daher wiederhole er die Fragen und hoffe auf Beantwortung in der Sitzung: Wie viel Hektar seien bisher für Windräder verbraucht worden? Wie viel Hektar würden zukünftig bis ins Jahr 2032 verbraucht?

René Schneider (SPD) erinnert an seine Frage nach der Priorisierung, ob also vorgegeben werde, dass dem Kies oder gegebenenfalls der Windkraft Vorrang einzuräumen sei. Zudem würde er gern erfahren, ob Windkraft in Naturschutzgebieten zugelassen werden solle, weil dies ein wichtiger Hinweis an die Regionalplanungsbehörden wäre, und ob die Landesplanung die Naturschutzgebiete auf dem Schirm habe, die schließlich ebenfalls bis 2030 ausgewiesen werden müssten.

Dietmar Brockes (FDP) merkt an, die Regionalräte bzw. die Verwaltungen könnten zwar schon vorplanen. Die entscheidenden Debatten in den Regionalräten würden

jedoch erst in anderthalb Jahren abschließend geführt, wenn die Rechtsverordnungen vorlägen. Daher zweifele er an der Realitätstauglichkeit des geplanten Verfahrens und würde gern wissen, ob alternative Umsetzungswege bzw. Verfahren geprüft worden seien und ob die Landesregierung Änderungen am Landesplanungsgesetz plane.

Bezüglich der Priorisierung verweist **MDgt'in Dr. Alexandra Renz (MWIKE)** auf den rein formalen Vorrang der bundesgesetzlichen Vorgaben vor den landesplanerischen Zielen. Priorität habe danach die Vorgabe von 1,8 % für die Windkraft. Bei der Rohstoffversorgung solle ohnehin ein Degressionspfad beschriftet werden. Die für die nächste LEP-Änderung angestrebte Reduzierung passe zur stärkeren Gewichtung der Windkraft. Ohne eine gesicherte Energieversorgung gehe in der Wirtschaft ohnehin nichts mehr. Dies halte sie für unmittelbar nachvollziehbar.

Der Bund habe die potenziellen Flächen für die Windkraft maximal erweitert. Landschaftsschutzgebiete könnten laut Bundesnaturschutzgesetz komplett in Anspruch genommen werden. Die Landesregierung habe in ihrer Flächenpotenzialstudie vorgesehen, dass in den Bereichen, die als BSN in der Regionalplanung grundsätzlich als Flächen für Biotoperweiterungen zulässig wären, teilweise dazu genommen werden könnten, allerdings sicherlich nicht vollständig. Die Landesplanung werde auch mit aller Macht Potenziale in GIB, also in Industriegebieten, heben. Dort beständen bei Industriebauten in den Abstandsflächen Potenziale etwa für kleinere Anlagen.

Bezüglich der Kritik der FDP-Fraktion an dem ambitionierten schnelleren Vorgehen mit zwei ineinandergeschobenen Verfahren, weise sie daraufhin, dass die Landesplanung in der Vergangenheit häufig als zu langsam kritisiert worden sei. Selbstverständlich hätte die Landesregierung auch bei den bisherigen Verfahren bleiben können, aber wenn alle Ebenen mitzögen, könne Planung auch schneller gehen. Darauf sei sie sogar ein wenig stolz. Erfreulicherweise hätten sich die Regionalräte dem Verfahren über alle Fraktionen hinweg angeschlossen.

Der Bund habe Flächenvorgaben gemacht, die jeweilige Art der Umsetzung jedoch den Bundesländern überlassen. Einige Länder lösten dies über Gesetze und nicht über Pläne. Jedes Bundesland habe jedoch jeweils eine eigene Rechtsprechung über das jeweilige OVG. Indem NRW bei der planerischen Lösung bleibe, wähle es einen sicheren Weg, weil Flächenvorgaben laut Verfassungsrecht über die Raumordnung gemacht würden. Die Regelung über ein Gesetz gestalte sich dagegen schwierig und werde nur bei Bedarfsplänen wie etwa beim Verkehr gewählt.

Ihres Erachtens würde die Umsetzung über Gesetze auch nichts beschleunigen, zumal das nordrhein-westfälische OVG diese mit etwas spitzen Fingern anfassen würde. Sie halte eine Änderung des Landesplanungsgesetzes für die Windkraft nicht für erforderlich. Andere Änderungen würden dagegen diskutiert. So werde zumindest die Durchführungsverordnung für die landwirtschaftlichen Kernräume geändert.

Es sei angekündigt, das Land Nordrhein-Westfalen habe eine komplizierte Lösung gewählt, so **Michael Röls (GRÜNE)**. Einer Zusammenstellung der Ideen und Ankündigungen der einzelnen Bundesländer durch die Fachagentur Windenergie an Land

zufolge hätten bisher noch nicht alle Bundesländer einen Plan zur Umsetzung des Wind-an-Land-Gesetzes erstellt bzw. zumindest noch nicht veröffentlicht.

Keiner wolle den Ausbau der Windenergie an Land schneller umsetzen als Nordrhein-Westfalen. Nur Baden-Württemberg wolle sein komplettes Flächenziel bis 2025 erfüllen, die Übrigen seien später dran und wählten ein vom Bundesgesetzgeber ermöglichtes zweischrittiges Verfahren. NRW müsse sich daher im Ländervergleich nicht verstecken. Er danke dem Ministerium und allen in der Regionalplanung beteiligten Akteuren dafür, dass sie sich diesem Weg verpflichteten und ihn gemeinsam gingen.

Der Flächenverbrauch durch Windenergie müsse realistisch betrachtet werden. Die planerisch zur Verfügung gestellten Flächen würden nicht komplett verbraucht. Die Fundamentfläche einer Windenergieanlage entspreche nicht dem Flächenbeitrag nach WindBG. Er empfehle, sich einmal eine Windenergieanlage anzusehen und nicht nur auf Flächenzahlentabellen zu schauen, die schwerlich eingeordnet werden könnten.

Er halte den Hinweis seiner Vorrednerin für wichtig, zu prüfen, wie die ökologische Qualität künftiger Windenergiestandorte gesteigert oder geschaffen werden könne. Die Bundesrepublik Deutschland habe die Verpflichtung zur Sicherung der Biodiversität auf 30 % der Fläche unterschrieben und müsse diese deutschlandweit erfüllen. So wie aufgrund unterschiedlicher Gegebenheiten nicht jedes Bundesland den gleichen Anteil seiner Fläche für die Windenergie bereitstellen solle, erwarte er eine entsprechende Berücksichtigung zum Beispiel der Siedlungsdichte auch bei der Biodiversität.

Selbstverständlich stelle die Verringerung der Biodiversität aktuell die zweite große ökologische Krise neben dem Klimawandel dar, und es müssten Antworten darauf gefunden werden. Die Herausforderung halte er daher nicht für klein, sie müsse jedoch mit anderen ins Verhältnis gesetzt werden.

Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU) dankt der Landesregierung und dem Ministerium – insbesondere Frau Dr. Renz – dafür, dass sie zeitlich mit Hochdruck vorgekommen seien und zudem eine sehr faire Lösung mit einem ambitionierten, aber machbaren Zeithorizont gefunden hätten.

Ein Anteil von 3,7% der Landesfläche sei als theoretisch nutzbar identifiziert worden. Den einzelnen Planungsregionen bleibe damit Spielraum, um selbst planen zu können. Er halte die Entscheidung, dass die Regionen mit einem geringeren Flächenpotenzial einen höheren Prozentsatz ausweisen sollten, für ausgesprochen fair, vor allem denjenigen Regionen gegenüber die in der Vergangenheit schon sehr viel getan hätten bzw. über sehr viel Fläche verfügten.

André Stinka (SPD) berichtet aus Gesprächen mit Regionalratsfraktionen von großer Einigkeit bezüglich des Ziels. Einige Regionen erfüllten die Flächenziele jedoch bereits annähernd oder überträfen sie sogar, während in anderen Regionen noch viel zu tun bleibe. Leider glaube er nicht, dass die Debatte glimpflich verlaufen werde.

Angesichts dessen frage er, ob die Landesregierung es für realistisch halte, die Verfahren in der geplanten Zeit durchzuführen, zumal die Bezirksregierungen dem Innenminister zufolge über wenig Planungskapazitäten verfügten. Zwar solle ein Stellen-

aufwuchs kommen, von einer Haushaltsstelle allein werde jedoch noch kein Plan beschlossen und keine Diskussion geführt.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE) erwidert, es würde bedeuten, die Augen vor der Realität zu verschließen, wenn man die Herausforderungen für alle Beteiligten hier in Nordrhein-Westfalen durch den engen Zeitplan kleinredete, insbesondere angesichts der Personalsituation in den Mittelbehörden, auf Kreisebene und in den Regionalräten.

Sie stehe jedoch in einem sehr intensiven Austausch mit allen Regierungspräsidentinnen und Regierungspräsidenten, die in der Sache alle an einem Strang zögen. Die zur Verfügung gestellten Stellen würden zum Beispiel explizit dafür vorgehalten, um diesen wahnsinnigen Planungsaufwand gut bewerkstelligen zu können. Dies werde bereits jetzt in Besetzungsverfahren und über interne Lösungen angestoßen. Die Landesregierung steuere zusätzliche Ressourcen bei. Umsetzen müssten es jedoch die Regierungspräsidentinnen und -präsidenten.

Sie werbe sehr dafür, gerade im Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie über Parteigrenzen hinweg gemeinsam an der Aufgabe zu arbeiten, Flächen für die Windenergie verfügbar zu machen, die Potenziale für PV, auch Freiflächen-Photovoltaik, auszuschöpfen und die Widersprüche zwischen Naturschutz und Erneuerbaren zu versöhnen. Für die wirtschaftliche Prosperität in Nordrhein-Westfalen halte sie es für sehr wichtig, die Ausweisung der Gebiete in dem angedachten Zeitrahmen abzuschließen.

Wer sich dafür interessiere, in die erneuerbaren Energien in Nordrhein-Westfalen, also in die Leitungen oder Erzeugungsanlagen, zu investieren, müsse dies auch können, damit Wertschöpfung ins Land geholt werde und NRW die zukünftige Energieversorgung soweit wie möglich aus eigener Kraft über erneuerbare Energien sichern könne.

7 Internationale Ammoniak-Kooperation: Partnerschaftsstrategie der Landesregierung *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1125

Dietmar Brockes (FDP) äußert seine Verwunderung über die Partnerschaftsstrategie. In den vergangenen Jahren habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen es für sehr wichtig gehalten, bei der Wasserstoffproduktion auf grünen Wasserstoff zu setzen, den blauen Wasserstoff dagegen nicht so gerne gewollt. Bei der Ammoniakproduktion scheine dies keine Rolle zu spielen, und es sei ein Partner gefunden worden, der bei der Produktion auf Erdgas setze.

Noch mehr überrasche ihn die Partnerschaft mit ADNOC aus den Vereinigten Arabischen Emiraten. Angesichts der in aller Munde befindlichen Zeitenwende werde doch eigentlich angestrebt, sich nicht in die Abhängigkeit von Staaten zu begeben, die die demokratischen Grundwerte nicht teilten.

Auch in der Vorlage heiße es, die Landesregierung strebe eine Differenzierung der internationalen Handelsbeziehungen an, um sich aus der Abhängigkeit einzelner im Hinblick auf die Menschenrechtssituation schwieriger Länder zu lösen und Risiken zu minimieren. Mit diesem Abkommen tue sie jedoch das genaue Gegenteil und gebe sich in die Abhängigkeit von einem Land, in dem die Menschenrechte nicht gerade oben auf der Agenda ständen.

Daher würde er gern wissen, wie die Kooperationsvereinbarungen mit ADNOC aussähen, ob die Menschenrechtssituation dort angesprochen werde bzw. dies gegebenenfalls irgendwo, beispielsweise in einer Nebenerklärung, schriftlich festgehalten worden sei.

Christian Loose (AfD) merkt an, mehrere Parteien hätten heute CO₂-freie Kernenergie abgelehnt. Nun wolle die Landesregierung CO₂-haltiges blaues Ammoniak importieren und sehe darin eine Lösung.

Wie in allen Berichten der Landesregierung, zum Beispiel zu den Speicherlösungen, fänden sich jedoch kaum konkrete Preise, Mengen oder genaue Informationen zur Umsetzung, sondern nur Absichtserklärungen und irgendwelche Ziele. Auch bei einem Memorandum auf Understanding handele es sich nur um eine Absichtserklärung, die noch dazu von der Vorgängerregierung beschlossen worden sei. Er könne keine Bewegung feststellen.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE) erläutert, die aktuelle Landesregierung habe aufgegriffen, was die Vorgängerregierung bereits angefangen habe. Es gehe darum, zu unterscheiden, wann eine Abhängigkeit eintrete. Dies wäre der Fall, wenn MOU über Ammoniaklieferungen an nordrhein-westfälische Chemieunternehmen nur mit ADNOC abgeschlossen würden. Die Landesregierung tue jedoch genau dies nicht.

Nordrhein-Westfalen werde einen immensen Wasserstoffbedarf haben. Aktuelle Annahmen gingen von einem voraussichtlichen Wasserstoffbedarf von 243 Terrawattstunden bis 2050 aus, in erster Linie für die Industrie- und Verkehrsbereiche, in denen der batterieelektrische Antrieb nicht in Frage komme, und für die Transformation der Industrie, die weiterhin auf Moleküle angewiesen sein werde.

Dafür bedürfe es eines Hochlaufs der Wasserstoffinfrastruktur und -importe, damit in Nordrhein-Westfalen auch weiterhin Investitionen stattfänden und um im industriellen Herzen Europas vor dem Hintergrund der Klimaneutralität erfolgreiche Geschäftsmodelle zu ermöglichen. Deswegen sei sie mit NRW.Energy4Climate, NRW.Global Business, sowie Kolleginnen und Kollegen aus dem Wirtschafts-, Industrie und Klimaschutzministerium in Schottland gewesen und werde auch nach Dänemark reisen.

In Nord- und Süd- und Südwesteuropa, unter anderem in Portugal und Spanien, würden Anknüpfungspunkte für eine Mission of Understanding für die mittelständische Industrie gesucht. Es gehe also nicht darum, einen einzigen Partner zu finden, sondern darum, sich so divers wie möglich aufzustellen. Die Breite des Angebots werde sich auch auf den Preis auswirken.

MR'in Gesine Ruetz (AWIKE) ergänzt zum Thema „blauer Ammoniak“ bzw. „blauer Wasserstoff“, die Landesregierung gehe sehr pragmatisch vor. Aktuell gehe es darum, überhaupt blauen Ammoniak zu bekommen.

Der Bedarf an Wasserstoff und klimaneutralen Energieträgern werde 2050 bei rund 250 Terrawattstunden liegen. Deshalb werde im Übergang auch blauer Wasserstoff oder Ammoniak akzeptiert, der jedoch perspektivisch durch grüne Alternativen ersetzt werden solle. Dies sei auch Ziel der Vereinbarung zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten bzw. ADNOC und Nordrhein-Westfalen.

Dietmar Brockes (FDP) merkt an, seine Frage nach den Menschenrechten sei nicht beantwortet worden. Dem nun getroffenen Agreement zufolge werde NRW künftig mehr Geschäfte mit den VAE machen, obwohl es auch Alternativen gebe, wie die Landesregierung selbst bestätige. Sollte die Ministerin darauf nicht antworten wollen, fände er dies schon sehr bemerkenswert und würde darum bitten, den Punkt auch für die nächste Sitzung auf die Tagesordnung setzen.

Mit dem Krieg in der Ukraine sei auch in der Politik eine Zeitenwende ausgerufen worden. Unter den demokratischen Parteien bestehe ein gewisses Einvernehmen darüber, dass man sich nicht mehr so stark in die Abhängigkeit begeben wolle. Die Landesregierung habe das Menschenrechtsthema dem Vernehmen nach nicht angesprochen und diesbezüglich auch keine vertragliche Regelung getroffen. Daher würde er gern wissen, ob sie diese Vereinbarung wieder aufkündigen würde, wenn es genügend Ammoniak aus anderen Regionen gäbe, oder es ihr egal wäre und sie weiterhin versuchen würde, mit den Vereinigten Arabischen Emiraten Geschäfte zu machen.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE) stellt klar, wenn sie als Ministerin mit einem Vertreter aus dem Ausland Gespräche führe, gehe es immer auch um die Staatssysteme,

die Demokratie und rechtsstaatliche Prinzipien. Es handele sich jedoch nicht um das erste oder einzige unterzeichnete MOU in Sachen „Wasserstoff“. Es bestehe eines mit Schottland, und am Nachmittag werde sie selbst ein solches mit dem Gouverneur von Fukushima unterzeichnen. Ein weiteres mit Belgien werde vorbereitet, sie plane eine entsprechende Reise noch im Mai. Zudem fahre sie nach Dänemark

Die Landesregierung schreibe zudem keine Liefer- oder Abnahmemengen vertraglich fest und kaufe auch selbst nicht ein, sondern eröffne den Unternehmen lediglich einen Spielraum, innerhalb dessen diese Ammoniak oder Wasserstoff beziehen könnten.

Thomas Okos (CDU) zeigt sich sehr erstaunt über die Kritik der FDP-Fraktion. Er habe vielmehr mit Lob für die Strategie gerechnet, die noch von dem ehemaligen liberalen Wirtschaftsminister angestoßen worden sei. Stattdessen vollziehe die Fraktion der Freien Demokraten eine 180-Grad-Drehung, nachdem sie weniger als 360 Tage nicht mehr in der Verantwortung stehe.

Vorsitzender Dr. Robin Korte schließt den Tagesordnungspunkt aus zeitlichen Gründen, weist jedoch auf die Möglichkeit hin, den TOP zu einer späteren Sitzung noch einmal aufzurufen.

(Wird heute nicht behandelt; siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

- 8** **Bürokratie: Wie werden die Ergebnisse der Transparenzkommission genutzt?**
(*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 5]*)

9 Verschiedenes

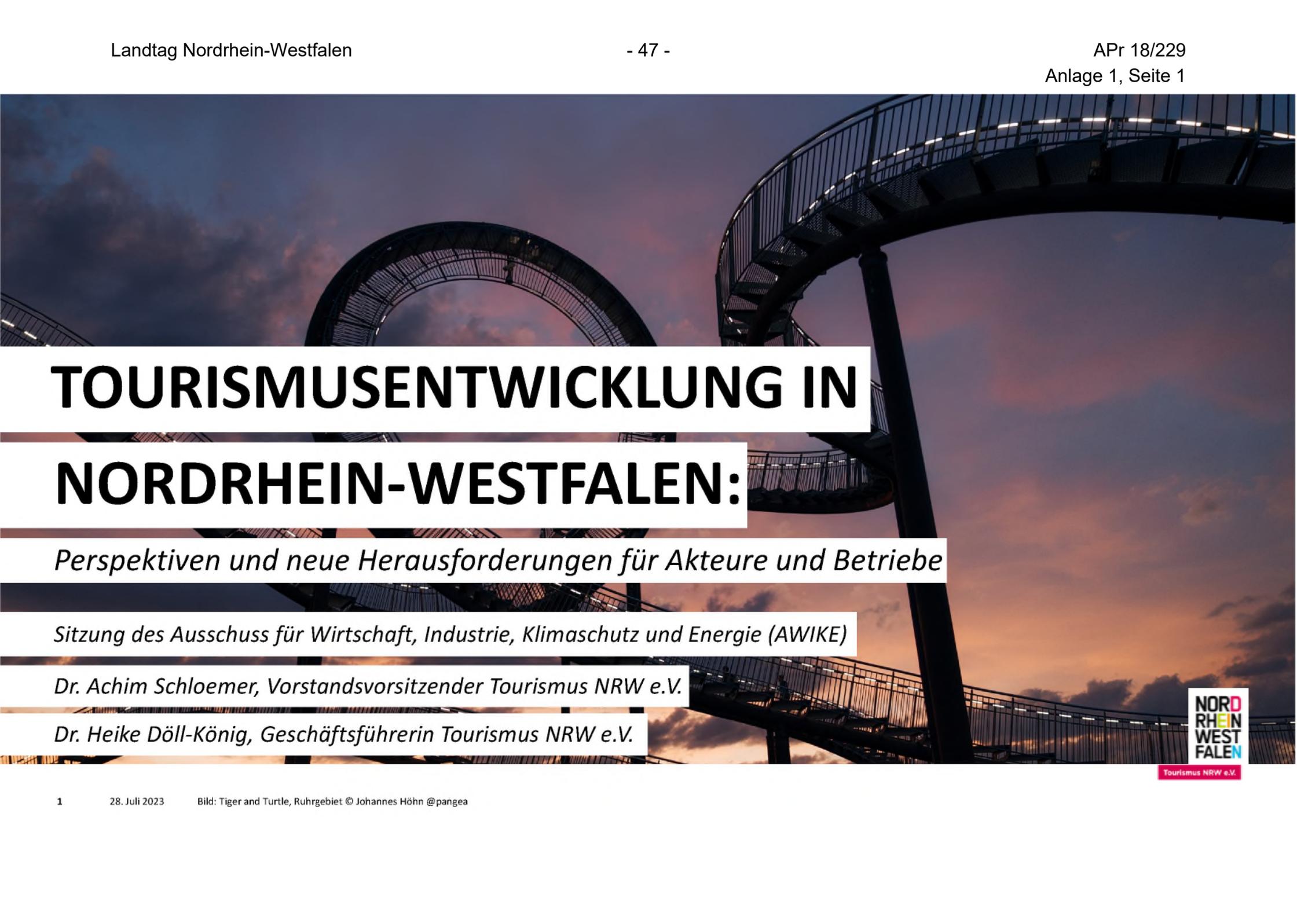
hier: **Sitzungstermine 2024** (*Tischvorlage Terminplan [s. Anlage 6]*)

Der Ausschuss stimmt der Tischvorlage mit den Stimmen aller
Fraktionen zu.

gez. Dr. Robin Korte
Vorsitzender

6 Anlagen

28.07.2023/10.08.2023



TOURISMUSENTWICKLUNG IN NORDRHEIN-WESTFALEN:

Perspektiven und neue Herausforderungen für Akteure und Betriebe

Sitzung des Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (AWIKE)

Dr. Achim Schloemer, Vorstandsvorsitzender Tourismus NRW e.V.

Dr. Heike Döll-König, Geschäftsführerin Tourismus NRW e.V.

**NORD
RHEIN
WEST
FALEN**

Tourismus NRW e.V.

TOURISMUS NRW E.V.– VERBAND FÜR DIE GESAMTE BRANCHE

Kompetenzzentrum für den Tourismus in Nordrhein-Westfalen

- *Verein wurde 1997 auf Initiative des NRW-Wirtschaftsministeriums gegründet*
- *Touristischer Dachverband für NRW*
- *70 Mitglieder, darunter das Land NRW, zwölf touristische Regionen, Unternehmen, Verbände & Organisationen*

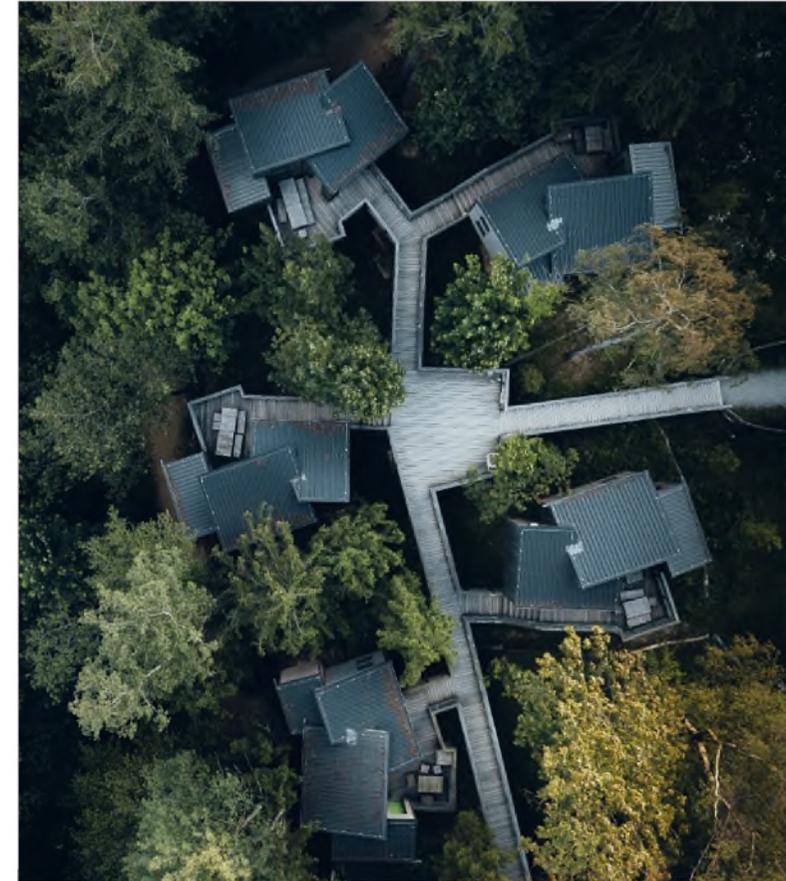


Bild: Panarbora Baumhäuser, Bergisches Land
© Max Fischer @iamarux

AUFGABEN DES TOURISMUS NRW E.V.

- *Aufgaben lt. Satzung:*
 - Digitales standortrelevantes Tourismusmarketing
 - Trend- und Marktforschung sowie Impulsgebung für Innovationen
 - Wissenstransfer für die Branche
 - Daten- und Contentmanagement
 - Interessenvertretung aller touristischen Akteur:innen im Land
 - Beratung seiner Mitglieder, v.a. Regionen, Orte, Leistungsträger
- *Finanzierung durch institutionelle Förderung & Projektförderungen*

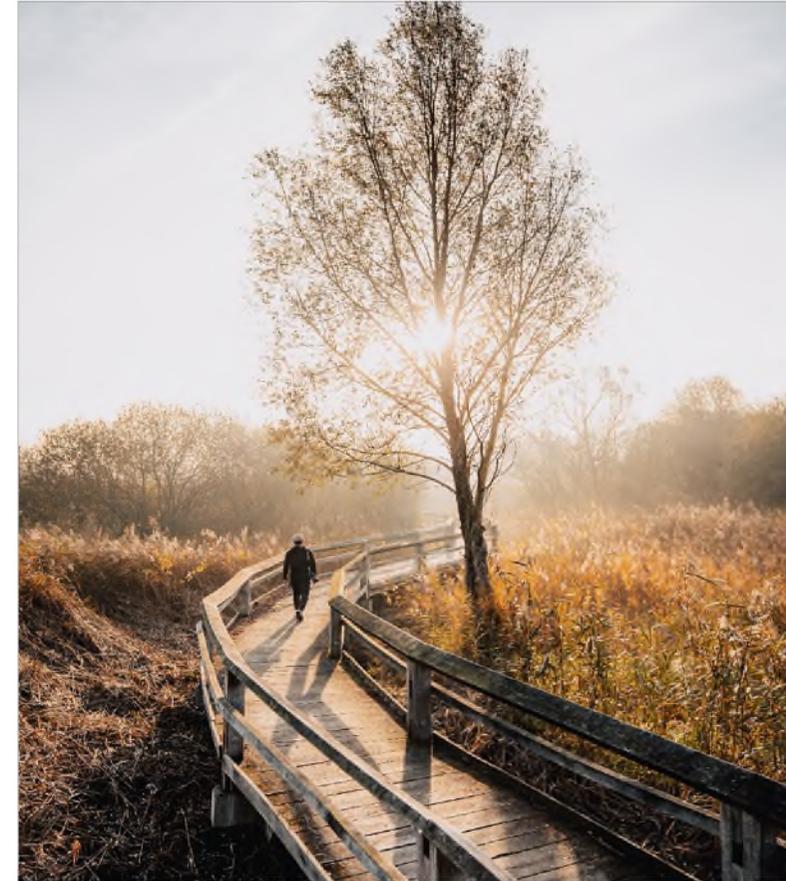


Bild: Schilflehrpfad in den Rieselfeldern im Münsterland © Lennart Pagel @lennart

MITGLIEDER DES TOURISMUS NRW E.V. - AUSZUG


Ministerium für Wirtschaft,
Industrie, Klimaschutz und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen


AG Historische Stadt- und Ortskerne in NRW


Nordrhein-Westfälischer
Heilbäderverband e.V.


DEHOGA Nordrhein-Westfalen e.V.


Näher als du denkst.
Flughafen Dortmund GmbH


Förderverein Nordrhein-Westfalen-Stiftung
Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege e.V.


Qualität für Menschen
Landschaftsverband Rheinland

ADAC Nordrhein e.V.



ADAC Nordrhein e.V.


Marketing Gesellschaft
Mönchengladbach mbH


NRW.Global Business GmbH


J.P. Bachem Editionen GmbH


Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Rhein-Kreis Neuss mbH


Stiftung Schloss Dyck – Zentrum für
Gartenkunst und Landschaftskultur


Airport Weeze –
Flughafen Niederrhein GmbH


BVCD NRW e.V.
Bundesverband der Campingwirtschaft
Deutschland/Landesverband NRW.


Deutscher Reiseverband e.V.


Flughafen Düsseldorf GmbH


Fürstlich zu Bentheim-
Tecklenburgische Kanzlei


OWL Sport & Event GmbH & Co. KG


Landschaftsverband Westfalen-Lipp

ADAC Westfalen e.V.



ADAC Westfalen e.V.


Messe Essen GmbH


Bundesverband Kanu e.V.


Deutsches Jugendherbergswerk –
Landesverband Rheinland e.V.


Flughafen Köln/Bonn GmbH


Gesundheitsagentur NRW Gr
Nordrhein-Westfälischen Hei
verbandes


Phantasialand
Schmidt-Löffelhardt GmbH & Co. KG


Lindner Hotels AG


alpincenter.com GmbH & Co. KG


IHK NRW – Die Industrie- und Handels
kammern in Nordrhein-Westfalen e.V.


Deutsches Jugendherbergswerk –
Landesverband Westfalen-Lippe e.V.


Flughafen Paderborn/Lippstadt


Gliss Caffee Contor


RD A Internationaler Bustouristik
Verband e.V.


Maritim Hotelgesellschaft mbH


Köln-Düsseldorfer
Deutsche Rheinschiffahrt GmbH


Allianz Selbständiger
Reiseunternehmen –
Bundesverband e.V.
asr – Allianz selbständiger Reise-
unternehmen – Bundesverband e.V.


Excelsior Hotel Ernst AG


Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.


Westdeutscher Fußballverband e.V.


Sauerländischer Gebirgsverein


Thomas-Morus-Akademie Bensberg


FMO Flughafen Münster /
Osnabrück GmbH


Handelsverband
Nordrhein-Westfalen
Handelsverband Nordrhein-Westfalen e.V.

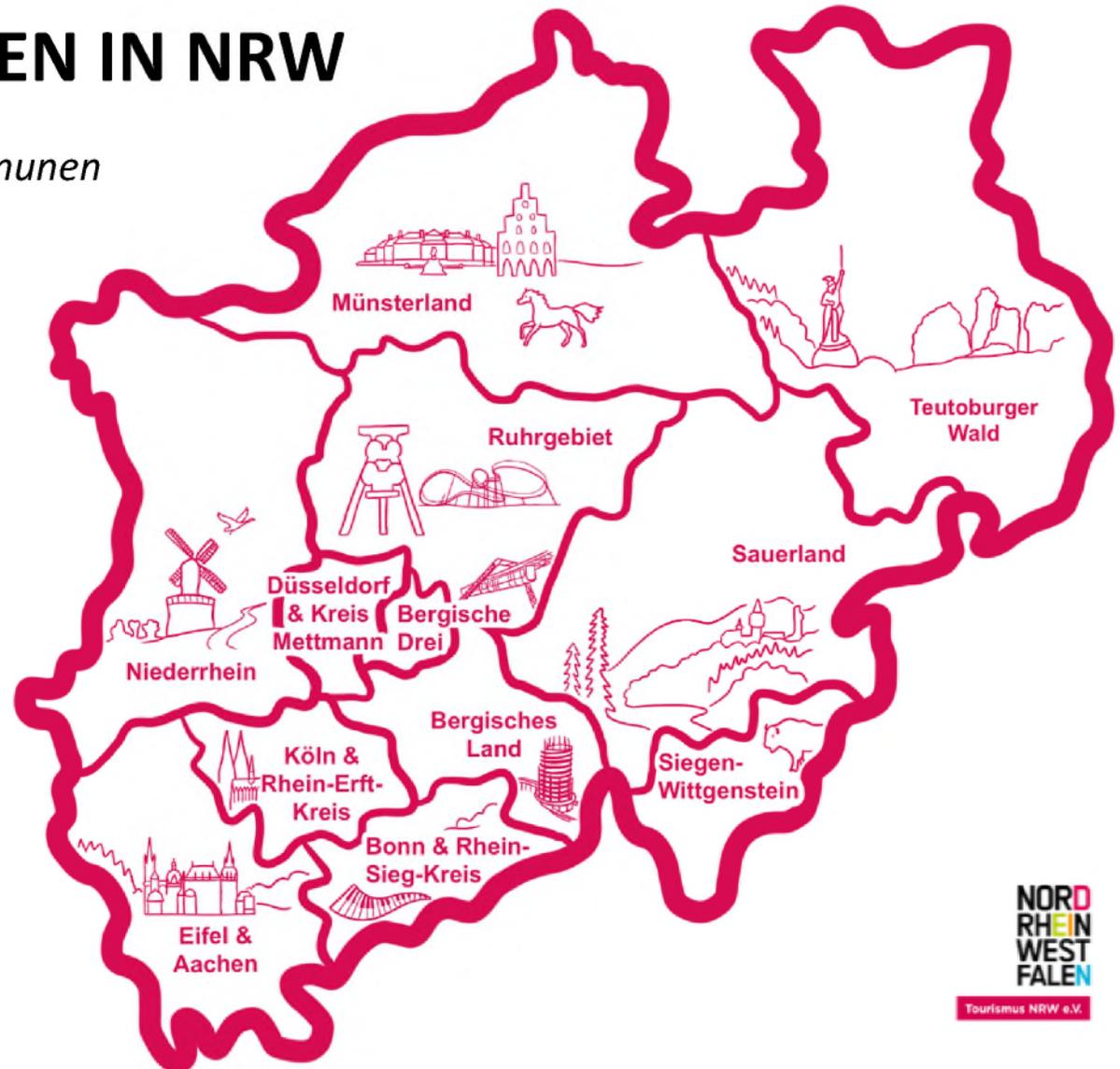

Vogelsang IP
Vogelsang IP gemeinnützige GmbH


Mehr-BB Entertainment GmbH

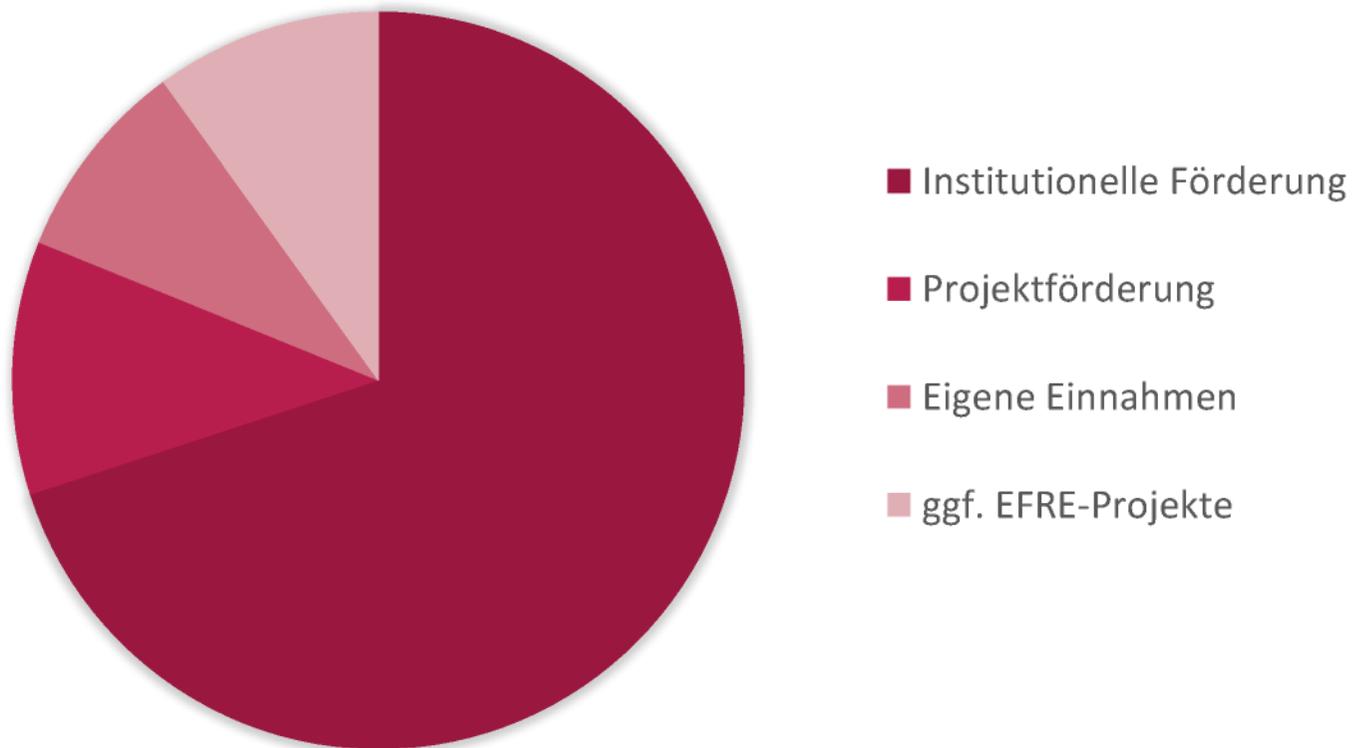
12 TOURISTISCHE REGIONEN IN NRW

Über Regionen Vernetzung mit Kreisen & Kommunen

- Die zwölf touristischen Regionen Nordrhein-Westfalens sind die wichtigsten Partner in der operativen Arbeit des Tourismus NRW e.V.
- In den touristischen Regionen organisieren sich vor allem die **Kreise** und **Kommunen**.



FINANZIERUNG MIT DEN RESSOURCEN

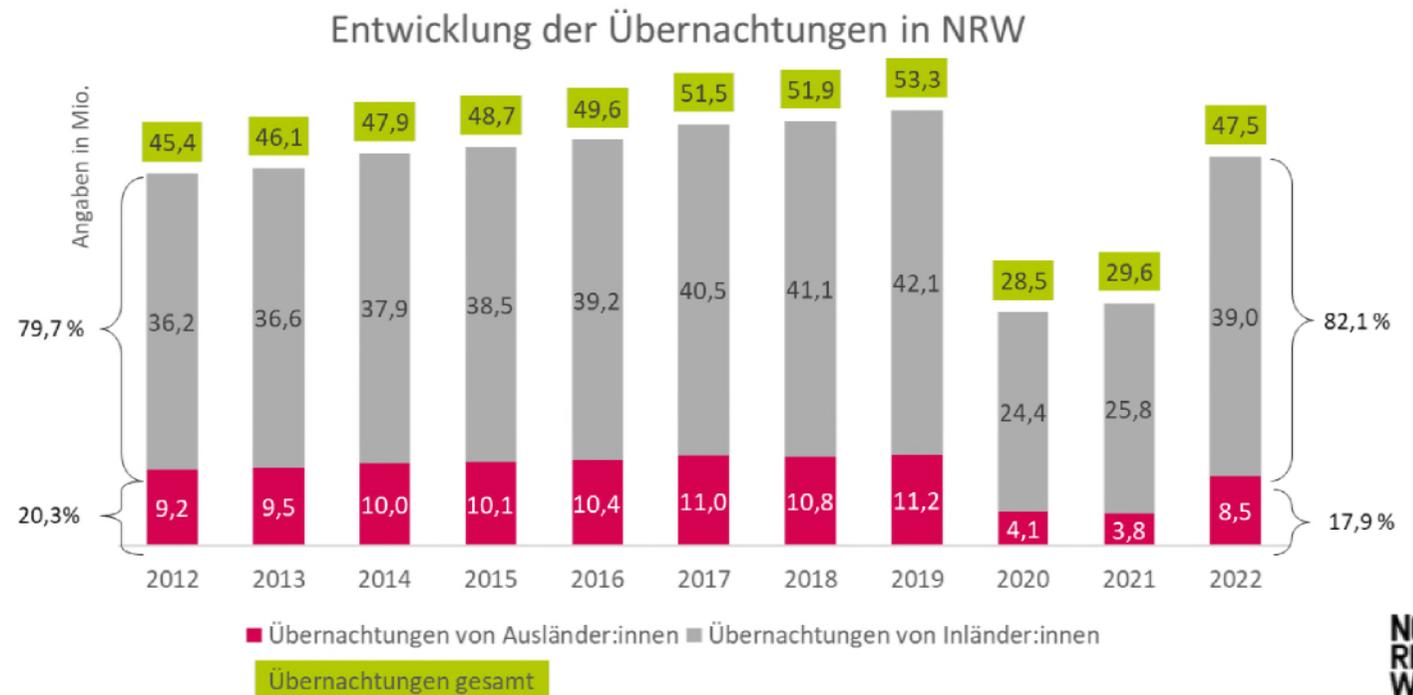




BILANZ 2022: NRW 15 % ÜBER DEM BUNDESSCHNITT

NRW deutlich über dem Durchschnitt der Länder

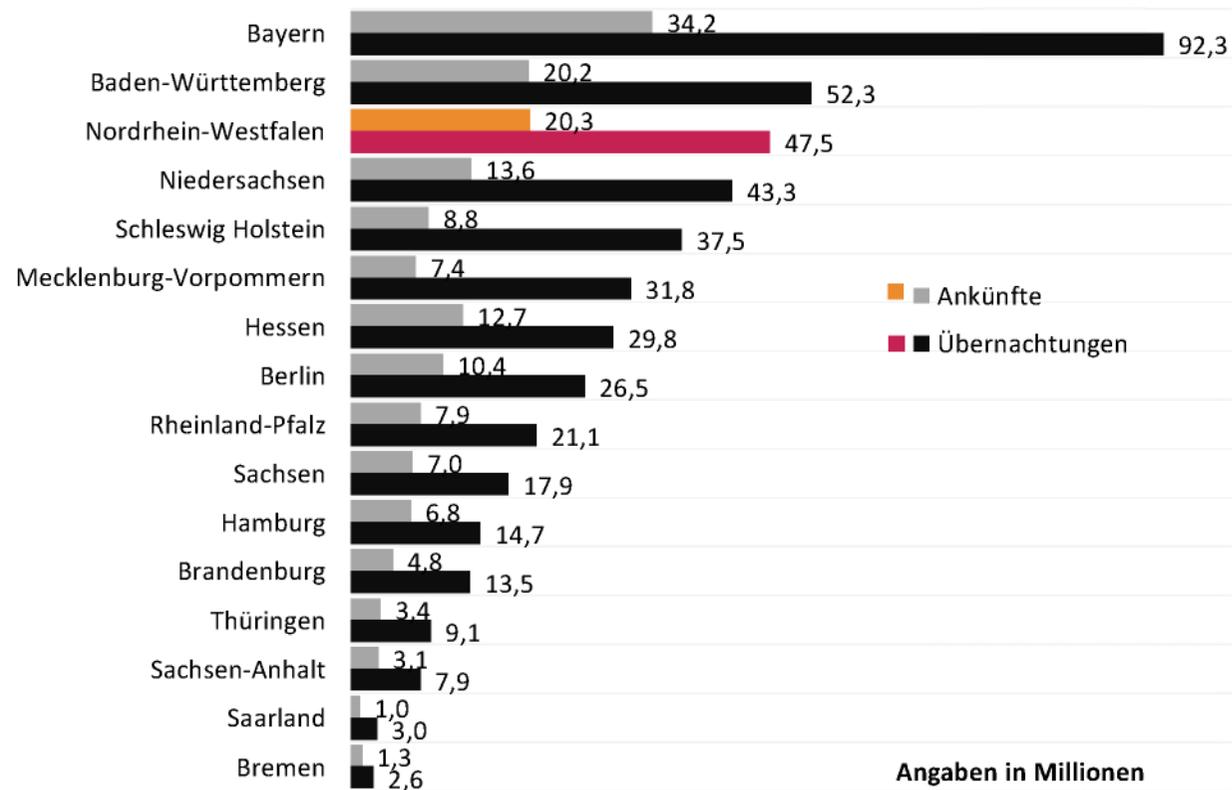
- *Nordrhein-Westfalen lag besonders bei den inländischen Übernachtungen mit einem Plus von 51,5 Prozent zu 2021 stark über dem Bundesschnitt von 37,1 Prozent.*



ZURÜCK AUF RANG 2 BEI DEN GÄSTEANKÜNFTEN UND RANG 3 BEI DEN ÜBERNACHTUNGEN IM JAHR 2022

Nordrhein-Westfalen kletterte zurück auf die Vorkrisenränge der touristischen Ankünfte und Übernachtungen

- *Im Vergleich zu 2021 schnitt NRW deutlich besser ab als der Bund bei den Ankünften aus dem Inland.*
- *Über die Pandemiejahre wurde eine deutliche Zunahme der Beliebtheit von Inlandsreisen ersichtlich.*
- *Nachdem NRW 2021 den fünften Rang belegte, wurden 2022 die drittmeisten Übernachtungen im Bundesländervergleich erzielt.*



SCHERE IM INCOMING KLAFFT NOCH IMMER AUSEINANDER

Insgesamt lagen die ausländischen Übernachtungen 2022 in Deutschland 24,3 Prozent hinter 2019

- Bei den **ausländischen Übernachtungen** war die Entwicklung Nordrhein-Westfalens mit einem Minus von 23,9 Prozent gegenüber dem **Vorkrisenniveau** etwa gleich auf mit **Deutschland insgesamt**.

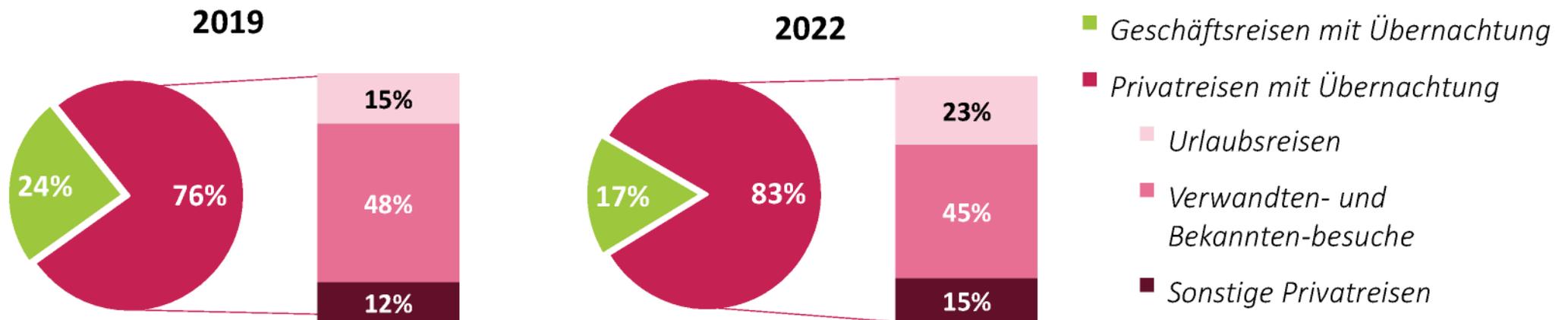
		VÄR* zum Vorjahr	VÄR* zu 2019
Bayern	16,20	+136,7%	-22,5%
Berlin	10,14	+149,8%	-34,5%
Baden-Württemberg	9,91	+107,3%	-19,1%
Nordrhein-Westfalen	8,49	+121,9%	-23,9%
Hessen	5,68	+113,7%	-30,4%
Rheinland-Pfalz	4,39	+106,7%	-17,9%
Niedersachsen	3,27	+103,9%	-18,4%
Hamburg	3,06	+146,1%	-19,4%
Schleswig Holstein	1,71	+87,4%	-22,8%
Sachsen	1,66	+73,3%	-24,6%
Brandenburg	0,97	+86,6%	-8,3%
Mecklenburg-Vorpommern	0,77	+72,8%	-30,3%
Sachsen-Anhalt	0,53	+63,2%	-7,8%
Thüringen	0,47	+58,3%	-25,4%
Bremen	0,43	+112,6%	-19,8%
Saarland	0,40	+96,1%	-19,4%

Angaben in Millionen

**NORD
RHEIN
WEST
FALEN**

Tourismus NRW e.V.

URLAUBSREISEN FÜR NRW WÄHREND CORONA RELEVANTER GEWORDEN



BUSINESS-RECOVERY LANGSAMER

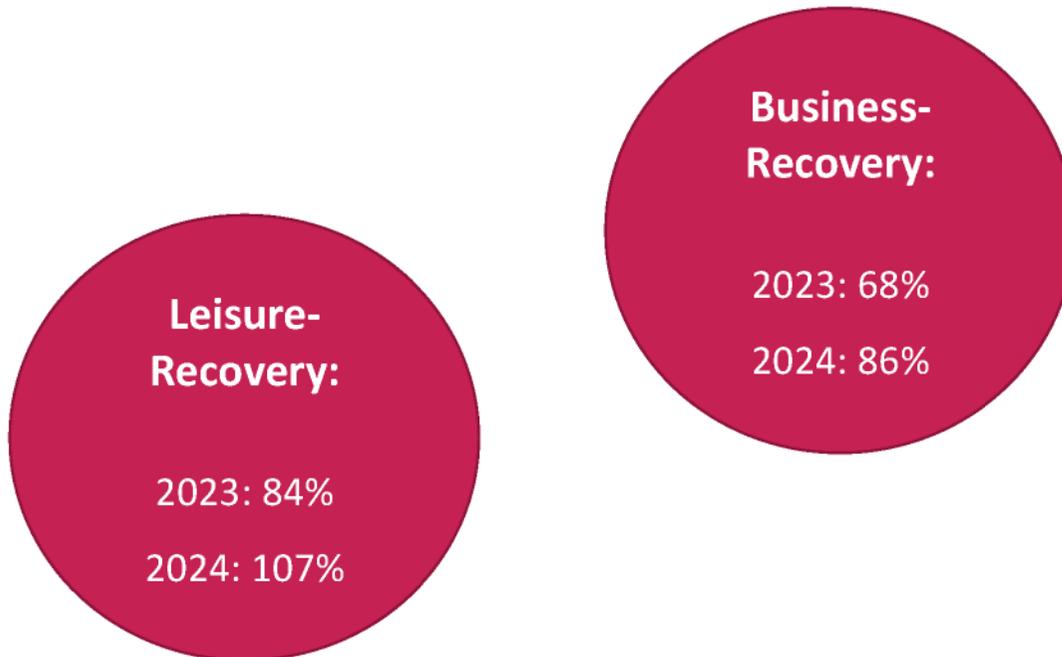
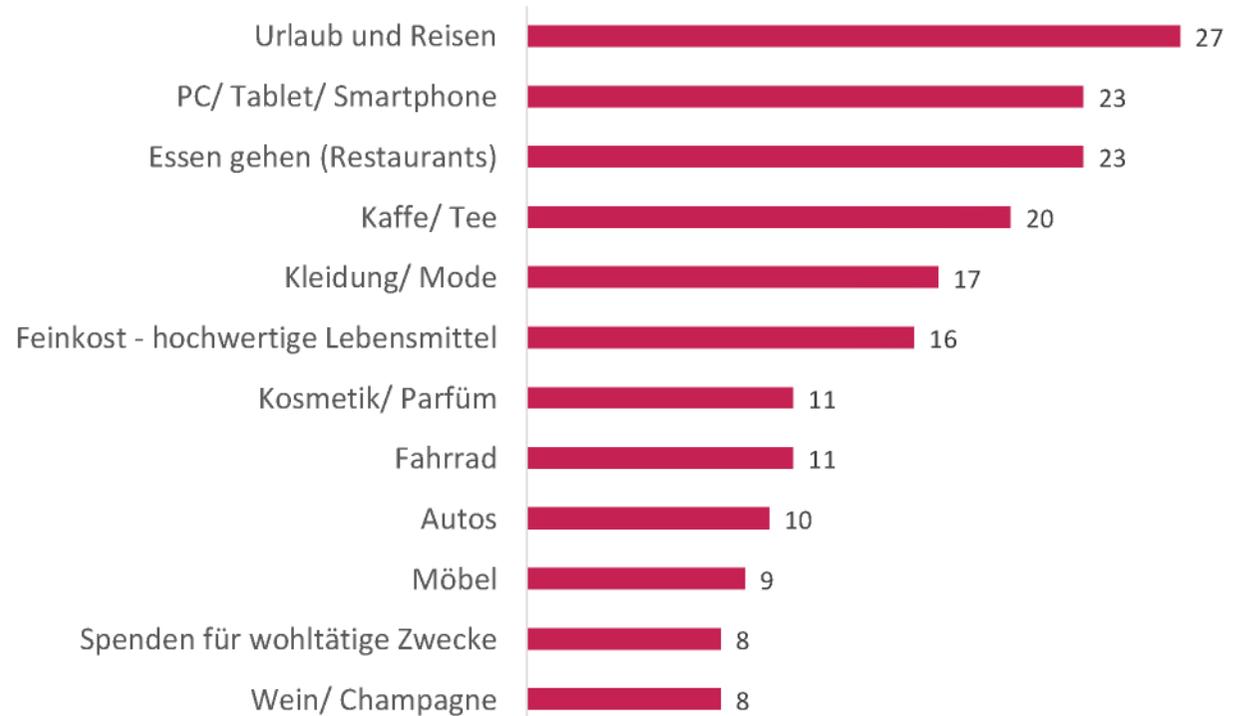


Bild: WCCB Foyer Eingangsebene Wand
© Johannes Höhn

URLAUB IST FÜR DIE DEUTSCHEN AM WICHTIGSTEN

Reisen auf Rang 1 der Konsumprioritäten

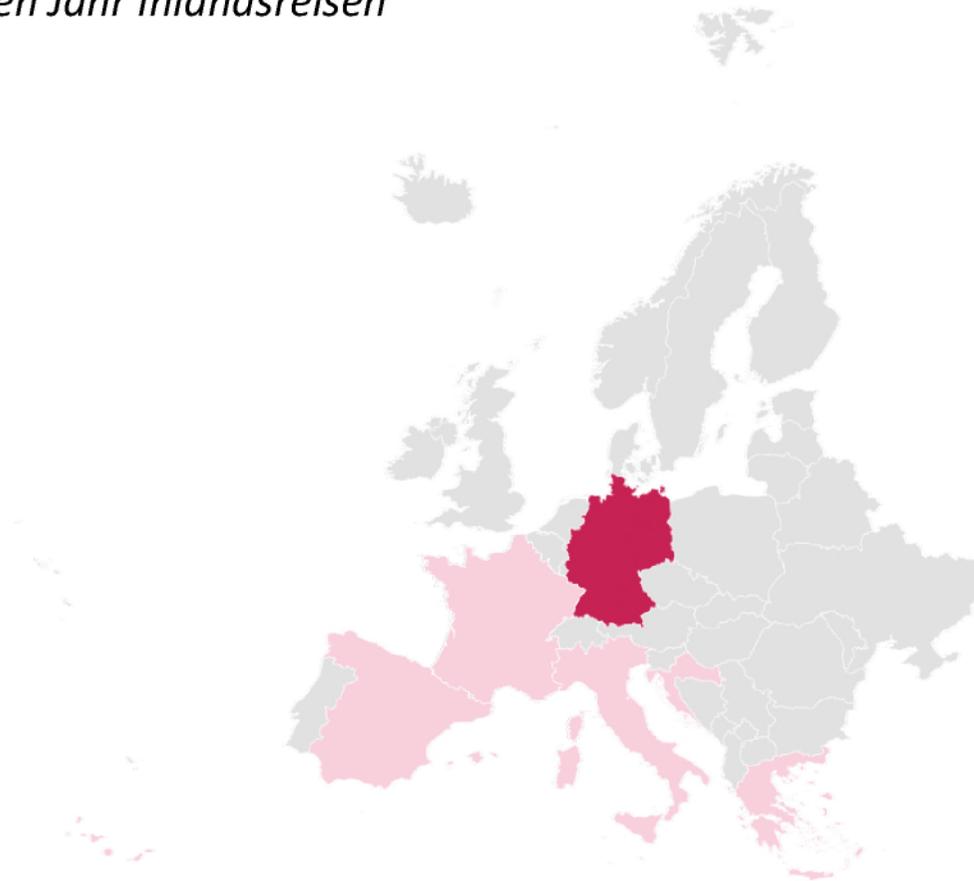
- Die häufigste Nennung bei Konsumausgaben der Deutschen ist Urlaub und Reisen mit 27 Prozent.
- Danach folgen technische Güter und Restaurantbesuche mit jeweils 23 Prozent.



PLANUNGEN: DEUTSCHLAND ALS TOP-REISEZIEL IM JAHR 2023

Deutsche bevorzugen auch im kommenden Jahr Inlandsreisen

- *Unter den Top EU-Reisezielen der Deutschen im Jahr 2023 belegt Deutschland den ersten Platz mit 31 %.*



POTENZIALZIELGRUPPEN KRISENRESILIENTER UND OPTIMISTISCHER

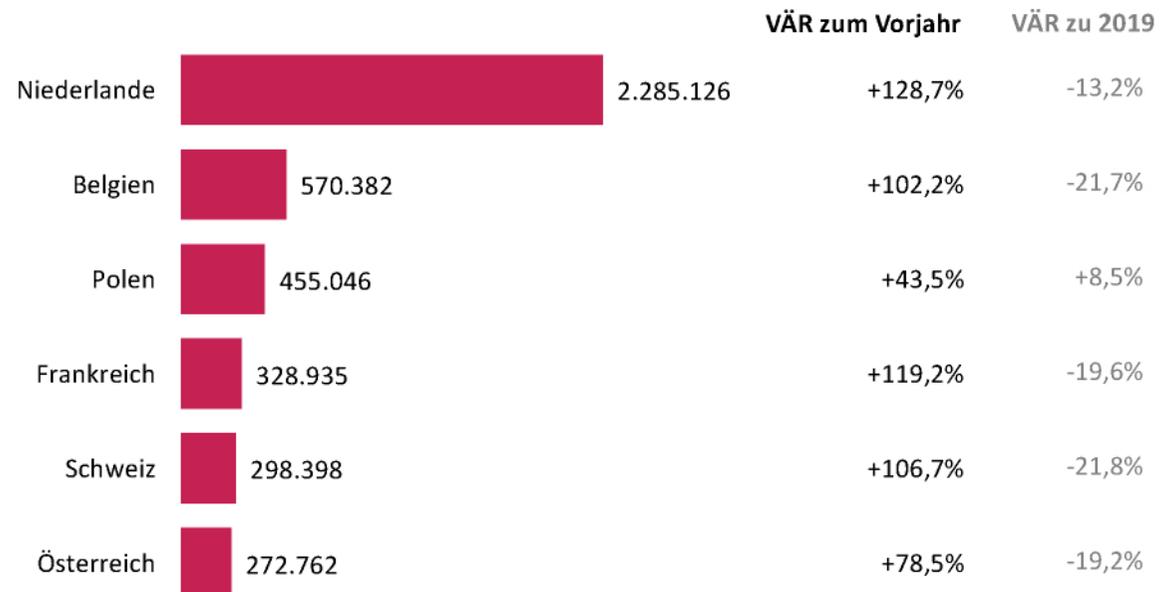
- *Fokuszielgruppen des Deutschlandtourismus machen sich weniger Sorgen und müssen sich weniger häufig einschränken.*
- *(Sinus-Institut: Repräsentative Online-Befragung der deutschen Bevölkerung, 2022)*



RECOVERY AUS EUROPÄISCHEN NAHMÄRKTEN SCHNELLER

Ausländische Übernachtungen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2022

- Die **Niederlande** erzielten mit knapp 2,3 Millionen Übernachtungen Rang 1 der Quellmärkte und holten auch im Vergleich zu 2019 schneller auf.
- Die Übernachtungen aus **Polen** sind gegenüber 2019 sogar um 8,5 Prozent gestiegen.
- Auch die **Schweiz** und **Österreich** lagen über dem Durchschnitt von -23,9 Prozent.
- Die anderen Top-Märkte waren weiterhin rückläufig gegenüber dem Normaljahr.



ERFOLGREICHE OSTERFERIEN IN NRW

Viele Buchungen, aber weiterhin herausforderndes Umfeld

- *Überwiegend gute bis sehr gute Buchungslage sowohl in Städten als auch in den ländlicheren Regionen*
- *Auch viele Tagesgäste gerade in Städten unterwegs, besseres Wetter hätte insbesondere ländlicheren Regionen sicherlich noch weitere Gäste gebracht*
- *Von insgesamt erfolgreichen Ferien profitieren sowohl Beherbergungsbetriebe als auch Freizeitangebote*
- *Insgesamt gilt jedoch weiterhin: Minus zum Vor-Corona-Niveau bleibt an vielen Stellen, vor allem was **Umsätze** angeht*

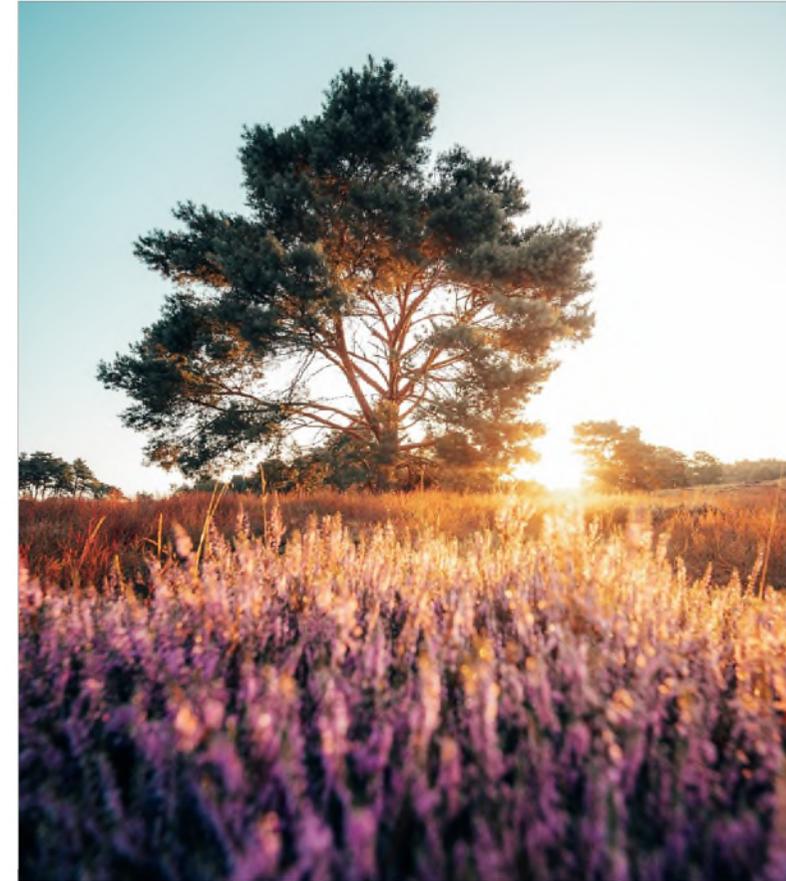


Bild: Heideblüte Westrupe Heide, Ruhrgebiet
© Johannes Höhn @pangea

ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG



Produziert und übersetzt vom UNO-Informationssdienst (UNIS) Wien.



Tourismus NRW e.V.

DIE ASSETS DES NRW-TOURISMUS



Europäisch und international vernetzt



Nähe von Naturräumen



Businessanteil überdurchschnittlich



Bedeutung des eigenen Quellmarktes



Starker Städtetourismus

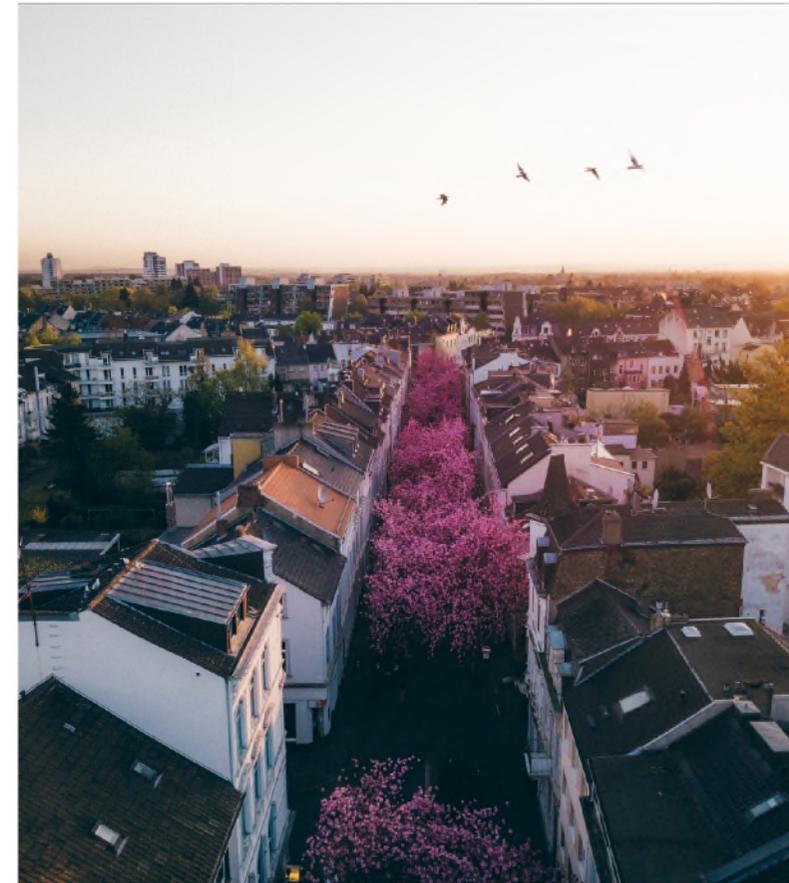


Bild: Kirschblüte von oben Bonn © Johannes Höhn @pangea

NEUE FORMATE FÜR STÄDTEREISEN

Welche der folgenden Urlaubsmöglichkeiten würden Sie in Deutschland bevorzugen?



TOURCERT IN SAUER- UND SIEGERLAND

Nachhaltige Tourismusregionen

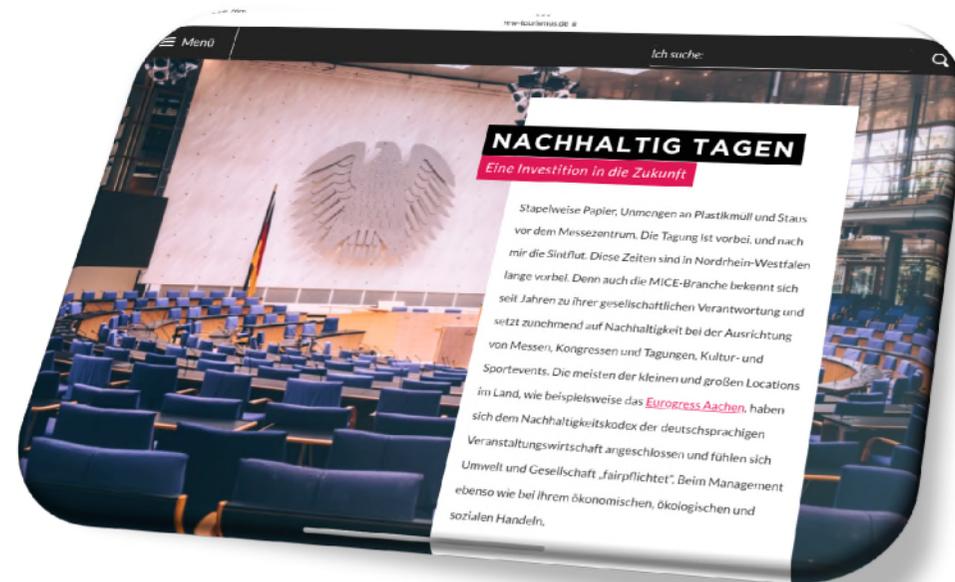
- *Der Sauerland-Tourismus e. V. und der Touristikverband Siegerland-Wittgenstein e. V. werden sich und ihre Destinationen als „Nachhaltige Reiseziele“ zertifizieren lassen*
- *Ermittlung des Status Quo im Bereich Nachhaltigkeit*
- *Gründung eines Nachhaltigkeitsbeirates*
- *Ziel dieses Prozesses ist es, das renommierte Siegel „TourCert“ zu erreichen*
- *Bereits zertifiziert ist Winterberg*



Bild: Siegen-Wittgenstein, Freudenberg_Alter Flecken,
© Tourismus NRW e.V.

NACHHALTIGKEIT SPIELT GROÖE ROLLE IN DER MICE-BRANCHE

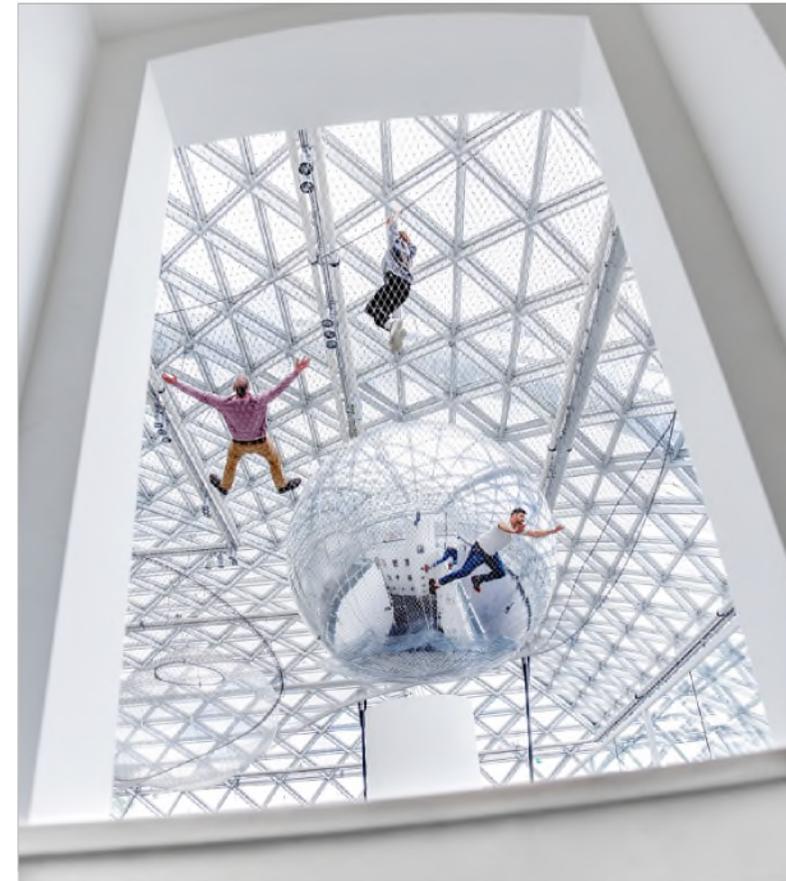
- Immer mehr Nachhaltigkeitsmanagement für Locations
- Viele Locations haben ein Nachhaltigkeitsmanagement in ihrem Haus installiert
- Auch der Tourismus NRW e.V. beschäftigt sich mit dem Thema zunehmend:
 - ROUND TABLE MICE-LAND NRW



FAMILIEN IM FOKUS.

Kampagne aus Sonderbudget

- *Auflösung des klassischen Familienbegriff & das **Bedürfnis aller Familienmitglieder** rutscht in den Vordergrund*
 - gemeinsame Zeit
 - bleibende Erinnerungen schaffen und das Teilen von Glücksgefühlen
 - gemeinsam Neues entdecken in unterschiedlichsten Konstellationen



Familyeah!

**NORD
RHEIN
WEST
FALEN**

Tourismus NRW e.V.

DATA HUB NRW MIT DIGITALEM ERLEBNIS-PLANER

Der Data Hub in Zahlen

Wie viele Datensätze gibt es pro Typ insgesamt? Wie viele Datensätze gibt es in welchen Regionen von NRW? Hier finden Sie eine Übersicht.

Alle Daten im Data-Hub

14033 Sehenswürdigkeiten

2416 Gastronomie

5453 Touren

1553 Gastgeber

2959 Veranstaltungen

Open Data

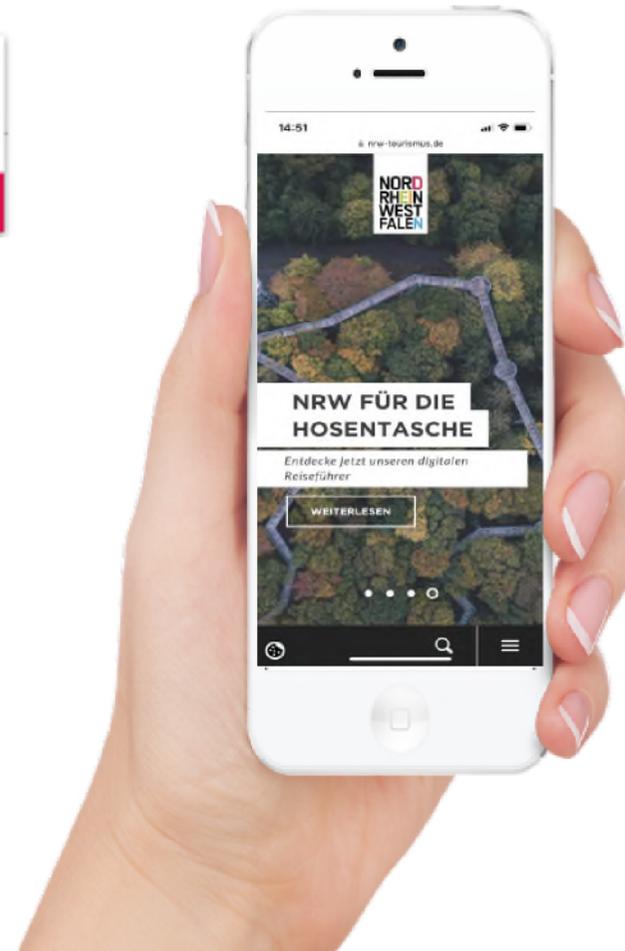
7916 Sehenswürdigkeiten

826 Gastronomie

2257 Touren

417 Gastgeber

1066 Veranstaltungen



RESILIENZ DURCH TRANSFORMATION UND AGILITÄT

Wir müssen den Wandel aushalten und mitgestalten (können)

- *Das Kompetenzzentrum Tourismus des Bundes empfiehlt, die Themen **Agilität**, **Digitalisierung** und **Nachhaltigkeit** in den Fokus zu stellen.*
- *Hierfür braucht es **Organisationen**, die offen für **Veränderungen** sind und die notwendige **Transformation** mitgestalten können.*



KOMPETENZZENTRUM
TOURISMUS
DES BUNDES

Bild: Kompetenzzentrum des Bundes





VIELEN DANK FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT

dein-nrw.de

**NORD
RHEIN
WEST
FALEN**

Tourismus NRW e.V.



FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie
Herrn Dr. Robin Korte MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**

Dietmar Brockes MdL

Stellv. Vorsitzender des Ausschuss
für Wirtschaft, Industrie, Klima-
schutz und Energie

Sprecher für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie sowie
Bergbausicherheit

Sprecher für Umwelt, Natur- und
Verbraucherschutz, Landwirt-
schaft, Forsten und ländliche
Räume

Düsseldorf, 14. April 2023

Berichts-anfrage für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 26.04.2023

Sehr geehrter Herr Dr. Korte,

für die Sitzung des Ausschusses am 26.04.2023 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der Landesregierung zum Thema:

„Bewilligung von Projekten für den Strukturwandel im Rheinischen Revier“

In der Sitzung des Ausschusses am 19.01.2022 in der 17. Legislaturperiode wurde letztmalig von Seiten der Landesregierung über den Bewilligungsstand von Projekten für den Strukturwandel im Rheinischen Revier berichtet.

Mit Datenstand vom 15.12.2021 waren insgesamt 239 Projektvorhaben in den Förderprogrammlinien erfasst. Davon 172 Vorhaben im Sterneverfahren und 67 Projekte, die nicht im Sterneverfahren erfasst waren.

Zu Dezember 2021 waren 38 Projekte mit einem Fördervolumen von insgesamt 234 Millionen Euro bewilligt. Im Januar 2022 wurden weitere 46 Projekte mit einem Fördervolumen von insgesamt 33 Millionen Euro bewilligt. 64 Projekte mit einem Fördervolumen von insgesamt 4,2 Milliarden Euro waren laut Bericht der Landesregierung auf dem Weg in die Bewilligung.

Die Landesregierung hat zwischenzeitlich die Entscheidung für einen vorgezogenen Kohleausstieg bereits zum Jahr 2030 verkündet. Ebenfalls wurde die Abschaffung des bisherigen Förderverfahrens für die Strukturwandelprojekte, das sog. Sterneverfahren, bekannt gegeben. Vorschläge für weitere Anpassungen des Förderverfahrens werden laut Mitteilung der Landesregierung im Wirtschaftsministerium momentan erarbeitet.

Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung für die anstehende Ausschusssitzung am 26.04. um einen aktuellen Bericht zum Bewilligungsstand der Projekte für den Strukturwandel im Rheinischen Revier gebeten, indem zusätzlich die

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T: 0211 1884 2750
F: 0211 1884 13608

Dietmar.brockes@landtag.nrw.de
www.fdp-fraktion-nrw.de
 www.facebook.com/dietmar.brockes
 www.twitter.com/brockes



Folgen und Auswirkungen des früheren Kohleausstiegs und der Anpassung des Förderverfahrens auf die Strukturwandelprojekte dargestellt werden.

Wir bitten die Landesregierung dabei im Bericht explizit folgende Fragen zu berücksichtigen:

1. Wie viele Projekte sind jeweils in den einzelnen Zukunftsfeldern (Energie und Industrie, Innovation und Bildung, Raum und Infrastruktur, Ressourcen und Agrobusiness) mit Stand der Berichts-anfrage geplant und in der Umsetzung?
2. Wie viele Projekte sind mit Stand der Berichts-anfrage bewilligt und in welcher Gesamtförderhöhe? (Bitte zusätzlich nach Programmlinien aufschlüsseln.)
3. Wie viele Projekte sind mit Stand der Berichts-anfrage auf dem Weg in die Bewilligung und in welcher Gesamtförderhöhe? (Bitte zusätzlich nach Programmlinien ausweisen.)
4. Wie hat sich die Bewilligung der Strukturwandelprojekte mit Beginn der 18. Legislaturperiode bis zum Stand der Berichts-anfrage entwickelt? (Bitte jeweils monatlich aufschlüsseln.)
5. Welche Änderungen ergeben sich für die Strukturwandelprojekte und ihre jeweilige Bewilligungssituation aufgrund des vorgezogenes Kohleausstiegs im Jahr 2030?
6. Was unternimmt die Landesregierung, um eine frühzeitigere Bewilligung der Strukturwandelprojekte im Sinne des vorgezogenen Kohleausstiegs zu ermöglichen?

Zur Übersicht des letzten Berichtsstandes habe ich Ihnen anbei die letzte Präsentation der Landesregierung vom 19.01.2022 angefügt und bitte diese an die Landesregierung mit zu übersenden.

Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Brockes MdL

Ministerium für Wirtschaft, Innovation,
Digitalisierung und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen



Bewilligung von Projekten für den Strukturwandel im Rheinischen Revier

Alexandra Landsberg, Stabsstelle Strukturwandel Rheinisches Revier



Erste Schritte zum Aufbau des Zukunftsfelds Energie und Industrie

Ziele:

- Aus der Kompetenz des Rheinischen Reviers für Energie entstehen dauerhafte, gut bezahlte Arbeitsplätze im neuen Energiesystem.
- Die energieintensive Industrie bleibt im neuen Rahmen wettbewerbsfähig und baut Arbeitsplätze nachhaltig aus.

55 Projekte und Teilprojekte in der und auf dem Weg in die Umsetzung.



Brainergy Park

2.500
Arbeitsplätze
bis 2030



Brennstoffzellen- fahrzeuge Düren

Anwendung
schafft
Nachfrage



Neumann + Esser

250 AP in
Elektrolyseur-
produktion



Quirinus Control

Innovation
schafft
Kompetenz





Erste Schritte zum Aufbau des Zukunftsfelds Ressourcen und Agrobusiness

Ziele:

- Die Stärken des Reviers beim biobasierten Wirtschaften führen zu neuer Wertschöpfung und neuen Arbeitsplätzen.
- Es werden zukünftig nicht nur Lebens- und Futtermittel, sondern eine Vielzahl biobasierter Produkte hergestellt.

24 Projekte und Teilprojekte in der und auf dem Weg in die Umsetzung.



ER Nachhaltiges Bauen

Stärkung von
Handwerk
und KMU



Faktor X

Ressourcen-
schonende
Ansiedlung



Bioökonomie- REVIER

Impulse für
neue Wert-
schöpfung



CAMPUS Transfer

Stärkung
Ernährungs-
wirtschaft





Erste Schritte zum Aufbau des Zukunftsfelds Innovation und Bildung

Ziele:

- Das Rheinische Revier wird zum Innovation Valley, in dem der Transfer von Forschungsergebnissen in Produkte und Verfahren auf höchstem Niveau gelingt.
- Ausgründungen führen zu neuen Ansiedlungen in der Region.

49 Projekte und Teilprojekte in der und auf dem Weg in die Umsetzung.



Reallabor Blockchain

Aufbau neuer
Geschäfts-
modelle



New Business Factory

Accelerator &
Company-
builder



Global Entre- neurship Centre

Gründungs-
unterstützung
f. 3.000 AP



Center für digital vernetzte Prod.

Inkubator
für die
Industrie





Erste Schritte zum Aufbau des Zukunftsfelds Raum und Infrastruktur

Ziele:

- Die Neuordnung des Raums wird als Chance für den Wirtschaftsstandort und die Lebensqualität vor Ort genutzt.
- Unternehmen finden gute Infrastrukturen für ihr Wachstum und ihre Entwicklung vor.

100 Projekte und Teilprojekte in der und auf dem Weg in die Umsetzung.



Revier-S-Bahn
östl. Teil

Bestmögliche
Verkehrs-
anbindung



Reviermanage-
ment Gigabit

Sicheres und
schnelles
Internet



Grünes Band
Garzweiler

Entwicklung
der Folge-
landschaften



Future Site
InWEST

Raum für
10.000
neue AP





Entlastungspaket Kernrevier stärkt Anrainerkommunen

Ziele:

- Entlastung der Anrainerkommunen und Kreise im Strukturwandel
- Leistungsfähiges Gewerbeflächenangebot gewährleisten
- Attraktive Projekte in allen Anrainerkommunen

26 Projekte bewilligt.



Drei Tagebau- umfeldinitiativen

Unterstützung
Entwicklung
Umfeld



Strukturwandel- manager/-innen

Entlastung
Anrainer und
Kreise



Gewerbeflächen- konzept

Vorgezogene
Flächen-
ausweisung



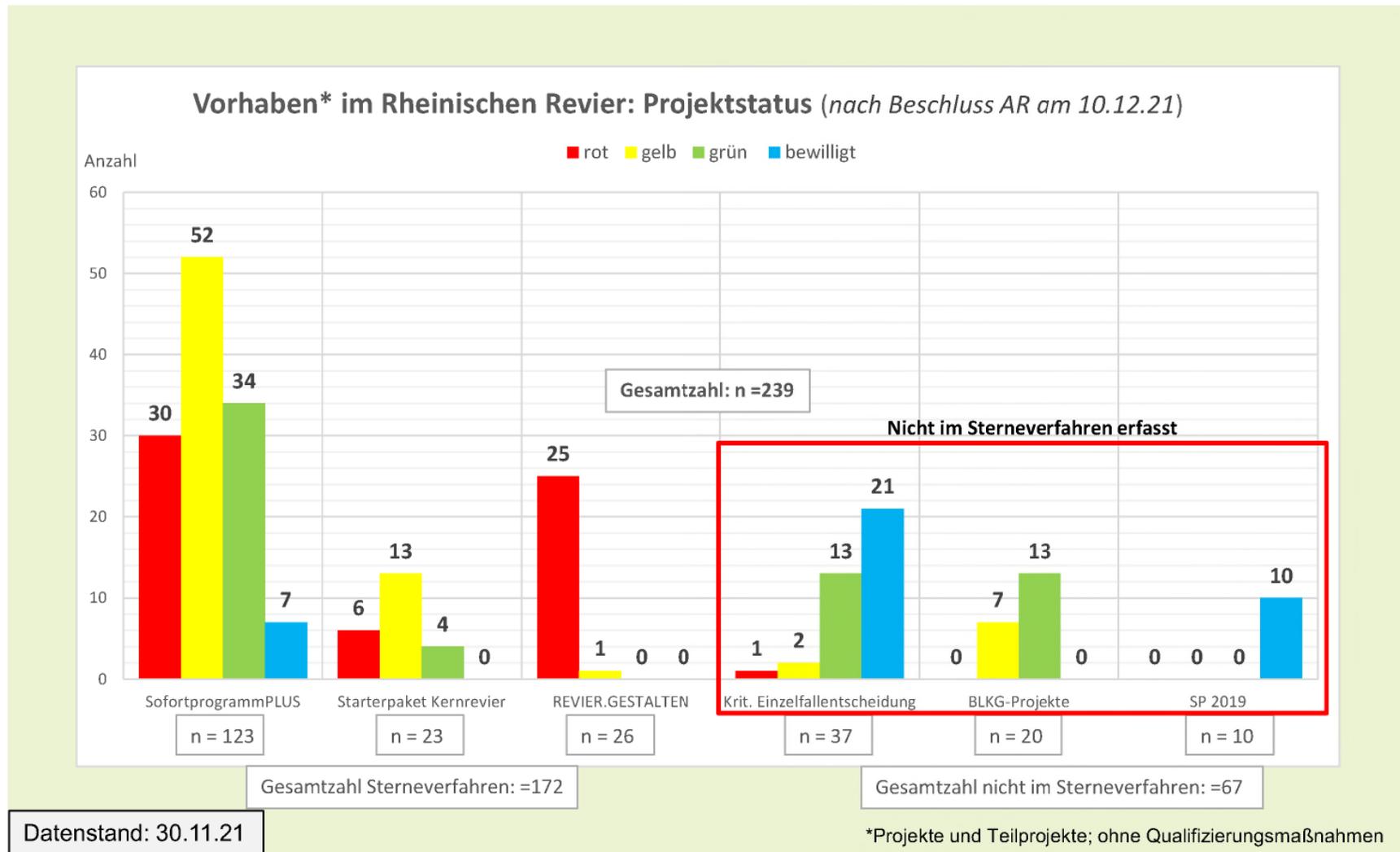
Starke Projekte GmbH

Planungs-
entlastung
Kommunen



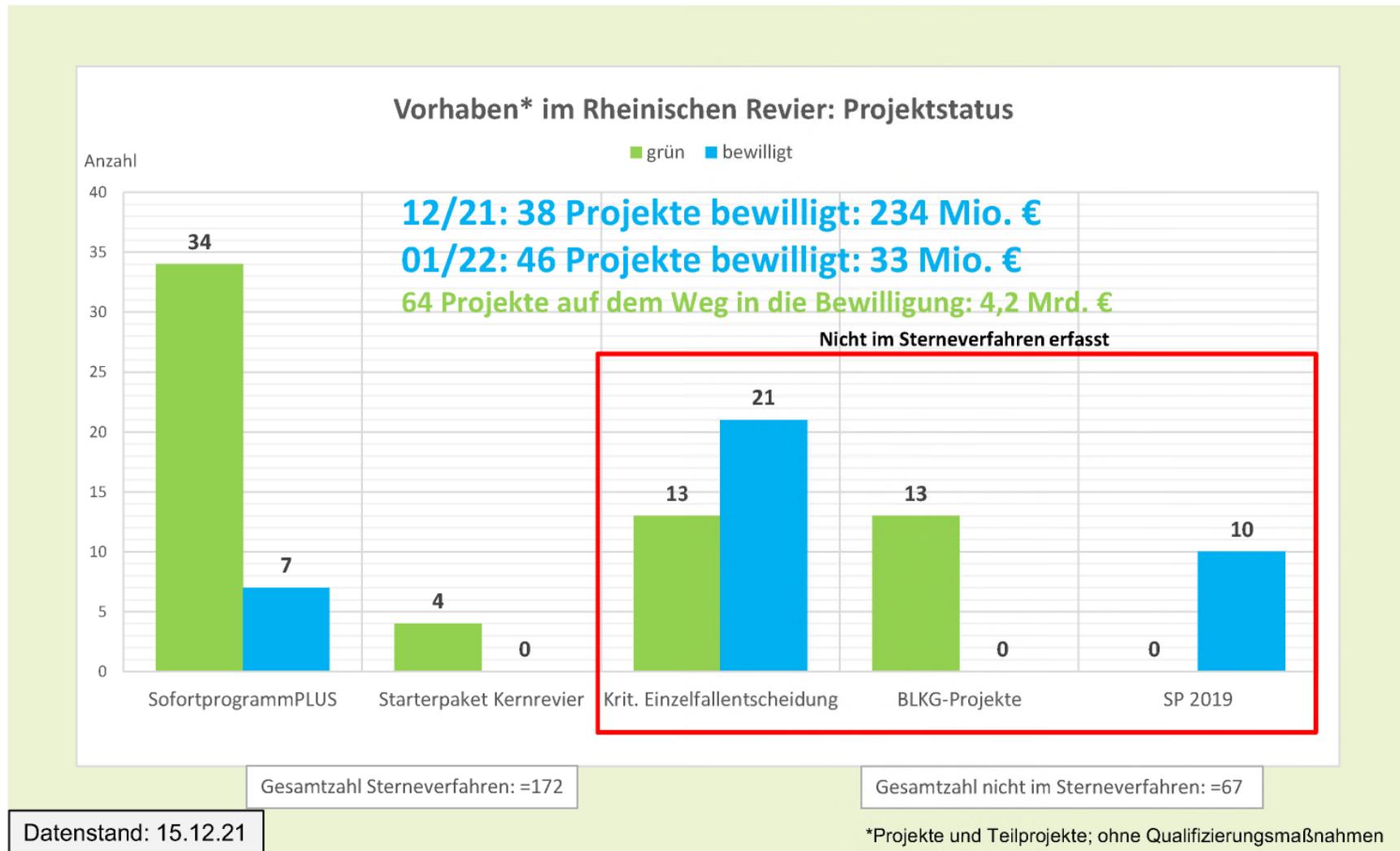
Ampelstatus Projekte nach Programmlinien

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen



Ampelstatus Projekte nach Programmlinien

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für Wirtschaft, Innovation,
Digitalisierung und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!





**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**

Dietmar Brockes MdL

Stellv. Vorsitzender des Ausschuss
für Wirtschaft, Industrie, Klima-
schutz und Energie

Sprecher für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie sowie
Bergbausicherheit

Sprecher für Umwelt, Natur- und
Verbraucherschutz, Landwirt-
schaft, Forsten und ländliche
Räume

Düsseldorf, 10. März 2023

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie
Herrn Dr. Robin Korte MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

**Berichts-anfrage für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie am 22.03.2023 unter neuem TOP „Flächenanalyse Wind-
energie - weitere Umsetzungsschritte“**

Sehr geehrter Herr Dr. Korte,

in seiner Sitzung am Dienstag, 7. März 2023, hat das Landeskabinett die vom Wirtschaftsmi-
nisterium beauftragte Windenergieflächenanalyse des LANUV beraten. Ziel ist, das Windenergieflächenbedarfsgesetz, das die entsprechende Zielvorgabe
des Bundes enthält, deutlich vor den vorgesehenen Fristen bereits im Jahr 2025
umzusetzen.

Das LANUV ist beauftragt worden die Flächenpotenziale zur Windenergienutzung
zu untersuchen und dabei insbesondere die Potenziale in den sechs Planungsregio-
nen zu ermitteln. Die Flächenanalyse Windenergie NRW dient dabei als fachliche
Grundlage für die Festlegung der regionalen Teilflächenziele im LEP. Damit wird
auch die im letzten Jahr vom LANUV veröffentlichte Potenzialstudie Windenergie
NRW vor dem Hintergrund der in der Zwischenzeit veränderten planungs- und ge-
nehmigungsrechtlicher Rahmenbedingungen beim Ausbau der Windenergie aktua-
lisiert. Mit der Veröffentlichung des Zwischenberichts werden knapp die Rahmen-
bedingungen sowie die Ergebnisse der Flächenanalyse Windenergie NRW darge-
stellt.

Die Landesregierung wird um einen schriftlichen Bericht gebeten, wie und in wel-
chen Schritten die im Zwischenbericht ermittelten Teilflächenziele für die Planungs-
regionen im weiteren geplanten Verfahren konkret operationalisiert werden und
welche Auswirkungen und Folgen dies für die Planungsverfahren auf regionaler-
und kommunaler Ebene hat.

Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Brockes MdL

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T: 0211 | 884 2750
F: 0211 | 884 | 3608

Dietmar.brockes@landtag.nrw.de
www.fdp-fraktion-nrw.de
 www.facebook.com/dietmar.brockes
 www.twitter.com/brockes

**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen****Dietmar Brockes MdL**

Stellv. Vorsitzender des Ausschuss
für Wirtschaft, Industrie, Klima-
schutz und Energie

Sprecher für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie sowie
Bergbausicherheit

Sprecher für Umwelt, Natur- und
Verbraucherschutz, Landwirt-
schaft, Forsten und ländliche
Räume

Düsseldorf, 10. März 2023

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie
Herrn Dr. Robin Korte MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

**Berichts-anfrage für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie am 26.04.2023**

Sehr geehrter Herr Dr. Korte,

für die Sitzung des Ausschusses am 26.04.2023 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der Landesregierung zum Thema:

„Internationale Ammoniak-Kooperation: Partnerschaftsstrategie der Landesregierung“

Grünes Ammoniak spielt für die Energiewende eine zentrale Rolle. Fast 3 Millionen Tonnen konventionelles Ammoniak werden in Deutschland jährlich produziert, beispielsweise als Grundstoff für die chemische Industrie und insbesondere für Düngemittel. Dabei werden circa 6 Millionen Tonnen CO₂ freigesetzt – und könnten künftig eingespart werden. Für die Herstellung von grünem Ammoniak wird grüner Wasserstoff benötigt. Ein überregionaler Transport von Wasserstoff ist allerdings mittelfristig aufgrund fehlender Infrastruktur nur begrenzt möglich. Stattdessen könnte grünes Ammoniak direkt importiert werden.

Das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität zu Köln (EWI) hat mit einem umfangreichen Analysetool aufgezeigt, dass der direkte Import von grünem Ammoniak nach Deutschland aus vielen Regionen wirtschaftlicher ist als die inländische Produktion mit grünem Wasserstoff. Es wurden für das Jahr 2030 die Kosten für einen schiffsgestützten Import von grünem Ammoniak nach Deutschland für 112 mögliche Herkunftsländer, sowie die Erzeugungskosten in Deutschland ermittelt.

Beim Import von Ammoniak dominieren die Gestehungskosten im Herkunftsland. Die Importkosten und der Transport sind vergleichsweise günstig. Anders als bei reinem Wasserstoff macht dies weiter entfernte Regionen als Bezugsquellen interessant. Für den Import von grünem Ammoniak kommen als kostengünstige Herkunftsregionen vor allem Nord- und Südwesteuropa mit Norwegen und Frankreich,

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T: 0211 | 884 2750
F: 0211 | 884 | 3608

Dietmar.brockes@landtag.nrw.de
www.fdp-fraktion-nrw.de
 www.facebook.com/dietmar.brockes
 www.twitter.com/brockes



Nordafrika sowie Nordamerika mit den USA und Kanada in Frage. Der mittlere Osten wird ebenfalls als potentielle Herkunftsregion genannt.¹

Ministerin Mona Neubaur hat im Namen der Landesregierung am 27.03.2023 mit Vertretern der Abu Dhabi National Oil Company (ADNOC) und der Currenta GmbH & Co. OHG eine Absichtserklärung (MoU) für die weitere Zusammenarbeit im Bereich Ammoniak unterzeichnet: Ziel ist der Aufbau einer klimaneutralen Ammoniak-Wertschöpfungskette zur Versorgung der Industrie in Nordrhein-Westfalen.

Die ADNOC ist ein staatseigenes Unternehmen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten und der zwölftgrößte Ölkonzern der Welt. Die Emirate zählen weltweit zu den Ländern mit einer besonders kritischen Menschenrechtslage und großen Beschränkungen bei Freiheitsrechten. Im Demokratieindex der britischen Zeitschrift „The Economist“, der jährlich den Grad der Demokratie in 167 Ländern misst, belegen die Emirate Platz 150 und fallen in die Kategorie „harte Autokratie.“² Im Global Freedom Score der NGO Freedom House zählen die Emirate zu den Ländern mit großen Freiheitsbeschränkungen und gelten als „nicht frei.“³

Im Koalitionsvertrag von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen wird die große Bedeutung des Schutzes von Menschenrechten immer wieder hervorgehoben. So heißt es bspw. in Zeile 49 -50: *„Unser einendes Band sind gemeinsame Werte: Demokratie, Freiheit und Menschenrechte.“* Weiter heißt es in den Zeilen 1110 bis 1113: *„Nordrhein-Westfalen wird sich auf nationaler und europäischer Ebene für eine multilaterale, regelbasierte Wirtschafts- und Handelsordnung stark machen, die sich an der Offenheit von Märkten und dem freien Handel auf Gegenseitigkeit orientiert und auch soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards zur Grundlage hat.“*

Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht gebeten, der darlegt, inwiefern die Landesregierung soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards bei der Vereinbarung von internationalen Kooperationen berücksichtigt und welche internationale Partnerschaftsstrategie die Landesregierung dabei verfolgt.

Wir bitten die Landesregierung dabei im Bericht explizit folgende Fragen zu berücksichtigen:

1. Welchen Stellenwert haben soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards für die Landesregierung bei der Vereinbarung von internationalen Kooperationen und wie prägt dies die Außenwirtschaftsstrategie der Landesregierung?
2. Inwiefern hat die Landesregierung im Rahmen der Kooperationsvereinbarung mit der ADNOC auf eine notwendige Verbesserung der Menschenrechtslage und Freiheitsrechte in den Vereinigten Arabischen Emiraten hingewirkt?

¹ EWI 2021: EWI Policy Brief: Grünes Ammoniak: Bezugsoptionen für Deutschland, siehe: https://www.ewi.uni-koeln.de/cms/wp-content/uploads/2021/11/EWI_Policy_Brief_Gruenes_Ammoniak_fuer_Deutschland.pdf

² vgl.: <https://www.demokratiematrix.de/ranking>

³ vgl.: <https://freedomhouse.org/countries/freedom-world/scores>

3. Mit welchen Primärenergieträgern wird Ammoniak von der ADNOC erzeugt?
4. Warum hat die Landesregierung eine Kooperationsvereinbarung mit der ADNOC gegenüber einer Kooperationsvereinbarung mit westlichen liberalen demokratischen Partnerländern bevorzugt?
5. Welche weiteren wirtschaftlichen Kooperationsvereinbarungen mit internationalen Partnerländern sind in Planung, die als kostengünstige Herkunftsregionen von grünem Ammoniak in Frage kommen?



Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Brockes MdL



FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie
Herrn Dr. Robin Korte MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**

Dietmar Brockes MdL

Stellv. Vorsitzender des Ausschuss
für Wirtschaft, Industrie, Klima-
schutz und Energie

Sprecher für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie sowie
Bergbausicherheit

Sprecher für Umwelt, Natur- und
Verbraucherschutz, Landwirt-
schaft, Forsten und ländliche
Räume

Düsseldorf, 10. März 2023

Berichts-anfrage für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 26.04.2023

Sehr geehrter Herr Dr. Korte,

für die Sitzung des Ausschusses am 26.04.2023 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der Landesregierung zum Thema:

„Bürokratie: Wie werden die Ergebnisse der Transparenzkommission genutzt?“

Eine Expertenkommission hat in der letzten Legislaturperiode das Verhältnis von Land und Kommunen untersucht. Die so genannte „Transparenzkommission“ hat insbesondere Standards kritisch überprüft und Vorschläge zum Bürokratieabbau erarbeitet.¹

In enger Abstimmung mit den Kommunen und den Ministerien hat die Kommission 63 Empfehlungen aufgeführt. Sie betreffen zahlreiche Politikbereiche:

- Schule und Bildung
- Heimat und Kommunales
- Bauen und Wohnen
- Digitalisierung
- Inneres, besonders Feuerwehren
- Wirtschaft

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt – soweit der Arbeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie betroffen - Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

¹ Transparenzkommission des Landes NRW: Kommunale Selbstverwaltung und staatliche Regulierung. Zur Ausgestaltung des Handlungsrahmens durch das Land. (Juni 2021). [Vorlage 17/6009](#)

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T: 0211 | 884 2750
F: 0211 | 884 | 3608

Dietmar.brockes@landtag.nrw.de
www.fdp-fraktion-nrw.de
www.facebook.com/dietmar.brockes
www.twitter.com/brockes



1. Wie werden die Ergebnisse der Transparenzkommission in die Arbeit der Landesregierung übersetzt?
2. Welchen Empfehlungen räumt die Landesregierung Priorität ein?
3. Welche Empfehlungen hat die Landesregierung bereits umgesetzt?

Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Brockes MdL

Tischvorlage AWIKE 26.04.2023

Terminplan 2024
- 1. Jahreshälfte -

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So		
Januar	1	2	3	4	5)	6	7	Weihnachtsferien bis 05.01 sitzungsfrei	
	8	9	10	11	12	13	14		Sitzungswoche
	15	16	17	18	19	20	21		Sitzungswoche
	22	23	24	25	26	27	28		Sitzungswoche
Februar	29	30	31	1	2	3	4	Sitzungswoche	
	5	6	7	8	9	10	11	sitzungsfrei	
	12	13	14	15	16	17	18	sitzungsfrei	
	19	20	21	22	23	24	25	Sitzungswoche	
März	26	27	28	29	1	2	3	Sitzungswoche	
	4	5	6	7	8	9	10	Sitzungswoche	
	11	12	13	14	15	16	17	Sitzungswoche	
	18	19	20	21	22	23	24	Sitzungswoche	
April	(25	26	27	28	29	30	31	Osterferien 25.03. - 05.04. sitzungsfrei	
	1	2	3	4	5)	6	7		sitzungsfrei
	8	9	10	11	12	13	14		Sitzungswoche
	15	16	17	18	19	20	21		Sitzungswoche
Mai	22	23	24	25	26	27	28	Sitzungswoche	
	29	30	1	2	3	4	5	Sitzungswoche	
	6	7	8	9	10	11	12	Sitzungswoche	
	13	14	15	16	17	18	19	Sitzungswoche	
Juni	20	(21)	22	23	24	25	26	Pfingstferien 21.05. sitzungsfrei	
	27	28	29	30	31	1	2		Sitzungswoche
	3	4	5	6	7	8	9		Sitzungswoche
	10	11	12	13	14	15	16		Sitzungswoche
Juli	17	18	19	20	21	22	23	Sitzungswoche	
	24	25	26	27	28	29	30	Sitzungswoche	
	1	2	3	4	5	6	7	Sitzungswoche	

- O = AWIKE
(gepunktet = Bedarfstermin)
- = Plenarsitzungstage
- () = Schulferien
- = Bundesrat

Terminplan 2024 - 2. Jahreshälfte -

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
August	(8	9	10	11	12	13	14	sitzungsfrei
	15	16	17	18	19	20	21	sitzungsfrei
	22	23	24	25	26	27	28	sitzungsfrei
	29	30	31	1	2	3	4	sitzungsfrei
	5	6	7	8	9	10	11	sitzungsfrei
	12	13	14	15	16	17	18	sitzungsfrei
	19	20)	21	22	23	24	25	sitzungsfrei
September	26	27	28	29	30	31	1	Sitzungswoche
	2	3	4	5	6	7	8	Sitzungswoche
	9	10	11	12	13	14	15	Sitzungswoche
	16	17	18	19	20	21	22	Sitzungswoche
	23	24	25	26	27	28	29	Sitzungswoche
Oktober	30	1	2	3	4	5	6	Sitzungswoche
	7	8	9	10	11	12	13	Sitzungswoche
	(14	15	16	17	18	19	20	Herbstferien 14.10.-26.10. sitzungsfrei
	21	22	23	24	25	26)	27	sitzungsfrei
November	28	29	30	31	1	2	3	Sitzungswoche
	4	5	6	7	8	9	10	Sitzungswoche
	11	12	13	14	15	16	17	Sitzungswoche
	18	19	20	21	22	23	24	Sitzungswoche
Dezember	25	26	27	28	29	30	1	Sitzungswoche
	2	3	4	5	6	7	8	Sitzungswoche
	9	10	11	12	13	14	15	Sitzungswoche
	16	17	18	19	20	21	22	Sitzungswoche
	23	24	25	26	27	28	29	Weihnachtsferien 23.12.-06.01. sitzungsfrei
Januar	30	31	1	2	3	4	5	sitzungsfrei

O = AWIKE
(gepunktet = Bedarfstermin)
□ = Plenarsitzungstage
() = Schulferien
- = Bundesrat